

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

D 21 395 E

3

Frankfurt, März 1973

Einzelpreis 1,75 DM

XIII. Jahrgang

Der DGB hat in Bonn einen Empfang für die in den DGB-Gewerkschaften organisierten Bundestagsabgeordneten gegeben. Heinz Oskar Vetter mahnte vor rund 200 Abgeordneten die von Brandt geführte Regierung und den Bundestag, die Forderungen des DGB aufzugreifen und zu erfüllen. Da im Bundestag von den insgesamt 518 Mitgliedern 244 einer DGB-Gewerkschaft angehören, — mit Angehörigen anderer Gewerkschaften gibt es im Bundestag sogar eine Mehrheit der Gewerkschafter — könnte den Forderungen des DGB auch der notwendige Nachdruck im Parlament verliehen werden. Vetter umriß vor seinen Kollegen aus dem Bundestag die Entschlossenheit des DGB, das Prinzip der Einheitsgewerkschaft aufrechtzuerhalten und parteipolitische Neutralität unabhängig von Parteikoalitionen zu wahren. Dabei bekannte sich Vetter zur Einheit der Arbeiterschaft.

Angeichts der Regierungserklärung Brandts, der geplanten Steuererhöhungen, anhaltenden Preissteigerungen, des verlangten Konsumverzichts und der Ablehnung grundlegender Reformen ist die eindeutige Erklärung Vetters, daß die kurz vor der letzten Bundestagswahl vom Deutschen Gewerkschaftsbund vorgelegten Prüfsteine „die Grundlage für unsere Erwartungen gegenüber dem neuen Bundestag und der neuen Bundesregierung“ sind, besonders zu begrüßen. Die Prüfsteine des DGB haben also für die Politik der im Bundestag vertretenen Parteien höchste aktuelle Bedeutung. Im Vordergrund steht die Forderung Nummer eins nach „qualifizierter Mitbestimmung“. Es ist bereits eine offene Kampffrage, wie mit tatsächlicher Mitbestimmung die Arbeiter und Angestellten echten Einfluß auf die Entscheidungen

der Großbetriebe in allen Fragen erlangen können und darüber hinaus auch Einfluß auf die Wirtschaftspolitik, die von der Regierung im Einklang mit den Großunternehmen gemacht wird.

In den Prüfsteinen wird die Überführung der Schlüsselindustrien und marktbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum gefordert. Dazu schweigt die Koalitionsregierung und auch die SPD-Spitze. Vetter aber erinnerte Kanzler Brandt, den Vorsitzenden der SPD, daran, daß dieses kapitalistische Wirtschaftssystem nicht tabu sein kann. Er wandte sich gegen den Machtmißbrauch der Konzerne und ihr Preisdiktat. Wörtlich warnte Vetter: „Sollte die verantwortlichen Politiker auf diesem Felde der Mut verlassen, so wird sich die Arbeitnehmerschaft bei fortschreitender Preissteigerung mit Sicherheit die Frage nach Berechtigung und Legitimation dieser Wirtschaftsordnung stellen.“

Vetter schloß die Möglichkeit eines heißen Herbstes mit vorzeitigen Lohnforderungen nicht aus, wenn die Schere zwischen den Gewinnen der Unternehmer und den Löhnen und Gehältern weiter geöffnet würde. „Dann müssen wir als Gewerkschafter ran“, sagte er zur „Westfälischen Rundschau“. Vetter hat Brandt gemahnt, die Prüfsteine des DGB zu beachten; er hat kritische Worte gegen das Großkapital gebraucht. Nun kommt es darauf an, den Worten Taten folgen zu lassen. jol

Aus dem Inhalt:

Demokraten wehren sich gegen Berufsverbote	2
1. Mai 1973	3
IG Chemie kündigt Tarife und reduziert Forderungen	4
Bei Hoesch: Einheit und Solidarität sicherten den Erfolg	5
IG Druck und Papier: 13 Prozent Textil-Bekleidung: 10 Prozent	6
Graphische Industrie: Tariffbewegung im Zeichen wachsender Unruhe	7
Lohnerhöhungen überschritten, wo gekämpft wurde	8
Immer wieder Währungskrise auf dem Rücken der Arbeiter	9
Gewerkschafter und Bauern berieten gemeinsame Fragen	10
Jahreswirtschaftsbericht zeigt Standort der Regierung	11
DGB plant Protestkundgebung gegen reaktionären PersVG-Entwurf	12
Personalratswahlen 1973: Orientierung auf DGB-Gewerkschaften	13
DGB-Meinungsumfrage zeigt: Frauen sind sich ihrer Lage bewußt	14
ÖTV-Jugend für demokratische Neuordnung der Berufsbildung	15
Wenn es nach Börner ginge: Berufsverbot auch in Gewerkschaften?	16
Neue Belastungen sind keine „sozial ausgewogene“ Steuerpolitik	17
Vogels „Reform des Bodenrechts“ trifft die wirklichen Probleme nicht	18
„Europäische Gemeinschaft“ ein Zweckverband der Monopole	19
Europäischer Gewerkschaftsbund mit antikommunistischem Ballast	20
Weltgewerkschaftsbund bereitet seinen VIII. Kongreß vor	21
Buchbesprechung: „Das schwarze Kassenbuch“ — Unternehmermillionen für die CDU	23
Ist der AFL/CIO „Weltgendarm“?	24

Wachsende Proteste gegen undemokratische Berufsverbote

Der Länder-Ministerpräsidentenerlaß über Berufsverbote für sogenannte Extremisten wird zunehmend in allen Bereichen der demokratischen Öffentlichkeit attackiert. Die Praxis hat bisher erwiesen, daß Nazis im allgemeinen nicht unter die Repressalien fallen. Die Regel ist, daß Kommunisten und linke Sozialdemokraten, engagierte Demokraten, von der Beschäftigung im öffentlichen Dienst ausgeschlossen werden.

Nach zahlreichen Berufsverboten in mehreren Bundesländern wurden in Hamburg in den letzten Wochen zwei neue Fälle bekannt: So weigerte sich die Schulbehörde, Hinrich Genth wegen seiner DKP-Mitgliedschaft als Lehrer einzustellen; dem Jura-Studenten Rolf Geffken wurde vom Hanseatischen Oberlandesgericht mitgeteilt, daß seine Ernennung als Beamter auf Widerruf (Referendar) abgelehnt werde. Insbesondere wird Geffken vorgeworfen, Verfasser des im Verlag Marxistische Blätter erschienenen Taschenbuches „Klassenjustiz“ zu sein. In Hamburg haben zur Zeit vier Bürgerinitiativen, denen Gewerkschafter, Sozialdemokraten und Wissenschaftler sowie Angehörige aller politischen und sozialen Gruppen angehören, eine intensive Tätigkeit und Protestbewegung gegen die Berufsverbote entfaltet.

Die Initiatoren der grundgesetzwidrigen Berufsverbote, die Länderregierungen, die jedoch von der Bundesregierung gedeckt werden, bekommen seit Beginn dieses Jahres zunehmenden Druck aus der Bevölkerung und den politischen Organisationen zu spüren. In das Schußfeld gerät immer stärker auch die sozialdemokratische Parteilührung, die in diesen Fragen augenfällig das Geschäft der reaktionärsten Kreise in der Bundesrepublik besorgt. In Hamburg, dessen sozialdemokratischer Senat als erste Länderregierung diese Praktiken einführt, haben die Jungsozialisten und die meisten Stadtteilorganisationen der SPD die Annullierung des Senatsbeschlusses über die Berufsverbote verlangt.

Der Münchner SPD-Vorsitzende und SPD-Bundestagsabgeordnete Rudolf Schoefberger nannte den Berufsverbotsbeschuß „verfassungswidrig und gesellschaftspolitisch unerträglich“. In Hessen rückte der dortige Ministerpräsident Osswald vom Berufsverbotserlaß ab. Die bloße Mitgliedschaft in einer Partei, erklärte er, mache ein Vorgehen gegen einen Beamten nicht möglich. Es müßten erst präzise Feststellungen der „Verletzung von Beamtenpflicht“ vorliegen.

Die Proteste gegen den existenzvernichtenden Gesinnungsterror der Staatsorgane mehren sich auch in den Ge-

werkschaften. Zunehmend wird die Auffassung vertreten, daß — wie es im Grundgesetz steht — niemand wegen seiner politischen Überzeugung beruflich benachteiligt werden darf. Eine ständig wachsende Zahl gewerkschaftlicher Gremien und Organisationen fordert die Beseitigung der Berufsverbote und aktive Solidarität mit den betroffenen Demokraten. G. S.

Grundvertrag und UNO-Beitritt

Die parlamentarische Prozedur zur Inkraftsetzung des Grundvertrages und eines Gesetzes zum Beitritt der BRD in die UNO ist mit der ersten Lesung im Bundestag eingeleitet worden. Brandt und Bahr würdigten die Bedeutung des Grundlagenvertrages zwischen der DDR und der BRD als positives Ereignis im „Hauptstrom des weltpolitischen Geschehens“.

Der „Hauptstrom“ unserer Zeit ist das Erstarken des Sozialismus, der Arbeiterklasse, der konsequente Kampf der sozialistischen Länder für den Frieden. Das aber haben Brandt und Bahr sicher nicht gemeint. Ihr positiver Beitrag besteht darin, das reale Kräfteverhältnis nüchterner eingeschätzt zu haben als frühere Regierungen. Es sind die Kräfte des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus, die auch Regierungen kapitalistischer Länder zu einer Politik der friedlichen Koexistenz und der Entspannung zwingen.

Die CDU/CSU hat im Bundestag den Grundlagenvertrag mit allen Argumenten des kalten Krieges attackiert. Sie „drohte“ mit einer Verfassungsklage beim Bundesverfassungsgericht, sie stimmte im Bundesrat gegen den Vertrag und wurde nicht müde, alle antikomunistischen Argumente aus der Adenauer-Ära neu vorzubringen. Dabei ist die CDU/CSU unsicherer geworden in ihrer primitiv-antikommunistischen Position. Eine Klage beim Verfassungsgericht wurde mit knapper Mehrheit in der CDU/CSU-Fraktion fallengelassen. Die „Christdemokraten“ sind gegen den Grundlagenvertrag, aber für den Eintritt der BRD in die UNO.

Streik-Erfolg bei Mannesmann

Unmittelbar vor Andruck dieser Zeitung erreichte uns die Nachricht vom erfolgreichen Abschluß des neuntägigen Streiks im Profilwalzwerk der Mannesmann-Hütte in Duisburg-Huckingen. Die rund 400 streikenden Walzwerker setzten mit großer Standhaftigkeit die Erhöhung der Stundenlöhne um 25 bis 35 Pfennig durch. Die Werksleitung mußte sich verpflichten, auf Repressalien gegen Streikteilnehmer zu verzichten. Die arbeitsgerichtliche Einstweilige Verfügung gegen die Streikenden mit der Androhung von Geld- oder Haftstrafen mußte für null und nichtig erklärt werden. Die Absicht der Werksleitung, die Löhne zu senken, wurde durch den Streik — bei Einschaltung der IG Metall in der Schlußphase — zunichte gemacht.

Was die CDU/CSU betrifft, läuft die Beschwörung eines „Selbstbestimmungsrechtes“ und eines „einheitlichen Deutschlands“ darauf hinaus, die Feindschaft zur DDR fortzusetzen mit dem Ziel, die DDR doch noch irgendwann einmal einfach in die kapitalistische BRD einzugliedern. Wenn die SPD-Führung auch erkennt, daß dieses jetzt und in Zukunft wirklichkeitsfremd ist, so stimmt sie dem DDR-feindlichen antikomunistischen Ausgangspunkt der CDU/CSU zu.

Brandt, Bahr und Moersch von der FDP wollen den Vertrag ausnutzen, verfälschen, um längerfristig die „Einheit der Nation“, d. h. ein imperialistisches Gesamtdeutschland zu erreichen. Wie anders soll man sonst erklären, daß die SPD/FDP-Koalition die Rüstungsausgaben erhöht, die Bindung an die NATO und die USA bekräftigt, die Stationierung der NATO-Truppen in der BRD als lebensnotwendig bezeichnet und die CDU/CSU anfleht, eine gemeinsame antikomunistisch ausgerichtete „Deutschlandpolitik“ zu betreiben.

Das alles zeigt, wie notwendig es ist, wachsam zu sein, jeder Verfälschung des Grundlagenvertrages entgegenzutreten. Der Vertrag ist kein Werkzeug des Kampfes gegen die DDR, sondern gibt nach Buchstaben und Geist die Möglichkeit, zwischen der BRD und der DDR zu einem normalen Zusammenleben zu kommen, die Rüstungslasten zu senken und den Frieden in Europa sicherer zu machen. Jol

1. Mai 1973

In Betrieben und Gewerkschaften beginnt jetzt die Diskussion über die Durchführung des 1. Mai. Die Arbeiter und Angestellten stehen auch in diesem Jahr vor vielfältigen Problemen, die am internationalen Kampftag ihren Ausdruck in den Forderungen und Lösungen bei Demonstrationen und Kundgebungen finden sollten.

Entsprechend dem internationalen Charakter des 1. Mai wird sicher die politische Realisierung der Verträge der BRD mit der Sowjetunion, der DDR und Polen in dem Sinne eine Rolle spielen, daß diese im Geiste des Friedens und der Entspannung genutzt und vorrangig zwei Forderungen erhoben werden müssen. Erstens: Durchführung der Konferenz für Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit, um den Frieden vertraglich sicherer zu machen und eine Truppenverminderung in den europäischen Ländern zu erreichen, und zweitens: erhebliche Kürzung der Rüstungskosten in der BRD, um genügend Mittel für Aufgaben im Innern des Landes freizubekommen.

Die Erweiterung der EWG durch den Beitritt Großbritanniens, Dänemarks und Irlands und die damit verbundene weitere Marktausweitung der multinationalen Konzerne rückt die Solidarität der Arbeiterklasse im europäischen Raum im Ringen für ihre sozialen und demokratischen Interessen noch mehr in den Vordergrund. Der Kampf für den Frieden und der Kampf gegen die Monopolherrschaft hängen aufs engste miteinander zusammen, denn es sind die großen Monopole in den USA wie in Europa, die am Krieg, an der Spannung zwischen den Völkern und der Rüstung Milliarden verdienen.

Sicher werden am 1. Mai die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Forderungen des DGB eine große Rolle spielen müssen. Die „Prüfsteine“ des DGB haben den Erwartungshorizont der Gewerkschaften hinsichtlich der Politik des neuen Bundestages und der von Brandt geführten Regierung umrissen. Gerade angesichts der rapide steigenden Preise, der Senkung der Reallohne, der neuen steuerlichen Belastungen für die Werktätigen, ist es notwendig, am 1. Mai den Unternehmern und der Regierung durch machtvolle Demonstrationen und Kundgebungen zu zeigen, daß die Arbeiter und Angestellten bereit sind, sich einheitlich hinter die Forderungen des DGB zu stellen.

Die Arbeiter und Angestellten haben dieser Regierungskoalition zum Wahlsieg verholfen. Die Regierung Brandt/Scheel steht in der Pflicht der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung. Aber die Regierung, ihre Taten, stehen

im Dienst der „Marktwirtschaft“, der kapitalistischen Ordnung, die mit ihren Profitinteressen die Leitlinien der Regierungspolitik bestimmt. Die Arbeiter und Angestellten können sich damit nicht abfinden, und erst recht dürfen die Gewerkschaften sich dem Regierungskurs nicht anpassen. Darum wird es eine aktuelle Notwendigkeit sein, am 1. Mai für starke, unabhängige Gewerkschaften zu demonstrieren, die sich einzig und allein von den Interessen der Arbeiterschaft leiten lassen. J. L.

Vietnam-Friede ständig gefährdet

Mit der Unterzeichnung einer Deklaration durch die Außenminister der zwölf Teilnehmerstaaten ist die internationale Vietnamkonferenz in Paris zu Ende gegangen. Die Deklaration verpflichtet die zwölf Regierungen — darunter die USA, die UdSSR, Großbritannien, China sowie Nord- und Südvietnam und den Vietcong —, den Frieden zu wahren und wieder zusammenzutreten, wenn sechs von ihnen es für notwendig halten.

Ob mit der Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages und der Pariser Vietnam-Deklaration der Friede in Indochina verwirklicht wird, kann nur mit Vorbehalten behauptet werden, wer vom Frieden mehr erwartet, als daß der Bombenterror eingestellt ist. Unmittelbar nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages hat die US-Regierung durch den Präsidentenberater Kissinger schon wieder damit gedroht, daß sich die USA das Recht auf neue Bombardierungen vorbehalten, wenn die Entwicklung in Vietnam nicht nach ihren Vorstellungen verlaufe.

Es ist offensichtlich, daß die USA Indochina nach wie vor in ihrem Machtbereich behalten wollen. Über 20 000 US-Militärangehörige in Vietnam sind noch schnell in „zivile Entwicklungsberater“ umgewandelt worden, damit sie nicht abgezogen werden müssen und die Luftwaffenstützpunkte in Südvietnam werden von den USA nicht aufgegeben. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Aggressoren versuchen, mit Friedens- und Wiedergutmachungsfloskeln die Wachsamkeit der Weltöffentlichkeit einzuschläfern.

Die Bundesregierung, die über 30 Milliarden DM Devisenausgleichszahlungen an die USA geleistet hat und damit indirekt zur Finanzierung des Vietnamkrieges beitrug, will mit 30 Millionen D-Mark ihr Schweigen zum Völkermord in Vietnam vergessen lassen. Die Hilfe

der Bundesrepublik wird aber nicht aus reiner humanitärer Uneigennützigkeit geleistet. Neben dem Ziel, mit dieser Hilfe das Satellitenregime in Südvietnam wirtschaftlich zu stützen, um es gegenüber den fortschrittlichen Kräften abzusichern, wollen die Konzerne ihre Positionen im Wettkampf um die Ausbeutung der Bodenschätze Südvietnams (Erdöl!) verbessern. Mit Recht hat der DGB-Vorsitzende Vetter davor gewarnt, „daß der Wiederaufbau in Vietnam zu einem großen Geschäft der Kapitalisten wird“.

In einer bereits im Januar veröffentlichten Presseerklärung des Bundesvorstandes der Jungsozialisten wird die Bundesregierung u. a. aufgefordert, unverzüglich die Demokratische Republik Vietnam (DRV) völkerrechtlich anzuerkennen, großzügige materielle Hilfe für den Wiederaufbau Vietnams zu leisten, jegliche materielle und politische Unterstützung „der Marionetten-Regierung Südvietnams“ einzustellen, die Devisenausgleichszahlungen an die USA zu stoppen und ein Informationsbüro für die provisorische Revolutionsregierung Südvietnams in der Bundesrepublik einzurichten. sr

GLOSSE

Gerichtliche Belohnung

Es ist ein Brauch von alters her: In der Bundesrepublik ist die Justiz — und nicht nur die Justiz — auf dem rechten Auge blind.

Da hat ein bundesdeutsches Gericht in einem Wiederaufnahmeverfahren die Strafe für den ehemaligen KZ-Kommandanten Strippel, der zu lebenslänglicher Freiheitsentzug wegen 21fachen Mordes an Häftlingen verurteilt worden war, auf sechs Jahre herabgesetzt. Also drei Monate und 13 Tage pro Mord!

Aber nicht nur das: Für die inzwischen abgesessene Haft von elf Jahren kann der KZ-Kommandant a. D. 150 000 DM Haftentschädigung kassieren. Das sind 300 DM pro Monat plus 700 DM wegen Behinderung seines „beruflichen Fortkommens“. Berufliches Fortkommen als KZ-Kommandant?

Übrigens: Die erniedrigten und gefolterten Opfer des Naziregimes wurden auch „entschädigt“ für jeden Monat, den sie sich in der Gewalt der Mörder vom Schlage des KZ-Kommandanten Strippel befanden: mit der Hälfte — 150 DM. Von Entschädigung wegen Behinderung des „beruflichen Fortkommens“ gar nicht zu reden.

okolus

IG Chemie kündigt Tarife und reduziert die Forderungen

In den drei Tarifbezirken der chemischen Industrie Nordrhein, Hessen und Rheinland-Pfalz, in denen die größten Chemie Giganten, die IG-Farben-Nachfolger Bayer, Hoechst und BASF ihren Sitz haben, hat die Gewerkschaft fristgemäß zum 31. März die Tarife gekündigt. Sie fordert Lohn- und Gehaltserhöhungen zwischen 11,5 Prozent in Nordrhein und Hessen und 12 Prozent in Rheinland-Pfalz sowie eine Anhebung der Ausbildungsvergütung.

Die gewerkschaftlichen Forderungen liegen erheblich unter denen aus Betrieben und Gewerkschaftsversammlungen, die zwischen 14 und 16,5 Prozent betragen. So verlangten die Vertrauensleute von Bayer-Leverkusen mindestens 85 Pfennig mehr pro Stunde und die Vertreter aller Wuppertaler Chemiebetriebe eine Erhöhung von 15,5 Prozent. Die Tarifkommission Nordrhein aber ging auf 67 Pfennig zurück und statt auf eine Gehaltserhöhung von monatlich 195 DM legte sie sich auf nur 160 DM fest. Besonders stark wurden die Forderungen der Auszubildenden reduziert. Statt für eine Erhöhung der Ausbildungsvergütung um 150 bis 170 DM setzte sich die Tarifkommission nur für eine Anhebung um 31 bis 96 DM ein.

Im Bezirk Rheinland-Pfalz fiel die Abstimmung in der Tarifkommission mit 33 zu 33 Stimmen äußerst knapp aus. Viele Tarifkommissionsmitglieder plädierten eingedenk des Auftrags aus den Belegschaften für eine höhere Forderung. Gleich nach der Festlegung auf die 12 Prozent fand bei der BASF eine Vertrauensleuteversammlung statt, die kritisierte, daß ihre 15-Prozent-Forderung nicht berücksichtigt worden sei. Nunmehr verlangen sie mit allem Nachdruck, daß die 12 Prozent ohne die geringsten Abstriche durchgesetzt werden. Darüber hinaus werden sie sich dafür einsetzen, daß einige betriebliche Forderungen erfüllt werden.

Wenn der Leiter der Tarifabteilung und Mitglied des Hauptvorstandes der IG Chemie, Erwin Grützner, im Pressedienst seiner Gewerkschaft vom 28. Februar 1973 die Unternehmer an die Erfahrungen von 1969 und der jüngsten Tarifabschlüsse der Stahl- und Metallindustrie erinnert, dann sollte das auch für seine Gewerkschaft gelten. Die Führung der IG Chemie aber hat offenbar die entscheidenden Erfahrungen aus diesen Tarifrunden in den Wind geschlagen, aus denen hervorgeht, daß die vorab vorgenommene Beschneidung von berechtigten Forderungen aus den Betrieben zur Schwächung der gewerkschaftlichen Verhandlungsposition und zu einem Reallohnverlust für die Metallarbeiter geführt hat.

Selbst die 15-Prozent-Forderungen aus den Betrieben sind bescheiden. Sie würden die Kaufkraft eines Chemiearbeiter-Monatslohns gegenüber April 1972 um ganze 50 DM verbessern. Alles Übrige geht drauf für Preissteigerungen und höhere Abzüge. Dabei sind die bereits jetzt angekündigten Preis- und Steuererhöhungen noch nicht berücksichtigt. Wie hatte doch Willy Brandt so schön in seiner Begrüßungsrede auf dem Chemie-Gewerkschaftstag im Herbst vorigen Jahres in Dortmund erklärt: „Für jeden guten Gewerkschafter kommt es darauf an, was unter dem Strich steht.“

Unter dem Strich aber bleibt bei 12 Prozent nicht viel übrig. Dabei könnten die Konzerne zahlen. Sie haben im letzten Jahr gut verdient und stehen vor einer neuen Gewinnexplosion. Der Bayer-Konzern machte 1972 einen Profit von 422 Millionen DM. Das ist im Vergleich zum Vorjahr eine Zunahme von 32,5 Prozent. Die BASF läßt laut „Spiegel“ wieder üppig Geld in die Übersee-Beteiligungen rollen.

Viele Chemiearbeiter stellen sich heute die Frage, wie sich die Praxis der Gewerkschaft mit der Forderung des Dortmunder Gewerkschaftstages der IG Chemie verhält, die Forderungen aus den Betrieben, die Wünsche und die Vorstellungen der Vertrauensleute in Zukunft zur Grundlage der Tarifpolitik zu machen? Das aber verlangt, daß der Klärungsprozeß, der auf dem Dortmunder Gewerkschaftstag begonnen wurde, weitergeführt wird für die Durchsetzung einer aktiven Lohnpolitik, die unabhängig sein muß von jeder Einflußnahme durch Unternehmer und Regierung.

Für die Tarifbezirke der Chemie-Industrie, die einen Monat später ihre Lohnrunde beginnen, dürfen die unzureichenden Forderungen von Nordrhein, Hessen und Rheinland-Pfalz nicht Richtschnur sein. Die Unternehmer können zahlen. Zur Richtschnur müssen einzig und allein die berechtigten Forderungen der Arbeiter und Angestellten gemacht werden. G. M.

IG Bau strebt schnellen Tarifabschluß an

Nach Redaktionsschluß dieser Ausgabe kamen die Verhandlungskommissionen der IG Bau-Steine-Erden und des zuständigen Unternehmerverbandes zu Tarifgesprächen zusammen. Die auf zwei Tage, den 8. und 9. März, angesetzten Tarifverhandlungen sollen nach den Vorstellungen der IG Bau-Steine-Erden bereits zu einem Abschluß für die 1,5 Millionen Beschäftigten des Bauhauptgewerbes führen. Wie aus Vorstandskreisen verlautete, wird ein höherer Abschluß als in den Branchen angestrebt, die zu Beginn dieses Jahres Lohn- und Gehaltserhöhungen um 8,5 Prozent vereinbart hatten. Offensichtlich geht diese Zielsetzung auf die verstärkte lohnpolitische Aktivität in der Mitgliedschaft zurück. Die Gewerkschaft strebt insbesondere auch eine deutliche Anhebung der Ausbildungsvergütungen an, um den Bauberuf – und das liegt auch im Interesse der Unternehmer – von der materiellen Seite her wieder attraktiver zu machen.

IGBE will Tarife kündigen

Nach Mitteilung des Hauptvorstandesmitgliedes der IG Bergbau und Energie Helmut Marmulla vor Bergarbeitern in Recklinghausen, werden die Lohn- und Gehaltstarife der Beschäftigten im Steinkohlenbergbau zum nächstmöglichen Termin gekündigt. Bei den aufzustellenden Forderungen sollen sowohl die Preisentwicklung als auch die Leistungssteigerung in den Bergbaubetrieben berücksichtigt werden. Da der nächste Termin für die Kündigung des laufenden Tarifvertrages der 30. Juni 1973 sei, müßten die Lohn- und Gehaltserhöhungen deutlich über den Abschlüssen in anderen Industriezweigen der Bundesrepublik liegen, erklärte Marmulla.

Lohnerhöhung für die Land- und Forstarbeiter

Für die rund 100 000 Landarbeiter in der Bundesrepublik und die etwa 30 000 Forstarbeiter des Bundes und der Länder wurden von der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF) Mitte Februar neue Lohnverträge abgeschlossen. Danach werden die Löhne der Lohngruppe V (Schlepperfahrer) in allen Tarifgebieten und Ortsklassen einheitlich um 46 Pfennig je Stunde erhöht, die Löhne der übrigen Lohngruppen entsprechend ihren bisherigen Relationen. Die Lohnerhöhung für die Forstarbeiter, die rückwirkend zum 1. Januar 1973 in Kraft trat, beträgt 7,2 bis 10 Prozent.

Bei Hoesch: Einheit und Solidarität sicherten den Erfolg

Die Arbeiter und Angestellten der drei Dortmunder Hoesch-Werke – Westfalenhütte, Hüttenwerke Phönix und Union – erzielten im Februar durch Streikaktionen einen lohnpolitischen Teilerfolg und wehrten, unterstützt durch eindrucksvolle Solidaritätsbekundungen, die willkürliche Entlassung von acht Kollegen ab, die aktiv am Lohnkampf mitgewirkt hatten. Die Absicht der Hoesch-Direktion, dem Verlangen des Industriellenverbandes BDI entsprechend, eine „Strafaktion“ an den Teilnehmern des Streiks zu vollziehen, wurde vereitelt, die Direktion mußte einen „Rückzieher“ machen.

Über 75 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Hüttenwerker hatten den letzten Lohnkompromiß, der ihnen nur 46 Pfennig (8,5 Prozent) mehr brachte, in einer Urabstimmung abgelehnt. In Verhandlungen mit der Direktion forderten sie 14 Pfennig außertarifliche Zulage, um die ursprüngliche gewerkschaftliche Forderung von 60 Pfennig durchzusetzen. Unter dem Eindruck von Streiks und Demonstrationen der Hoesch-Arbeiter, die mehrere Tage andauerten, machte die Direktion das Zugeständnis von 5 Pfennig für alle Lohngruppen.

Das materielle Resultat dieses Streiks ist ein Teilerfolg. Bedeutsamer ist aber, daß die ursprüngliche Absicht des Konzerns, durch unterschiedliche Zulagen eine Aufspaltung der Arbeiter durchzusetzen, an der geschlossenen Haltung der Belegschaft scheiterte. Der Kampf der Hoesch-Belegschaft ist nicht als eine innerbetriebliche Angelegenheit dieses Konzerns im Dortmunder Raum zu sehen. Äußerungen von Kollegen, die sagen, daß die Konzernleitung sich für die Niederlage während des Septemberstreiks von 1969 revanchieren wollte, sind sicher richtig.

Hinter der Absicht des Hoesch-Konzerns, die Belegschaft auf die Knie zu zwingen, standen die ganze Stahlindustrie und der reaktionäre Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) mit seinen 39 Wirtschaftsverbänden. In einem Geheimschreiben an die Hoesch-Konzernleitung forderte BDI-Präsident Sohl die Kündigung von aktiven Gewerkschaftern, die auch umgehend erfolgte. Das Ziel bestand darin, jeden beginnenden Widerstand gegen die Reallohnsenkung sofort zu brechen und die für die Stahlindustrie ausgehandelte Lohnerhöhung von 8,5 Prozent als Norm für alle Wirtschaftszweige der Bundesrepublik für das Tarifjahr 1973 zu fixieren. Auf diese Weise sollen die für das Jahr 1973 kalkulierten Maximalgewinne abgesichert werden.

Ausgehend von dieser Situation ist es für die große Mehrheit der Stahlarbeiter unverständlich, daß zumindest eine ideelle Solidarisierung mit den streikenden Arbeitern durch die örtliche Gewerkschaftsleitung wie auch seitens des Vorstandes der IG Metall in Frankfurt nicht erfolgte.

Es ist das offensichtliche Verdienst der DKP Ruhr-Westfalen, das BDI-Geheimschreiben sofort an die Öffentlichkeit gebracht zu haben. Dadurch wurde eine Überrumpelung der Hoesch-Arbeiter verhindert. Die Absicht der Hoesch-Konzernleitung, die fristlos gekündigten beiden Betriebsräte und sechs Vertrauensleute auf den „Rechtsweg“ beim Arbeitsgericht zu drängen, in der sicheren Erwartung, daß dort der Unternehmerstandpunkt bestätigt und die Gewerkschaft untätig bleiben werde, weil sie in ein schwebendes Verfahren nicht eingreifen dürfe, schlug fehl.

Die Vertrauensleute-Vollversammlung der Hoesch-Westfalenhütte wandte sich an alle Betriebsräte der stahl- und metallverarbeitenden Industrie mit folgendem Schreiben: „Solidarisiert Euch mit uns zur Verhinderung der Entlassung von acht Kollegen aus unseren Betrieben und dem damit verbundenen Angriff auf unsere gewerkschaftlichen Rechte. Handelt mit uns gemeinsam. Die Schärfe und Härte des Vorgehens der Unternehmer beweist: was heute bei uns gemacht wird, kann morgen bei Euch Wirklichkeit sein.“ – Es setzte eine bis dahin kaum gekannte Solidaritätswelle ein.

Schon wenige Tage nach der fristlosen Kündigung der acht Belegschaftsmitglieder und Gewerkschafter mußten unter dem Druck einer breiten und wachsenden Solidaritätsfront sowie einer sich ausbreitenden Kampfbereitschaft in den Betrieben der Stahlindustrie die Kündigungen zurückgenommen werden. Die Solidarität reichte von München bis Kiel. Neben den Solidaritätsbekun-

dungen von den Belegschaften der Hüttenwerke gab es solche aus vielen Betrieben der verschiedensten Wirtschaftszweige, von Jugendverbänden, anderen gesellschaftlichen Organisationen, Studenten mehrerer Universitäten und Hochschulen, von Schriftstellern, Professoren, Pfarrern usw.

Kritisch sollte man das Verhalten des geschäftsführenden Vorstandsmitglieds der IG Metall Rudolf Judith, verantwortlich für Betriebe der Montan-Industrie, betrachten. Seine Aussagen auf den zwei Belegschaftsversammlungen und der Pressekonferenz am 22. Februar, nachdem die Zurücknahme der Kündigungen schon bekannt war, sind der Organisation abträglich. Was sollen solche Erklärungen, daß es niemandem diene, „wenn der Hoesch-Vorstand sein Gesicht verliere“, oder daß die Rechtspositionen der gekündigten Gewerkschafter „sehr bedenklich“ seien? War denn die fristlose Entlassung aktiver Gewerkschaftsfunktionäre, die nichts als berechnete Forderungen Tausender Kollegen vertraten, nicht auch ein Stoß gegen die IG Metall selbst?

Im Gegensatz zur DKP hat der Vorstand der SPD zu den Vorgängen bei Hoesch geschwiegen. Jusos in Dortmund aber standen wie andere sozialdemokratische Organisationen an der Seite der kämpfenden Hüttenarbeiter. Erwähnt werden muß auch, daß ultra linke Gruppen, Troztkisten, Maoisten und andere, die während des Streiks gewerkschaftsfeindliche Parolen verbreiteten und Funktionäre der Betriebe als Verräter beschimpften, und so dem berechtigten Kampf schaden, keine Resonanz bei den Hoesch-Arbeitern fanden.

Die DKP hat ohne Einschränkung die Forderungen der Hoesch-Arbeiter unterstützt; sie leistete ihnen durch wichtige Informationen – Veröffentlichung des BDI-Briefes von Thyssen-Chef Sohl und tägliche Mitteilungen – wertvolle Hilfe. Die DKP erklärte u. a.:

„Die spontanen Streiks der Hoesch-Arbeiter waren berechtigt. Die Solidaritätsbewegung mit den acht Kollegen von Hoesch ist für die gesamte Arbeiterklasse unseres Landes beispielhaft. Wir beglückwünschen alle, die zu diesem Sieg der Arbeiter über die Bosse beigetragen haben. Aber wir sagen auch: Eine Schlacht wurde gewonnen, aber noch sind die Bosse nicht geschlagen... Darum sind einheitlich und geschlossen auftretende Belegschaften, sind starke, auf den Kampfpositionen der Arbeiter stehende Gewerkschaften und eine gestärkte DKP Voraussetzungen für neue Erfolge gegen das Großkapital. Die Arbeiter von Hoesch und mit ihnen Hunderttausende in unserem Land haben den Beweis erbracht: Einigkeit macht stark! Solidarität hilft siegen! Die Arbeiter sind stärker als die Bosse!“ Heinrich Bramkamp

IG Druck und Papier: 13 Prozent Textil-Bekleidung: 10 Prozent

Der Hauptvorstand der IG Druck und Papier hat am 23. Februar 1973 beschlossen, den Lohntarifvertrag für die rund 310 000 Arbeiter der Druckindustrie fristgerecht zum 31. März 1973 zu kündigen. Er fordert eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um 13 Prozent sowie zusätzliche Anhebungen von 0,9 Prozent für die unteren Lohngruppen. Auch die Gewerkschaft Textil-Bekleidung hat angekündigt, daß sie die Tarifverträge für die 840 000 in den Textil- und Bekleidungs-betrieben Beschäftigten zum nächstmöglichen Termin, das ist in den meisten Bezirken der 30. April, kündigen will. Trotz der rapide steigenden Preise fordert sie Lohnerhöhungen von nur 10 Prozent.

Gleich nach Bekanntwerden der Forderungen gab es in den Druckereibetrieben harte Diskussionen, denn wie nie zuvor war die bevorstehende Lohnrunde in Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen diskutiert worden. Die Arbeiter hatten sich für 15 Prozent stark gemacht und sie einerseits mit den immens hohen Gewinnen der Unternehmer und andererseits mit den Preissteigerungen begründet.

In einer einstimmig angenommenen Entschließung kritisierten die Betriebsausschußmitglieder der Offenbacher Druckereibetriebe die von der Großen Tarifkommission beschlossene Lohnforderung. Sie halten die „13 Prozent, gemessen an den vergangenen und zu erwartenden Belastungen unseres Lebensstandards grundsätzlich für zu niedrig“. Die Kollegen erwarten gerade deshalb von der Verhandlungskommission, „daß sie diese Forderung mit aller Entschiedenheit gegenüber den Unternehmervertretern vertritt sowie eine kurze Laufzeit und eine Kündigungsklausel für den Fall erheblicher Preissteigerungen vereinbart“.

In verschiedenen Ortsvereinen stellten die Gewerkschafter detaillierte Rechnungen auf, die bewiesen, das 15 Prozent „drin“ sind, ohne daß die Druckereiunternehmer „am Hungertuche zu nagen“ brauchten.

Nun, nachdem die Würfel gefallen sind, so betonten Druckereiarbeiter gegenüber NACHRICHTEN, sei die volle Durchsetzung der ohnehin schon auf 13 Prozent reduzierten Forderung notwendig. Falls sich die Unternehmer widerspenstig zeigten, das kam in den Gesprächen immer wieder zum Ausdruck, seien sie bereit, ihr Verlangen mit der ganzen gewerkschaftlichen Kraft durchzusetzen.

Von besonderer Wichtigkeit ist, eine möglichst kurze Laufzeit der Tarifverträge zu erreichen. So hat z. B. die Mitgliederversammlung der IG Druck und Papier des Ortsvereins Köln kürzlich einstimmig beschlossen, daß ein künftiges Tarifabkommen eine Klausel enthalten müsse, die bei Preissteigerungen von über 5 Prozent in diesem Jahr neue Tarifverhandlungen ermöglicht.

Die gleiche Auffassung vertrat auch der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter in Gesprächen mit der Dortmunder „Westfälischen Rundschau“ und der Düsseldorfer „Rheinischen Post“. Vetter erklärte, die Gewerkschaften würden „vorzeitig auf Lohnkorrekturen drängen“, falls die Lebenshaltungskosten im bisherigen Umfang weiter steigen und sich dadurch „für die Arbeitnehmer die Situation“ erheblich ändere.

Um so unverständlicher für die Beschäftigten in der Textil- und Bekleidungsindustrie ist die Forderung ihres Gewerkschaftsvorstandes nach 60 Pfennig Stundenlohnerhöhung, das sind rund 10 Prozent, für die jetzige Lohnrunde. Selbst bei voller Durchsetzung einer solchen Lohnerhöhung, stellt man die Preissteigerungen, die höheren Sozialversicherungsbeiträge und die Lohnsteuern in Rechnung, könnten die Textilarbeiter nicht mehr für ihr Geld kaufen als vor einem Jahr.

Die Textil- und Bekleidungsarbeiter hatten mit einer höheren Forderung gerechnet, denn noch kurz zuvor hatte der Tarifexperte ihrer Gewerkschaft, Hermann Schumacher, vor Betriebsräten und Vertrauensleuten in Bielefeld erklärt, daß die von der IG Metall und der ÖTV erzielten Abschlüsse keine Leitlinie für seine Organisation sein könnten. Jeder Beschäftigte in der Textilindustrie, so sagte Schumacher in Bielefeld, habe im vergangenen Jahr ein um 8,5 Prozent höheres Ergebnis erzielt als 1971. Der Anteil der Lohn- und Gehaltskosten sei dagegen nur um 0,5 Prozent gestiegen. In der Bekleidungsindustrie stehe einer Erhöhung der Beschäftigtenzahlen von 0,1 Prozent eine Umsatzsteigerung von 12,4 Prozent gegenüber.

In der jetzigen Lohnrunde, sowohl bei der Druckindustrie als auch bei Textil und Bekleidung, darf es aus falsch ver-

standener Rücksichtnahme auf die SPD-geführte Bundesregierung keine faulen Kompromisse geben. Für die Erhaltung des Lebensstandards der Arbeiter, Angestellten und ihrer Familien ist es notwendig, die erhobenen Forderungen ohne Abstriche und bei einer kurzen Laufzeit der Tarifverträge durchzusetzen. G. M.

HBV: 11,7 Prozent sind zu niedrig

Die Beschäftigten des hessischen Einzelhandels befinden sich gegenwärtig in der Tarifbewegung. Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen fordert 13 bis 14 Prozent Gehaltserhöhung und die Verbesserung des Manteltarifvertrages. Am 27. Februar 1973 fanden die ersten Verhandlungen statt. Noch unter dem Eindruck des gerade beendeten Arbeitskampfes in den Dortmunder Hoesch-Betrieben und der kampfbereiten Stimmung in den hessischen Einzelhandelsbetrieben boten die Unternehmer von sich aus eine Gehaltserhöhung von 11,7 Prozent. Dieses Angebot, das beweist, daß die Unternehmer zahlen können, wurde von der Tarifkommission und dem Landesvorstand der Gewerkschaft HBV als zu niedrig abgelehnt.

Wie uns bekannt wurde, herrscht in den bayerischen Einzelhandelsbetrieben starke Empörung über den dortigen 8,5-Prozent-Abschluß durch die Gewerkschaft. Gegen sie wird der Vorwurf erhoben, sie habe sich überfahren lassen.

Für die 2,3 Millionen Beschäftigten des Einzelhandels in der Bundesrepublik laufen zur Zeit Verhandlungen über die Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen, die in regionalen Manteltarifverträgen unterschiedlich geregelt sind. Ebenso sollen die Tätigkeitsmerkmale überprüft und eine einheitliche Urlaubs-geldregelung angestrebt werden.

Neue Tarifverträge im bayerischen Großhandel

Zwischen den zuständigen Unternehmerverbänden und den Gewerkschaften HBV, ÖTV und DAG wurden Mitte Februar für die rund 180 000 Beschäftigten des Groß- und Außenhandels in Bayern Lohn- und Gehaltserhöhungen vereinbart, die rückwirkend zum 1. Februar in Kraft traten. Die Zulagen betragen durchschnittlich nur 8,5 Prozent. Daneben wurde festgelegt, ab 1. Mai 1973 die 40-Stunden-Woche einzuführen und ab sofort die Urlaubsregelung von Werktagen auf Arbeitstage umzustellen sowie den Jahresurlaub um einen Tag zu verlängern.

Grafische Industrie: Tarifbewegung im Zeichen wachsender Unruhe

Vor der diesjährigen Lohnrunde im grafischen Gewerbe — der Lohn-tarifvertrag ist zum 31. März 1973 fristgemäß gekündigt worden — stehen die Zeichen in zahlreichen Druckbetrieben aus vielerlei Gründen auf Sturm. Das soll in dem folgenden Bericht unseres Mitarbeiters Peter Baumöller am Beispiel einiger Düsseldorfer Druckereien und der Diskussion in der dortigen Gewerkschaftsorganisation verdeutlicht werden.

Unruhe herrscht unter der Belegschaft der Firma Schwann, seit sie aus der Zeitung erfahren hat, daß das Grundstück des Betriebs verkauft wurde und die Zukunft der hier Arbeitenden ziemlich ungewiß geworden ist. Ende Februar wurde die Buchbinderei des Schwann-Betriebes mit Mann und Maus an eine andere Firma verkauft.

Die Geschäftsleitung von Schwann lehnt es kategorisch ab, einen Sozialplan für die ausscheidenden Arbeiter zu erstellen. Auch für den später ausscheidenden Buch- und Offsetdruck will man mit dem Betriebsrat keinen Sozialplan abschließen.

Unter Berufung auf den Paragraphen 613 A des BGB wird schlicht von einer „Übertragung von Betriebsabteilungen“ gesprochen, weshalb ein Interessenausgleich nach den Paragraphen 111 und 112 des Betriebsverfassungsgesetzes nicht zu erfolgen brauche.

Der Betriebsrat ging mit Unterstützung der IG Druck und Papier vors Arbeitsgericht. Die Gewerkschaft kündigte gleichzeitig Kampfmaßnahmen gegen die Firma an. Bezirksvorsitzender Fritz Thomas vor der Presse: „In einer demokratisch verfaßten Gesellschaft kann es nicht hingenommen werden, daß Unternehmer die Möglichkeit haben, x-beliebig zu verkaufen und über Menschen zu verfügen.“

Der Verkauf der Buchbinderei z. B. hat zur Folge, daß die Arbeiter beim Wechsel aus dem Bereich des grafischen Gewerbes in die Papierverarbeitung erhebliche tarifliche Verschlechterungen in Kauf nehmen müssen: bis zu einer D-Mark pro Stunde. Verloren gehen außerdem Anspruchszeiten auf eine Betriebsrente bei Schwann. Daß dafür ein Ausgleich zu gewähren ist, sollte eigentlich unumstritten sein.

Innerbetriebliche Auseinandersetzungen gibt es gleichzeitig auch beim Verlag W. Girardet in Düsseldorf. Seit die Firma an Girardet Wuppertal vererbt wurde, gibt es zunehmend Be-

strebungen, den Schwerpunkt der Technik ins Bergische Land zu verlagern. Ein hartnäckiger Kampf um Arbeitsplatzsicherung in Düsseldorf ist entbrannt . . .

Der zunehmende Konzentrationsprozeß in der grafischen Industrie hat auch in Düsseldorf ein gravierendes Beispiel: der Aufkauf des Droste-Verlages durch die „Rheinische Post“. Die Rheinisch Bergische Druckerei- und Verlagsgesellschaft (RBDV) ist heute der größte Druckereibetrieb in der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt. Auch hier haben sich, wie von Betriebsräten zu erfahren ist, die sozialen Auseinandersetzungen in den letzten Monaten in vielfältiger Weise zugespitzt.

Zu all dem bewegt Setzer und Drucker, die ständig in Schichten und sonntags arbeiten müssen, ein ganz gravierendes steuerliches Problem. In den Betrieben werden Warnstreiks für den Fall erwogen, daß die Bundesregierung nicht bereit sein sollte, den Paragraphen 34 a des Einkommensteuergesetzes rückwirkend ab 1. Januar 1973 zu verändern, d. h. die Steuerfreigrenze für Nacht-, Sonntags-, Feiertags- und Schichtzuschläge von 24 000 auf 36 000 DM zu erhöhen oder ganz abzuschaffen.

Setzer und Drucker fühlen sich vom Gesetzgeber bewußt hingehalten. Die IG Druck und Papier drängt bereits seit August 1971 auf eine Änderung der in der Praxis längst überholten Einkommensgrenze. Wie notwendig das ist, zeigt das konkrete Beispiel, das der Düsseldorfer Betriebsratsvorsitzende beim Druckhaus Deutz, Helmut Kassner, auf einer Betriebsrätekonferenz der IG Druck und Papier darlegte:

Kassner hatte im Dezember 1972 einen Monatsbruttolohn von 2172,81 DM. Seine Steuerabgaben betrugen (noch unter Berücksichtigung von Freibeträgen) 173,40 DM; im Januar 1973 wurde ihm jetzt wegen Überschreitung der Freigrenze der Monatslohn von 2143,91 DM voll versteuert. Die

Abgabe betrug nun 345,30 DM — also eine Steigerung um 100 Prozent. Dazu Kassner: „Wenn meine Zuschläge in diesem Jahr weiter voll versteuert werden, habe ich eine Mehrbelastung von 1746,— DM. Oder anders gesagt: Ich arbeite dreieinhalb Wochen zusätzlich nur für den Fiskus.“

Schon im letzten Jahr haben Setzer und Drucker Teilverdienste und Gratifikationen vor sich „hergeschoben“, das heißt in das neue Kalenderjahr verlagert, um nicht über die Freigrenze von 24 000 DM zu kommen. Es wurden, wie der Betriebsratsvorsitzende von Girardet erläuterte, „Gefriertruhen“ geschaffen. Wenn die Bundesregierung, wie angekündigt, die Abschaffung der 24 000-DM-Grenze erst für den 1.1.1974 realisiert, dann geraten Setzer und Drucker in arge Schwierigkeiten, d. h. unter verstärkten Steuerdruck.

Diese Tatsache, so hört man jetzt in den Betrieben, müsse bei der anstehenden Lohnrunde mit berücksichtigt werden. In Düsseldorf war auf einer Mitgliederversammlung der IG Druck und Papier ebenso wie in anderen Städten eine 15prozentige Lohnerhöhung gefordert worden. Dies wurde für notwendig befunden, um den bisher erkämpften Lebensstandard bei ständig steigenden Preisen und Steuerbelastungen nur zu halten.

Die Tarifkommission der IG Druck und Papier hat sich mit einer linearen Forderung von 13 Prozent begnügt; zusätzlich sollen die unteren Lohngruppen angehoben werden, d. h.: die Lohngruppe I auf 70 Prozent des Facharbeiterecklohns; die Lohngruppe II um 1,8 auf 75 Prozent; die Lohngruppe III um 2 auf 80 Prozent.

Die monatlichen Ausbildungsvergütungen sollen im ersten Ausbildungsjahr auf 110 Prozent des tariflichen Wochenecklohns, im zweiten Ausbildungsjahr auf 140 Prozent und im dritten Ausbildungsjahr auf 170 Prozent angehoben werden, nach dem dritten Ausbildungsjahr auf 200 Prozent.

Diese Forderungen werden von der Kollegenschaft als Mindestforderungen betrachtet, bei denen keine größeren Abstriche hingenommen werden können. Noch immer ist der Lohn die wichtigste Komponente der sozialen Sicherheit. Das zeigen nicht zuletzt die betrieblichen Dispositionen, die die Unternehmer über die Köpfe der Belegschaften hinweg zu treffen versuchen. Die Belegschaften sind bereit, die Forderungen ihrer Gewerkschaften mit Nachdruck zu vertreten und — wenn notwendig — mit Kampfmaßnahmen durchzusetzen.

Lohnleitlinien überschritten, wo gekämpft wurde

Nach dem Abschluß der Tariffbewegungen in der Eisen- und Stahlindustrie, in der Metallverarbeitung und im öffentlichen Dienst, über die NACHRICHTEN in Nr. 1 und 2/73 ausführlich berichteten, bleibt eine wesentliche Erfahrung zu beherzigen, nämlich diese: Das Ergebnis hätte spürbar besser sein können, wenn von den beteiligten Gewerkschaftsvorständen die in den Betrieben und Dienststellen vorhandene Kampfbereitschaft genutzt worden wäre. Dieser Wille, einen höheren Anteil am Resultat der eigenen Arbeit zu erkämpfen, war in allen von der Tariffbewegung erfaßten Bereichen bei den Gewerkschaftsmitgliedern vorhanden und setzte sich zum Teil noch nach Abschluß neuer Tarifverträge durch. Dafür eine „Nachlese“ von einigen Beispielen:

In der Eisen- und Stahlindustrie kam es zu dem heftigsten lohnpolitischen Nachspiel in den Hoesch-Hüttenwerken, wo es den Arbeitern gelang, mit Arbeitsniederlegung eine zusätzliche Lohn-erhöhung um 5 Pfennig pro Stunde durchzusetzen und Maßregelungen durch den Hoesch-Vorstand abzuwehren. (Siehe dazu den Bericht auf Seite 5.)

Auch auf der Klöckner-Hütte in Bremen gaben sich die 5500 Arbeiter und Angestellten mit dem 8,5-Prozent-Ergebnis (46 Pfennig) der zentralen Verhandlungen nicht zufrieden. In mehrwöchigen Verhandlungen, unterstützt durch die einmütige Haltung der Belegschaft und des gewerkschaftlichen Vertrauensleutkörpers sowie durch vier Warnstreiks, setzte der Betriebsrat bei der Direktion die Zahlung außertariflicher Zulagen durch. So wurden die Prämientabellen um 6 Pfennig und die übertariflichen Zulagen für Lohnempfänger um 5 Pfennig je Stunde erhöht. Die Mindest-erhöhung (Tariflohn-erhöhung plus innerbetriebliche Zulage) wurde auf 56 Pfennig festgelegt.

Im Ford-Automobilwerk Köln ist der Erfolg besonders augenfällig. Nach zwölfstündigen Verhandlungen des Betriebsrates mit der Unternehmensleitung kam es zu der Vereinbarung, die Löhne in den neun Gruppen zwischen 11,83 und 13,24 Prozent – im Durchschnitt 12,44 Prozent – zu erhöhen, das sind 3,94 Prozent mehr als der tarifvertragliche Abschluß für Nordrhein-Westfalen durch die IG Metall. Auch im Falle Ford war die Kampfbereitschaft der Arbeiter das entscheidende Druckmittel.

Unzufriedenheit mit dem Verhandlungsergebnis von 6 Prozent plus 40 DM statt der geforderten 70 DM gab es auch in großen Bereichen des öffentlichen Dienstes. In Duisburg streikten nach Bekanntwerden des Tarifabschlusses kurzfristig die Arbeiter des Städtischen Fuhrparks und forderten von der

Stadtverwaltung die Zahlung der 30 DM Differenz als außertarifliche Zulage. Zu Streiks kam es in der Schlußphase der Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst in Kommunalbetrieben mehrerer Städte, so in Braunschweig und Hannover.

Besondere Kampfbereitschaft zeigten in dieser Tarifrunde die Postgewerkschafter, vor allem im hessischen Raum. Von der Entschlossenheit, die durch die zentralen Gewerkschaftsorgane bereits reduzierten Ausgangsforderungen voll durchzusetzen, zeugten u. a. die Demonstrationen in Fulda, Gießen, Kassel, Darmstadt, Offenbach und Frankfurt. In der Main-Metropole demonstrierten mehrmals Post- und ÖTV-Gewerkschafter gemeinsam gegen die Haltung der öffentlichen Arbeitgeber.

In dem Frankfurter Postamt 4, dem größten Paketpostamt der Bundesrepublik, kam es noch nach Abschluß der Tarifverhandlungen zu einer Urabstimmung über Annahme oder Ablehnung des Resultats. Dabei stimmte zwar über die Hälfte der Abstimmenden gegen die Annahme, jedoch wurde angesichts der von den gewerkschaftlichen Verhandlungskommissionen bereits vollzogenen Fakten die satzungsmäßig vorgeschriebene Dreiviertelmehrheit nicht erreicht.

Auch Postlehrlinge im Lohnkampf

Eine lebhafteste Aktivität entwickelten in dieser Tariffbewegung, gemeinsam mit ihren älteren Kollegen, auch die Postlehrlinge. Speziell dazu sandte uns unser Mitarbeiter Wolfgang Bartels folgenden Bericht:

Am 24. Januar gegen sieben Uhr morgens sammelten sich die Stuttgarter

Postlehrlinge vor ihrer Lehrwerkstatt. Sie hielten Transparente in den Händen: „Postlehrlinge schaffen allemal für Industrie und Kapital“ und „Wir wollen Lehrlingslohn, keinen Hungerlohn“.

Gemeinsam demonstrierten über 600 Lehrlinge mit ihren Ausbildern durch die Stadt. Je näher sie dem Gebäude der Oberpostdirektion kamen, desto lauter wurden die Sprechchöre: „Mit Gebühren sind sie fix, für die Postler tun sie nix!“ Schnell war der Demonstrationszug auf 1000 Köpfe angewachsen. Viele ältere Kollegen hatten sich angeschlossen.

Eine Kundgebung wurde improvisiert. Die Postler wehrten sich gegen das Angebot aus Bonn, das damals nur 15 DM und 6 Prozent ausmachte, für die Lehrlinge 20 bis 35 DM mehr. Die Forderungen der Postgewerkschafter lauteten: 70 DM und 6 Prozent, für die Lehrlinge 360, 390, 420 und 480 DM in den jeweiligen Lehrjahren.

Drei Tage vorher zeigte sich in München das gleiche Bild. 1500 Postler, darunter 800 Lehrlinge, demonstrierten von der Oberpostdirektion durchs Stadtzentrum zum Gewerkschaftshaus. Die Losungen: „Auch die Postproleten brauchen mehr Moneten“ und „Ehmke heißt er, uns beschießt er“.

In Hamburg gab es einen Warnstreik der 100 E-Mechanikerlehrlinge beim Postamt 2. In Elmshorn streikten die 120 Fernmeldelehrlinge beim Fernmeldezentralzeugamt. Rolf Büttner, Vorsitzender der Hamburger Postgewerkschaftsjugend, bezeichnete Ehmkes Angebot für die Lehrlinge als „Provokation“. Besonders schwerwiegend sei, daß das Postministerium für jugendliche Angestellte unter 19 Jahren überhaupt kein Angebot bereithalte, obwohl noch heute eine 16jährige Angestellte bei gleicher Tätigkeit 333,21 DM weniger verdiene als ihre 19jährige Kollegin.

Mit einer besonders originellen Aktionsform machten die Hamburger Jungpostler ihre Forderungen in der Öffentlichkeit bekannt. Mit Sammelbüchsen in der Hand forderten sie die Passanten vor der Hamburger Post auf, einen symbolischen Beitrag von einem Pfennig zu spenden, „damit die Post ihr Personal anständig bezahlen kann“. Die Aktion „Notopfer Deutsche Bundespost“ kam prima an.

Von den schließlich ausgehandelten Ergebnissen sind die Postler enttäuscht: „40 DM und 6 Prozent und für die Lehrlinge 270, 325, 375 bzw. 430 DM, also nur zwischen 40 und 50 DM mehr für Lehrlinge sind einfach zu wenig. Bei der gezeigten Kampfbereitschaft war mehr drin“. Der Lehrling, der diese Bilanz zog, weiß, daß es weitergeht: „Jetzt müssen wir unsere Gewerkschaft

Immer wieder Währungskrisen auf dem Rücken der Arbeiter

Als am 13. Februar dieses Jahres der Dollar erneut abgewertet wurde, ergab das für die Deutsche Bundesbank einen Abwertungsverlust von 7,22 Milliarden DM. Zu dieser Summe, die nur die Minderbewertung der Dollarreserven der Bundesbank beziffert, kommen noch einmal zirka 1,7 Milliarden DM, die den Devisenspekulanten – das sind die westdeutschen und internationalen Monopole und Banken – direkt in den Rachen geworfen werden, wenn sie ihre Spekulationsgewinne „mitnehmen“.

Aber der Zeitpunkt dafür ist noch nicht gekommen, denn wie die Entwicklung nach dem 13. Februar zeigt, sinkt der Dollar-Kurs weiter und die Devisenschieber hoffen, daß die Wechselkurse noch einmal zuungunsten des Dollar verändert werden und damit ihre Gewinne erneut steigen. Ob es schließlich

stärken. Die Bereitschaft der Kollegen, für ihre Forderungen einzutreten, muß genutzt werden, um bei den nächsten Tarifverhandlungen ein Ergebnis im Interesse der Arbeiter, Angestellten, Beamten und Lehrlinge durchzusetzen. Wir brauchen keinen Lohnabbau, sondern Reallohn-erhöhungen. Die jungen Postler gehen deshalb jetzt daran, in den Betrieben ihre Forderungen nach voller Fahrgeldfreiheit für alle Lehrlinge, kostenlosem Wohnen in den Postwohnheimen, zumindest aber Mietpreisstopp, durchzusetzen.“

Alle diese Aktionen – ob nun in der Stahlindustrie, in der metallverarbeitenden Industrie oder im öffentlichen Dienst – sind im Grunde nur die berühmte Spitze des Eisbergs gewerkschaftlicher Kampfschlossenheit an der Basis. Haben sich in vergangenen Jahren bei unzureichenden Tarifabschlüssen Gewerkschaftsvorstände oft genug damit herausgeredet, die Mitglieder hätten „nicht mitgezogen“, so waren es in dieser Tariffbewegung ganz offenkundig die Vorstände von IG Metall, ÖTV, Eisenbahner- und Postgewerkschaft, die mit ihren Mitgliedern „nicht mitgezogen“ haben. Diese sind einhellig der Meinung: Eine solche Situation, daß einige Gewerkschaftsvorstände die Tarifpolitik nach den Wünschen und Fehlentscheidungen Bonner Wirtschafts- und Finanzpolitik ausrichten und dabei die berechtigten Forderungen der Mitglieder gehörig aus dem Blick verlieren, darf nicht wieder geduldet werden.

G. S.

doch noch zu einer DM-Aufwertung kommt oder noch einmal zu einer Dollar-Abwertung war bei Redaktionsschluß noch nicht abzusehen, jedoch scheint es sicher, daß auch die neueste Rechnung der Monopole aufgehen wird.

Doch gleichzeitig ist dieser dritte schwere Ausbruch der Währungskrise seit 1969 Ausdruck der sich verschärfenden Widersprüche des imperialistischen Systems. Denn den Auseinandersetzungen um die Wechselkurse liegt ein massiver Handelskrieg zugrunde, der auch politische Gegensätze innerhalb des imperialistischen Lagers erzeugt.

Hauptursache dieser allgemeinen Krise ist die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung der kapitalistischen Länder. Während die westeuropäischen Länder und Japan nach dem zweiten Weltkrieg ständig an wirtschaftlicher Stärke zunahm, gerieten die USA immer mehr in Schwierigkeiten, ihre imperialistische Politik – Truppenstationierungen in Schwierigkeiten, ihre Imperialistionen gegen Länder der Dritten Welt und der barbarische Krieg in Indochina – zu finanzieren. Das Defizit in der Zahlungsbilanz wurde immer größer und die Goldbestände sanken schließlich unten den Wert von 10 Milliarden Dollar.

Die Dollardruckpresse sorgte zwar für Nachschub, aber gleichzeitig geriet damit das kapitalistische Weltwährungssystem, dessen Leitwährung ja immer noch der Dollar ist, immer mehr aus den Fugen. Über den Mechanismus der festen Wechselkurse, dem Zwang, wertlose Dollars in jeder Höhe zu einem festen Kurs zu kaufen, wurden die übrigen kapitalistischen Länder gezwungen, die Lasten der USA-Politik mitzutragen, wozu auch die treuesten Verbündeten der USA, wie z. B. die Bundesrepublik, auf die Dauer weder bereit noch in der Lage sind.

In der Bundesrepublik wiederholte sich anläßlich der jüngsten Dollar-Schwemme die Diskussion von 1969 und 1971: Aufwertung der Mark oder nicht? Die

Vorteile der Nicht-Aufwertung für die Großindustrie liegen auf der Hand. Zunächst konnte sie in aller Ruhe sämtliche Dollar-Guthaben in D-Mark umtauschen zu einem Kurs, der real schon gar nicht mehr existierte. Die Spekulationsgewinne zahlt der Staat. Und außerdem ermöglicht die – außer im Verhältnis zum Dollar – unterbewertete Mark einen Exportboom, der den Unternehmen eine Gewinnexplosion beschert wird, ähnlich der im Jahre 1969, als Kiesinger sich weigerte, die Mark aufzuwerten.

Die Folge ist, daß sich das Verhältnis von Löhnen und Gewinnen weiter zu Ungunsten der Arbeiter verschieben wird. Die „maßvollen“ Tarifabschlüsse der IG Metall und der ÖTV, die ohnehin eine Reallohnsteigerung bedeuteten, und die gerade jetzt in der Folge der Dollar-Krise ständig steigenden Gewinne stehen in einem so krassen Mißverhältnis, daß sich verstärkt die Frage aufdrängt, wie lange noch die Arbeiter und Angestellten und ihre Gewerkschaften dieses Spiel mit sich treiben lassen.

Die bevorstehenden Tarifverhandlungen der IG Chemie und der übrigen Gewerkschaften dürfen nicht ausgehen wie die letzten bei Metall und im öffentlichen Dienst. Preisstabilität muß erkämpft werden – gegen die Monopole. Wir brauchen durchgreifende Preiskontrolle und wirksame Mitbestimmung in Wirtschaft und Gesellschaft; das ist ein erster Schritt zur Durchsetzung von Arbeiterinteressen, auch und gerade in der Währungskrise.

Werner Keil

Thyssen reif zur Enteignung

Mit der Übernahme der Rhein Stahl-AG-Mehrheit durch den Thyssen-Konzern entsteht in der Bundesrepublik eine Industrie-Gruppe, die mit einem Gesamtumsatz von nahezu 17 Milliarden DM und einer Belegschaft von 160 000 Beschäftigten in der Liste der großen Konzerne nach dem Volkswagenwerk an zweiter Stelle rangieren wird. Die Fusion erfolgt mit dem Ziel, durch die Stilllegung sogenannter unrentabler Betriebe Kostensenkungen und damit höhere Profite zu erzielen. Dies ergibt sich aus Äußerungen des Thyssen-Generaldirektors Sohl auf einer Pressekonferenz in Düsseldorf, der weiter sagte, daß aus „verständlichen Gründen“ auf eine Arbeitsplatzgarantie für alle heutigen Thyssen- und Rhein Stahl-Beschäftigte verzichtet werden müsse.

Kommt die Fusion zustande, dann sollten sich die Gewerkschaften diesen Stahlkonzern als für die Überführung in Gemeineigentum reif vormerken.

Gewerkschafter und Bauern berieten gemeinsame Fragen

Es kommt selten vor, daß Bauern Gewerkschaftsvertreter zu sich einladen, um mit ihnen über Agrarpolitik im allgemeinen sowie über Preis- und Einkommenspolitik im besonderen zu diskutieren. Noch seltener laden Gewerkschafter oder Gewerkschaftsmitglieder Bauern ein. Kürzlich kam es aber gleich zu zwei Zusammenkünften: die eine im Dorf, an der Basis, die andere an der Spitze, in Bonn. Einlader waren die Bauern selbst und das Präsidium des „Deutschen Bauernverbandes“ (DBV).

Franz Fabian, Landesbezirksleiter der IG Chemie-Papier-Keramik, war im Januar auf Einladung des Kreisbauernverbandes Hanau zum „Agrarpolitischen Frühschoppen“ in das Bürgerhaus nach Niederdorffelden gekommen, um vor rund 100 Bauern zur „Agrarpolitik aus der Sicht eines Gewerkschafters“ zu sprechen.

Ebenfalls zum Jahresbeginn trafen der DGB-Vorsitzende Vetter und einige seiner wirtschaftspolitischen Mitarbeiter mit dem DBV-Präsidenten Heereman und einigen Präsidiumsmitgliedern in Bonn zusammen. Ergebnis des Vetter/Heereman-Spitzendisputs war nach Angaben einer gemeinsam veröffentlichten Erklärung die übereinstimmende Ansicht:

„Eine Politik der Weiterführung der Vollbeschäftigung und der Verbesserung der Verbrauchereinkommen ist notwendig. Unter Berücksichtigung der Verbraucherinteressen ist eine Preis-, Markt- und Handelspolitik zu gewährleisten, die die Landwirtschaft an der allgemeinen Einkommensentwicklung teilnehmen läßt.“

Ist es Heinz Oskar Vetter nicht bekannt, daß Bauernverbandspräsident Heereman die bäuerlichen Einkommen hauptsächlich über die Nahrungsmittel-Endverbraucherpreise aufbessern möchte? Oder hat er dagegen nichts einzuwenden, solange seiner Meinung nach die Löhne und Gehälter hoch genug sind, um gleichzeitig die ungeschmälernten Gewinnspannen der Nahrungsmittelindustrie und -handelsunternehmen über die Endverbraucherpreise mitzufinanzieren? Zumindest wurde aus der Gesprächsrunde keine gegenteilige Meinung bekannt.

Franz Fabian hingegen bezog vor den 100 Bauern des Kreises Hanau zunächst einmal eine klare Position gegen die Konzerne. Er erklärte: „Die Landwirte haben mit den Arbeitern viel gemeinsam. Wie die Arbeiter stehen auch die Landwirte der Machtkonzentration von großen Konzernen und Handelsketten gegenüber. Diese Machtkonzentration führt dazu, daß den Landwirten

der Preis diktiert wird, sowohl beim Verkauf ihrer Produkte als auch beim Einkauf von Industrieerzeugnissen.“ Soweit so gut.

Anstatt aber nun von dieser gemeinsamen Position aus den Bauern vorzuschlagen, das Preisdiktat gemeinsam mit den Gewerkschaften zu brechen und die gleichberechtigte Mitbestimmung von Arbeitern und Bauern in den marktbeherrschenden Industrie- und Handelskonzernen zur Herbeiführung gerechterer Erzeuger- und Verbraucherpreise durchzusetzen, zog sich Fabian auf die passive Position zurück, „der Bauernverband muß sich selbst die Frage stellen, wo sich Berührungspunkte mit den Gewerkschaften er-

5 Prozent Preiserhöhung sowie 30 Prozent Lohnerhöhung

Die von der Autoindustrie verfügte Preiserhöhung von rund 5 Prozent bringt den Konzernen je 100 DM Umsatz 5 DM mehr ein. Wie wenig die Preiserhöhung für Autos mit den Lohnerhöhungen zu tun hat, zeigt die Tatsache, daß der Lohn- und Gehaltsanteil am Umsatz der Automobilindustrie nur 17 DM je 100 DM beträgt. Das bedeutet: Die Lohnerhöhung von 8,5 Prozent — damit sich's besser rechnet: rund 10 Prozent — macht je 100 DM Umsatz 1,70 DM aus. Um diesen Betrag wird der Lohnkostenanteil am Umsatz kurzfristig erhöht und schmälert entsprechend den Profitbestandteil, der sich im Laufe des Jahres bis zur nächsten Lohnerhöhung durch die Produktivitätssteigerung wieder vergrößert. Ein Zwang zur Preissteigerung besteht also nicht. Mit der jetzt vollzogenen Preissteigerung von 5 Prozent (5 DM) könnte eine Lohnerhöhung von 30 Prozent (5,10 DM) finanziert werden.

geben, um dann in diesen Punkten mit ihnen zusammenzuarbeiten.“

Wir meinen, die größeren Erfahrungen im Kampf gegen das Monopolkapital haben die Gewerkschaften. Also sollten sie ihre Erfahrungen auch an die Bauern weitergeben und nicht warten, bis die Bauern zu ihnen kommen.

Wenn man in diesem Zusammenhang bedenkt, daß der Anteil der landwirtschaftlichen Verkaufserlöse an den Verbraucherausgaben für Nahrungsmittel inländischer Herkunft insgesamt nur noch 48,7 Prozent beträgt, bei Brot sogar nur noch 12 Prozent, bei Obst und Gemüse etwa 35 Prozent und bei Fleisch höchstens 50 Prozent, und wenn man dabei berücksichtigt, daß den landwirtschaftlichen Verkaufserlösen von rund 36 Mrd. DM ein Gesamtumsatz der Nahrungsmittelindustrie von rund 160 Mrd. DM gegenübersteht, dann wird deutlich, welche Summen umverteilt werden könnten, um den Bauern und Verbrauchern zu akzeptablen Preisen zu verhelfen.

Noch unverständlicher war jedoch die Erklärung Franz Fabians, die Gewerkschaften würden sich gegen jede Erhöhung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise zur Wehr setzen, da sie grundsätzlich gegen jede Preiserhöhung seien. Nach dieser Auffassung dürften also die Gewerkschaften selbst niemals Lohn- und Gehaltserhöhungen durchsetzen, weil sie von den Unternehmern auf die Endverbraucherpreise umgelegt und damit die Preise erhöht werden könnten. Die logische Verneinung dieser Frage ist gleichzeitig ein klares Ja für die Erhöhung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise auf Kosten der Industrie- und Handelsgewinnspannen in einem Umfang, der zumindest den Bauern den Anschluß an die um rund 30 Prozent höheren Durchschnittseinkommen der Arbeiter gewährleistet und die Verbraucherpreise stabil hält.

Wenn schon die Arbeiter und Angestellten, wie der größte Teil der Bauern, nach Ansicht von Franz Fabian vom Großkapital ausgebeutet werden — und diese Auffassung ist richtig —, dann müssen beide Seiten gemeinsam schrittweise diese Ausbeutung reduzieren, um ihren Anteil am Volkseinkommen entsprechend zu erhöhen. Das kann in diesem Fall nur heißen: Organisation des Kampfes um Reduzierung der wucherischen Handelsspannen und Profite.

Ohne diese Auseinandersetzungen werden nur Ergebnisse wie beim DBV/DGB-Spitzengespräch erzielt. Sie dienen im Grunde nur den Nahrungsmittelkonzernen. Notwendig ist daher gegenseitige Solidarität bei der Durchsetzung besserer Preis- und Einkommensverhältnisse, um damit die ersten gemeinsamen Schritte gegen die Marktmacht der Konzerne vorzubereiten.

Rudi Schuster

Jahreswirtschaftsbericht zeigt Standort der Regierung

Nach dem „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“ vom 8. Juni 1967 hat die Bundesregierung im Januar eines jeden Jahres einen Jahreswirtschaftsbericht vorzulegen. In diesem Jahr wurde er mit einiger Verzögerung am 21. Februar 1973 veröffentlicht. Die Bundesregierung geht darin davon aus, daß 1973 ein Jahr des konjunkturellen Aufschwungs sein wird.

Nachdem die Regierung selbst wesentlich mit dazu beigetragen hat, daß 1973 ein weiteres Ansteigen der Preise um über 6 Prozent unvermeidlich ist, verkündet sie im Jahreswirtschaftsbericht, daß ihr Ziel darin bestehe, den Anstieg der Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt auf 5,5 bis 6 Prozent zu begrenzen. Diese angenommene Preissteigerung ist ebenso niedrig angesetzt wie die Steigerung der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, für die lediglich eine Zunahme um 9 bis 10 Prozent geschätzt wird. Die Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit sollen 1973 nur noch 7 Prozent steigen. Berücksichtigt man die angenommene Steigerung der Beschäftigtenzahl um 0,5 Prozent, so beträgt die Steigerung pro Kopf gar nur 6,5 Prozent. Das heißt, dies würde gerade die Preiserhöhungen ausgleichen, wie sie gegenwärtig existieren.

Die Bundesregierung appelliert an die Tarifvertragsparteien, nicht alle sich am Markt bietenden Chancen für Preis- und Lohnerhöhungen auszunutzen, wobei die Unternehmer, das zeigt der Verlauf der Messen und Ausstellungen, gar nicht daran denken, an der Preisfront kurzzutreten. Indem die Bundesregierung sich dafür ausspricht, daß die bisherige Tarifentwicklung „im weiteren Jahresverlauf keinesfalls überschritten und der Abstand zwischen Tarif- und Effektivlohnentwicklung in engen Grenzen gehalten werden“ solle, hat sie die Position der Unternehmer bezogen, deren Profite in dem Maße in die Höhe schnellen, wie die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften auf höhere Löhne und Gehälter verzichten.

Im Jahreswirtschaftsbericht vermerkt die Bundesregierung, daß sie gedenke, die Großunternehmen in großem Umfang zu subventionieren, um deren Profitraten hoch zu halten. Den Unternehmern des Steinkohlenbergbaus, die sich auf Kosten der Steuerzahler schon um viele Milliarden bereicherten, soll weiter „nachhaltig“ geholfen werden. Wie das aussehen soll, plauderte der für die Energiepolitik zuständige Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Rohwedder, aus: Den Hüttenwerken soll weiterhin Kokskohlenbeihilfe gezahlt werden. Die Ruhrkohle AG soll von Alt- und Schrumpfungslasten

befreit werden. Ihr müsse geholfen werden, „mit der Bürde von hundert Jahren deutscher Montanwirtschaft fertig zu werden“.

Diese „Bürde“ bestand bekanntlich in einer maßlosen Bereicherung auf Kosten der Arbeiterschaft und der Steuerzahler und in der aktiven Mitwirkung an der Vorbereitung zweier Angriffskriege. Die höheren Kosten für die Aufrechterhaltung eines höheren Anteils westdeutscher Kohle an der Stromerzeugung, meint Rohwedder weiter, müßten daher auf die Stromverbraucher abgewälzt werden. Bei den Privatverbrauchern soll laut Wirtschaftsbericht geprüft werden, ob und wie weit auch sie „Lasten tragen müssen, die mit der erhöhten Versorgungssicherheit verbunden sind“. Die Bundesregierung will die „einheimische“ Raffineriekapazität ebenso begünstigen wie den Bau von

Schnüffelmethoden bei Conti

Ein Arbeiter der Formen- und Maschinenfabrik Limmer (Hannover), die zur Continental-AG gehört, wurde am 25. Januar dieses Jahres zum Hauptabteilungsleiter Moeller gerufen. Dort wurde ihm erklärt, daß in der Botenmeisterei zwei an ihn adressierte Briefe abgefangen worden seien, weil der Verdacht bestehe, daß in diesen Briefen „den Betriebsfrieden störendes Material“ sei.

Wie der „Rote Reifen“, die Betriebszeitung der DKP-Betriebsgruppe Conti, feststellt, wurde der Arbeiter angehalten, „seine Einwilligung zum unverzüglichen Öffnen der Briefe zu geben. Damit die Notstandsübung planmäßig ablaufen konnte, hatte man einen Vertreter der Rechtsabteilung, den Betriebsratsvorsitzenden und eine Schere herbeigeschafft.“

Der Arbeiter gab seine Einwilligung für den widerrechtlichen und das Postgeheimnis verletzenden Akt. Die „Betriebsfriedensschützer“ fanden nicht das

Tankern. Den Stahlkonzernen sollen durch Absatzstützung bei der Kohle billige Rohstoffe gesichert werden.

Von 1973 bis 1976 soll der Steuerzahler 6,5 Milliarden DM für Forschung und Entwicklung im Kern-Energiebereich ausgeben, wobei die Ergebnisse dieser Forschung von den privaten Konzernen genutzt werden, die auf diese Weise ihre Profite weiter erhöhen. Die Bundesregierung will auch die großen Elektronikunternehmen bei der Entwicklung elektronischer Datenverarbeitungsanlagen ebenso unterstützen wie deren Anwendung in „der deutschen Wirtschaft“.

Die Telefunken Computer GmbH berichtet, daß die Bundesmittel schon jetzt reichlich fließen. Aus dem zweiten Datenverarbeitungs-Förderungsprogramm erhält sie bis 1975 jährlich rund 30 Millionen DM, dazu kommen nochmals jährlich etwa 5 bis 10 Millionen DM aus der Förderung des Bundes für anwendungsorientierte Software (Programme).

Wir sehen den staatsmonopolistischen Kapitalismus in Aktion: Die Steuerzahler müssen die Mittel aufbringen und der Staat verteilt sie an die Konzerne, deren Aktionäre den privaten Nutzen daraus haben. Während die Regierung mit den Unternehmern so großzügig verfährt, sollen die Arbeiter und Angestellten maßhalten; sie sollen, wie es im Jahreswirtschaftsbericht heißt, im Rahmen der konzertierten Aktion für „ein stabilitätskonformes Verhalten“, d. h. doch wohl: zum Stillhalten, veranlaßt werden.

H. Sch.

erhoffte Material, sondern nur die Satzung eines Motorsport-Vereins.

Die Vertrauensleute der Formen- und Maschinenfabrik verurteilten diese Notstandspraktiken umgehend. In einem Brief an Dr. Lohaus, Vorstandsmitglied der Continental-AG, heißt es:

„Die Vertrauensleute der FMF haben mit größter Besorgnis feststellen müssen, daß am heutigen Tage ein Eingriff in die persönlichen Belange des Belegschaftsmitgliedes ... vorgenommen worden ist. Die Unverletzbarkeit des Briefgeheimnisses und damit eine korrekte Zustellung sollte auch in der Continental gewährleistet sein ... Wir verurteilen auf das schärfste diese willkürliche Maßnahme und fordern: 1. daß die dafür Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden, 2. eine schriftliche Entschuldigung bei dem betroffenen Kollegen erfolgt, 3. daß diese grobe Verletzung sich auf keinen Fall wiederholt. Wir erwarten eine disbuzügliche Stellungnahme des Vorstandes.“

H. P.

DGB plant Protestkundgebung gegen reaktionären PersVG-Entwurf

In seiner Regierungserklärung am 18. Januar 1973 kündigte Bundeskanzler Brandt erneut — wie schon 1969 — eine Erweiterung der Mitbestimmungsrechte eines neuen Personalvertretungsgesetzes an. 14 Tage später jedoch holte die SPD/FDP-Regierung den reaktionären Genscher-Entwurf aus der Schublade, der aufgrund der zahlreichen Proteste der Gewerkschafter wahrscheinlich mit Blick auf die damals bevorstehenden Bundestagswahlen zunächst auf Eis gelegt worden war. Nun soll er noch vor der Sommerpause im Parlament durchgepeitscht werden.

Gegen diese Mißachtung der gewerkschaftlichen Forderungen nach einer wirksamen Ausweitung der Mitbestimmungsrechte für die rund 3 Millionen im öffentlichen Dienst Beschäftigten, wie sie unter anderem in Anträgen an den 9. DGB- und den ÖTV-Kongreß erhoben wurden (vgl. NACHRICHTEN-Sonderdruck 2/73, S. 26), will der DGB, wie wir aus gut unterrichteten Gewerkschaftskreisen erfahren konnten, eine Großkundgebung durchführen. Sie soll noch vor den Personalratswahlen (10. bis 12. April 1973) in Bonn stattfinden. Wie weiter zu hören war, plant der Innenausschuß des Bundestages am 21. März ein Hearing, an dem neben Vertretern des DGB und des Beamtensbundes auch Juristen und Vertreter des öffentlichen Lebens teilnehmen sollen.

Wie NACHRICHTEN bereits in einem informatorischen Artikel zum PersVG-Entwurf in Nr. 8/72 schrieben, läßt der Genscher-Entwurf nicht nur viele gewerkschaftliche Forderungen unberücksichtigt, sondern bleibt auch noch hinter den unzureichenden Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes von 1972 zurück. Selbst die Landespersonalvertretungsgesetze in Hamburg, Bremen, Niedersachsen, Hessen und in Westberlin enthalten positivere Ansätze als der Genscher-Entwurf des PersVG. Eindeutig verfolgt dieser reaktionäre Gesetzentwurf das Ziel, im Bereich des öffentlichen Dienstes eine Demokratisierung zu verhindern und die alten hierarchischen Befehlsstrukturen zu erhalten. Das kommt unter anderem in § 37 zum Ausdruck.

In seiner vergleichenden Darstellung zu diesem Punkt kritisiert der DGB besonders, „daß der Regierungsentwurf eine durch nichts gerechtfertigte Erhöhung der Gruppenschranken von Beamten, Angestellten und Arbeitern“ vorsieht. Er beinhaltet z. B., daß „in Angelegenheiten, die lediglich die Angehörigen einer Gruppe betreffen, nach gemeinsamer Beratung im Personalrat nur die Vertreter dieser Gruppe zur Beschlußfassung berufen“ sind.

Der § 50 sieht vor, daß die Personalversammlung nur Angelegenheiten behandeln kann, „die die Dienststelle oder ihre Bediensteten unmittelbar betreffen“. Im Gegensatz dazu treten die

Arbeiterseminar '73

Herausgeber und Redaktion der Monatszeitschrift NACHRICHTEN zur Wirtschafts- und Sozialpolitik veranstalten am 17. und 18. März 1973 in Duisburg ein Arbeiterseminar zu dem Thema: „Löhne, Profite, Preise in der BRD“. Referent ist Dr. Heinz Schäfer vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/Main, und ständiger Mitarbeiter dieser Zeitschrift.

Mit dem Arbeiterseminar '73 setzen NACHRICHTEN die Veranstaltungen dieser Art fort: 1969 „Lenin und Fragen der Gewerkschaftspolitik“ in Nürnberg, 1971 „Mitbestimmung, Eigentum, Systemveränderung“ in Mannheim. In den nächsten Ausgaben werden wir unsere Leser ausführlich über Inhalt und Verlauf des Arbeiterseminars '73 informieren. D. Red.

Gewerkschaften dafür ein, daß in der Personalversammlung auch Angelegenheiten tarifpolitischer, sozialpolitischer und wirtschaftlicher Art behandelt werden dürfen, wie es der § 45 des neuen Betriebsverfassungsgesetzes vorsieht. Käme der Paragraph in seiner jetzigen

Fassung durch, so würde die im Grundgesetz garantierte freie Meinungsäußerung weitgehendst eingeschränkt.

Noch weiter als im Betriebsverfassungsgesetz geht im Genscher-Entwurf die Trennung von Personalrat und Gewerkschaft. Hierzu heißt es in § 2: „Dienststelle und Personalvertretung arbeiten im Rahmen der Gesetze und Tarifverträge vertrauensvoll und im Zusammenwirken mit den in der Dienststelle vertretenen Gewerkschaften und Arbeitgebervereinigungen zum Wohle der Bediensteten und zur Erfüllung der dienstlichen Aufgaben zusammen.“ Der DGB weist auf die Gefahr hin, „daß der Personalrat bei der Wahrnehmung der Interessen der Beschäftigten in einem zu hohen Maße an die Erfüllung der dienstlichen Aufgaben gebunden wird und darunter die Interessenwahrnehmung für die Bediensteten leidet“.

Abgesehen davon, daß keine Mittel der Arbeitgeber für den Besuch von Lehrgängen für Personalräte vorgesehen sind, stellt der Entwurf vor allem eine Diskriminierung der im öffentlichen Dienst beschäftigten ausländischen Kollegen dar. Für sie ist im Paragraph 65 eine Sonderregelung vorgesehen, die sie zu Menschen zweiter Klasse degradiert. Zwar kann in Dienststellen mit mindestens fünf ausländischen Kollegen ein Vertrauensmann gewählt werden, der aber nur mit beratender Stimme zu den Personalratssitzungen hinzuzuziehen ist; jedoch genießt er keinen Kündigungsschutz. Ebenso wird ihm das passive Wahlrecht, das im Betriebsverfassungsgesetz für ausländische Kollegen vorgesehen ist, verweigert.

Für die Gewerkschaften kommt es jetzt mehr denn je darauf an, zu verhindern, daß der Genscher-Entwurf Gesetz wird. Die geplante Großkundgebung des DGB in Bonn kann nur ein Schritt sein. Weitere Aktionen auf betrieblicher und gewerkschaftlicher Ebene müssen folgen. Nur durch gemeinsame Kraftanstrengungen, das lehrt die Vergangenheit, kann die weitere Diskriminierung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst verhindert werden. Man sollte sich auch dagegen wenden, daß der Bundestag den von den Gewerkschaften abgelehnten Genscher-Entwurf im Schnellverfahren durchpeitschen will.

In der „Welt der Arbeit“ vom 9. März 1973 wird der PersVG-Entwurf der Bundesregierung heftig kritisiert. Der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gerd Muhr erklärt kategorisch, der Entwurf dürfe nicht Gesetz werden. „Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst wollen in der Mitbestimmung nicht das Schlußlicht sein“, schreibt Muhr. Die Forderungen des DGB müßten berücksichtigt werden. G. Mayer

Personalratswahlen 1973: Auf dem DGB orientieren

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat im Februar anläßlich der Personalratswahlen in den Dienststellen des Bundes und der Körperschaften des öffentlichen Rechts (im Laufe des April) sowie bei der Bundesbahn und Bundespost (vom 10. bis 12. April) einen Aufruf veröffentlicht, in dem er betont, diese Wahlen sollten „zum Anlaß genommen werden, erneut mit allem Nachdruck ein fortschrittliches Personalvertretungsgesetz zu fordern“. Dieses dürfe nicht hinter den Regelungen des Betriebsverfassungsgesetzes zurückbleiben.

Der Verfassungsauftrag, eine soziale Demokratie zu schaffen, erfordere die umfassende Mitbestimmung der Beschäftigten im Wirtschafts- und Arbeitsleben, heißt es in dem DGB-Aufruf. „Auch den im öffentlichen Dienst Beschäftigten muß diese umfassende Mitbestimmung in den Betrieben und Verwaltungen eingeräumt werden“. Splitterorganisationen und schwache Personalräte, so betont der DGB, könnten die anstehenden Aufgaben nicht meistern. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sollten ihre Stimme nicht an Splittergruppen verschenken und darum die Kandidaten der DGB-Gewerkschaften wählen.

Zunächst war in Erwartung einer baldigen Neuregelung des Personalvertretungsgesetzes (PersVG) die Amtszeit der Personalräte mittels Vorschaltgesetz vom 5. August 1971 um ein Jahr verlängert worden. Die nochmalige Verlängerung der Amtszeit wurde von den Gewerkschaften nicht für vertretbar gehalten. Die Neuwahl der Personalräte erfolgt abermals nach dem gültigen, völlig unzureichenden PersVG. Die Bundesregierung ist nunmehr dabei, ein überarbeitetes PersVG beschleunigt über die parlamentarische Bühne zu bringen (siehe: „DGB plant Protestkundgebung...“). Zu diesem Zweck wurde der von den Gewerkschaften heftig kritisierte Genscher-Entwurf dem Parlament erneut zugeleitet.

Der von den Personalratswahlen erfaßte Personenkreis umfaßt nach der Personalstandsstatistik vom 2. Oktober 1972 rund 1,18 Millionen Vollbeschäftigte. Dazu kommen noch über 60 000 Teilzeitbeschäftigte. Diese Bediensteten sind nach § 10 Abs. 2 PersVG auch wählbar, wenn sie mindestens 18 Stunden wöchentlich beschäftigt sind.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang die DGB-Forderung, die Diskriminierung der ausländischen Arbeiter im Bereich des Personalvertretungsrechts abzuschaffen. Nach den geltenden Bestimmungen können sie zur Zeit nicht als Personalräte gewählt werden, da sie nicht das Wahlrecht für den Deutschen

Bundestag besitzen. Sie selbst können jedoch wählen, wozu sie auch angehalten werden sollten.

Neu gewählt werden die Personalräte aller Stufen, d. h. die örtlichen Personalräte, die Bezirkspersonalräte und die Hauptpersonalräte bei den Bundesministerien. Dazu haben die in den Verwaltungen vertretenen Gewerkschaften (z. B. ÖTV, DPG, GdED, GEW) des DGB und die DAG sowie der Deutsche Beamtensbund mit seinen Standesverbänden Kandidatenlisten aufgestellt.

Es kann den Einheitsgewerkschaften des DGB jedoch nicht gleichgültig sein, wie hoch ihr Stimmenergebnis ist. Unter dem Motto: „Wählt die Aktiven — für ein fortschrittliches Personalvertretungsgesetz“ ist der DGB zu diesen Personalratswahlen angetreten. Der DGB tritt nach wie vor für mehr Mitbestimmung auch in den Verwaltungen ein. Er erwartet von dieser Bundesregierung, daß mit der Diskriminierung der im öffentlichen Dienst Beschäftigten endlich Schluß gemacht wird.

Noch immer leisten sich die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes den Luxus, in vielen Standesverbänden und Grüppchen organisiert zu sein, was ihr geschlossenes Auftreten gegenüber den öffentlichen Arbeitgebern erheblich behindert. In den bevorstehenden Personalratswahlen sollte darum nicht nur den Vertretern der stärksten Organisationen, den DGB-Gewerkschaften, der Vorzug gegeben werden; wichtig ist vor allem auch, daß von der Möglichkeit der gemeinsamen Wahl von Beamten, Angestellten und Arbeitern nach § 15 Abs. 2 PersVG Gebrauch gemacht wird. Das Herausstellen von Gruppeninteressen und von den Gewerkschaften losgelöste Personalratsarbeit, wie es die Standesverbände wollen, schaden der Interessenwahrnehmung aller im öffentlichen Dienst Tätigen. Ziel muß sein, die Stellung der Personalräte durch eine enge Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften zu stärken. Nur so können die Personalräte ihre Unabhängigkeit behaupten und der Integration in die Hierarchie der Verwaltung entgehen.

Personalräte dürfen keine Erfüllungshelfen der Verwaltung sein.

Für die Personalratswahlen sind die Positionen der einzelnen Gewerkschaften abgesteckt. Bei den DGB-Kandidaten kommt es darauf an, durch aktive Gewerkschafts- und Personalratsarbeit für die fortschrittliche Interessenvertretung aller Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu werben. Alle gewerkschaftlichen Vertrauensleute sollten in ihrem Wirkungskreis darauf hinwirken, daß nur die aktiven Gewerkschafter des DGB gewählt werden. K. H.

PERSONALIEN

Dr. Gerhard Gleissberg, Mitarbeiter der „Deutschen Volkszeitung“ und langjähriger Herausgeber der Zeitschrift „Die Andere Zeitung“, verstarb auf einer Urlaubsreise im Alter von 66 Jahren. Der engagierte Friedenskämpfer und Antifaschist mußte während der faschistischen Herrschaft aus Deutschland emigrieren. In Prag und London war er für die SPD tätig. Von 1948 bis 1955 war er Chefredakteur des „Neuen Vorwärts“. Sein Kampf gegen die Wiederaufrüstung brachte ihn mit der SPD-Führung in Konflikt.

Karl Gerold, Herausgeber und Chefredakteur der „Frankfurter Rundschau“, ist nach langer schwerer Krankheit in Frankfurt verstorben. Er mußte während der Hitlerzeit aus Deutschland emigrieren.

Hans Katzer, stellvertretender CDU-Vorsitzender, darf Mitglied der ÖTV bleiben. Die Kreisverwaltung der ÖTV in Köln hatte einen Ausschlußantrag gegen Katzer gestellt, weil dieser während des Bundestagswahlkampfes die Gewerkschaften diffamiert hatte. Der Hauptvorstand der Gewerkschaft begründet die Ablehnung des Ausschlußbegehrens damit, daß die diffamierenden Äußerungen „in hitziger Wahlkampfatmosphäre“ gefallen seien.

Josef Ledwohn, Mitherausgeber dieser Zeitschrift, erhielt vom ZK der Kommunistischen Partei Bulgariens für seine Verdienste in der internationalen Arbeiterbewegung die Georgi-Dimitroff-Medaille verliehen. Diese wurde von der Regierung der Volksrepublik Bulgarien anläßlich des 90. Geburtstages Georgi Dimitroffs 1972 gestiftet.

Heinz Oskar Vetter, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes, erhielt von Bundespräsident Dr. Gustav Heinemann „in Anerkennung der um Staat und Volk erworbenen besonderen Verdienste“ das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

DGB-Meinungsumfrage zeigt: Frauen sind sich ihrer Lage bewußt

Im Juni 1973 findet in Westberlin die zentrale Frauenkonferenz der IG Metall statt. Ihr gehen Tagungen in den Bezirken voraus. Bei diesen Beratungen werden Fragen der rechtlichen, politischen und wirtschaftlichen Gleichberechtigung der Frauen eine Rolle spielen. Wahrscheinlich wird auch Bilanz gezogen, was das Jahr 1972, das vom Deutschen Gewerkschaftsbund zum „Jahr der Arbeitnehmerin“ proklamiert worden war, an positiven Ansätzen zur Verwirklichung der Gleichberechtigung gebracht hat.

Die Frauen in der Bundesrepublik sind sich ihrer fehlenden Gleichberechtigung bewußt und nicht mehr bereit, den jahrhundertalten Zustand der Diskriminierung und der Degradierung zu Menschen zweiter Klasse hinzunehmen. Das zeigt das Ergebnis einer kürzlich veröffentlichten Meinungsumfrage des DGB, die in Form einer Anzeige in 29 Zeitungen und Zeitschriften durchgeführt worden war. Sie enthielt 10 Fragen bzw. Behauptungen zu Problemen der berufstätigen Frauen, die von Mann und Frau gleichzeitig, von Berufstätigen und nicht Berufstätigen nach einer Skala, die von „ja“, „ja teilweise“, „weiß nicht“, „nicht ganz“, bis „nein“ reichte, beantwortet werden konnten. Es bestand die Möglichkeit, Wünsche und eigene Vorstellungen zu den angesprochenen Problemen zu äußern. Wie der DGB mitteilt, wurden 6249 Fragebogen ausgewertet.

Zu der ersten Behauptung, jede Frau sollte eine von ihrem Ehemann unabhängige Alterssicherung haben, äußerten sich 95,7 Prozent der berufstätigen und 96,3 Prozent der nicht berufstätigen Frauen positiv. Ähnlich war das Ergebnis mit über 91 Prozent bei den Männern.

„Ist die Lohngerechtigkeit (gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit) für die Frauen bereits erreicht?“, war eine weitere Frage. Sie wurde von 82,5 Prozent der berufstätigen Frauen und 72,8 Prozent der berufstätigen Männer verneint.

Der Wunsch, im Beruf voranzukommen, die gleichen Aufstiegschancen wie die männlichen Kollegen zu haben, ist bei den Frauen sehr stark. Doch Wunsch und Wirklichkeit sind in der Bundesrepublik noch weit voneinander entfernt. Das zeigt auch die Beantwortung der Frage nach den gleichen Aufstiegschancen. Hier sehen allerdings die Berufstätigen die Lage realistischer. Die tägliche Konfrontation, die Wirklichkeit in den Betrieben und Verwaltungen hat sicherlich dazu beigetragen, vorhandene Illusionen zu zerstören.

Über 76 Prozent der berufstätigen Frauen verneinten diese Frage.

Zu einem großen Teil hängen die berufliche Stellung der Frau, ihre Aufstiegschancen und auch ihre Entlohnung von ihrer Schul- und Berufsausbildung ab. Schon in der Grundschule aber wird das Mädchen vorrangig auf die Rolle als Ehefrau und Mutter programmiert. Deshalb ist es sehr erfreulich, daß die Frage, ob sich eine

**Besser informiert
durch
NACHRICHTEN**

lange Schul- und Berufsausbildung für Mädchen ebenso wie für Jungen lohne, von 88,3 Prozent der befragten berufstätigen Frauen bejaht wurde.

Welche Bedeutung einem bezahlten Bildungsurlaub beigemessen wird, zeigen die Antworten von Frauen und Männern gleichermaßen. Rund 93,5 Prozent sind der Meinung, daß ein solcher Urlaub begrüßt werden müsse: „Wir sind beide doppelt belastet (Beruf, Haushalt, zwei Kinder) und denken trotzdem an Weiterbildung“, schrieb eine berufstätige Frau und Mutter. „Nur glaube ich, daß die Weiterbildung für Ehepaare mit Kindern schwierig ist. Der bezahlte Bildungsurlaub wäre geradezu die ideale Lösung.“

Da viele Mütter berufstätig sind und auch bei der Geburt eines Kindes nicht aus dem Arbeitsprozeß ausscheiden können, da es meistens die finanziellen Verhältnisse gerade in jungen Ehen nicht zulassen, fordern die Gewerk-

schaften schon seit längerer Zeit eine Ausdehnung der Mutterschutzfristen auf 10 Wochen vor und 10 Wochen nach der Geburt eines Kindes, was übrigens in den sozialistischen Ländern schon seit längerer Zeit eine Selbstverständlichkeit ist. Für diese Forderung, die auch im Aktionsprogramm des DGB enthalten ist, sprachen sich in der Umfrage rund 90 Prozent aus. In zahlreichen Briefen, die der DGB gerade zu diesem Punkt erhielt, wurden weitergehende Forderungen angemeldet, z. B. ein längerer bezahlter Urlaub bei der Geburt eines Kindes, wenigstens in Härtefällen.

Wegen fehlender Krippenplätze und da nicht immer eine Oma oder Tante vorhanden ist, sind viele Frauen gezwungen, wegen der Geburt eines Kindes die Arbeit vorläufig aufzugeben. Möchten sie zu einem späteren Zeitpunkt wieder an den alten Arbeitsplatz zurück, so ist dieser bereits besetzt. Vielfach besteht keine Möglichkeit, in demselben Unternehmen tätig zu sein. Dadurch gehen die dort bereits erworbenen Rechte, z. B. betriebliche Altersversorgung, verloren. Oft ist nur ein Kompromiß, nämlich die Übernahme eines geringer bezahlten Arbeitsplatzes, die einzige Lösung.

Auf eine entsprechende Frage erklärten 87,5 Prozent der berufstätigen Frauen, daß sie einen Anspruch auf Wiederbeschäftigung im gleichen Betrieb, selbst wenn sie erst eineinhalb Jahre nach der Geburt des Kindes die Arbeit wieder aufnehmen wollen, garantiert haben möchten. Dazu die Zuschrift eines Mannes: „Das Arbeitsplatzschutzgesetz verbürgt jedem männlichen Arbeitnehmer, der zum Wehr- bzw. Ersatzdienst einberufen wird, die Wiedereinstellung in den bei Einberufung verlassenen Arbeitsplatz. Parallel dazu halte ich die Schaffung eines Gesetzes für notwendig, worin jeder werdenden Mutter das Recht zugestanden wird, innerhalb von zwei Jahren nach der Geburt des Kindes am alten bzw. einem gleichwertigen Arbeitsplatz weiterbeschäftigt zu werden.“

Der letzten Behauptung: „Wenn sich die Frauen stärker zusammenschließen, könnten sie wesentlich mehr für sich erreichen“, stimmten 92,7 Prozent der berufstätigen Frauen zu: Gerade zu diesem Punkt kamen die meisten Briefe, die zum Ausdruck brachten, daß es auf den gemeinsamen Kampf ankomme, um die Gleichberechtigung zu verwirklichen. Dafür ein Beispiel: „... Es geht nicht nur darum, daß die Frauen sich zusammenschließen. Die Frauen und die Männer müssen gemeinsam dafür kämpfen, daß das Erziehungs-, Bildungs- und Berufswesen sich so verbessert, daß jeder Mensch den seinen Fähigkeiten entsprechenden Platz in der Gesellschaft einnehmen kann.“

ÖTV-Jugend für demokratische Neuordnung der Berufsbildung

Probleme der beruflichen Bildung standen im Mittelpunkt der von der Gewerkschaft ÖTV durchgeführten 3. außerordentlichen Bundesjugendkonferenz (BJK), die vom 2. bis 5. Februar 1973 im Landesjugendhof Dörnberg bei Kassel stattfand. Die Initiative zu dieser Veranstaltung ging von der letzten ordentlichen BJK im Frühjahr 1972 in Gelsenkirchen aus. Wegen Meinungsverschiedenheiten wurden damals alle Anträge zur beruflichen Bildung zurückgestellt. Ferner diente die jetzige Konferenz der Vorbereitung der DGB-Bundesjugendtagung, die sich am 10. und 11. März in Solingen ebenfalls mit der beruflichen Bildung beschäftigt.

Vor den 117 Delegierten und 38 Gastdelegierten stellte das Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes Siegfried Merten in einer Grußansprache fest, daß es in den Gewerkschaften keine geschlossene Bildungskonzeption gebe, die ÖTV jedoch daran arbeite, und sich von dieser Konferenz Anregungen dafür verspreche. Auf allgemeinpolitische Fragen eingehend, übte Merten Selbstkritik hinsichtlich des auf dem vorjährigen ÖTV-Gewerkschaftstages angenommenen Antrages zum Berufsverbotsverbot der Ministerpräsidenten der Länder: „Als Gewerkschaften haben wir einen mehr oder weniger lauen Beschluß zu dem Ministerpräsidentenbeschluß gefaßt.“ Insbesondere die Vorgänge in Baden-Württemberg hätten gezeigt, was eine Bürokratie daraus mache. Mit aller Schärfe protestierte Merten gegen die Schnüffelmethode des Verfassungsschutzes.

In seinem Referat prangerte der ÖTV-Bundesjugendsekretär, Klaus Engel, die Mißstände in der beruflichen Bildung an, die er auf das kapitalistische System zurückführte. Es gebe zwischen der Ausbildungssituation in der privaten Wirtschaft und des öffentlichen Dienstes keine Unterschiede. Auch im öffentlichen Dienst stünden ausbildungsfremde Arbeiten auf der Tagesordnung, und das von den Gewerkschaften kritisierte Berufsbildungsgesetz von 1969 habe an dieser Situation nichts geändert. Die Wirklichkeit dränge die Gewerkschaften zum Denken und zum Handeln, wobei der Kampf gemeinsam mit den erwachsenen Kollegen geführt werden müsse.

Dieses Referat sowie die vorliegenden Anträge und Initiativanträge diskutierten die Delegierten einen ganzen Tag lang in vier Arbeitskreisen. Ein wichtiges Ergebnis dieser Diskussion war, daß die auf der BJK geführten Auseinandersetzungen über externe oder interne Ausbildung nicht die Hauptfrage für Alternativen der Berufsausbildung im Interesse der Arbeiterjugend sei. Unter extern wird verstanden, daß die Aus-

bildung betriebsunabhängig in Schulen und Werkstätten unter der Regie des kapitalistischen Staates erfolgt, und unter intern, daß die Ausbildung weiterhin in Betrieben und Berufsschulen vorstatten geht.

Viele Delegierte erkannten: entscheidend ist, wer über die berufliche Bildung bestimmt und daß die Arbeiterklasse die größten Einflußmöglichkeiten hat. In der Aussprache zeigten sich zugleich Illusionen über den kapitalistischen Staat. Als „ideeller Gesamtkapitalist“ würde der Staat nur die langfristigen Kapitalinteressen im Auge haben und müsse sich daher gegen die Interessen des Einzelkapitals wenden und sich damit zwangsläufig auch für eine bessere Berufsausbildung einsetzen. Wenn das so wäre, müßte die Ausbildung im öffentlichen Dienst mustergültig sein. Aber die Wirklichkeit sieht anders aus.

Die Delegierten des mitgliedermäßig stärksten Landesverbandes Nordrhein-Westfalen II hatten durch einen Initiativantrag eine einigende Grundlage für die Antragsberatung vorgeschlagen. Zu diesem Vorschlag, der auch als einziger ausführlich diskutiert wurde, gab es noch mehrere Änderungs- und Ergänzungsanträge, die hauptsächlich in den Beratungen der Arbeitskreise entwickelt worden waren.

Der später als Entschließung angenommene Initiativantrag von NRW II enthält zahlreiche klassenorientierte Ansatzpunkte für demokratische Alternativen in der beruflichen Bildung. Nach einer kurzen Analyse der Mißstände in diesem Bereich wurde u. a. festgestellt: „Die Lohnabhängigen haben das Interesse, möglichst umfassend und vielseitig ausgebildet zu werden, um die Produktionsmittel bedienen und beherrschen zu können.“

Die Delegierten verlangten ein einheitliches Bildungssystem und kamen zu bemerkenswerten Feststellungen: „Die Forderung nach einem einheitlichen Bil-

dungssystem, orientiert an unseren Interessen, ist eine längerfristige Forderung, deren Verwirklichung von der Kampfkraft in der Arbeiterklasse abhängig ist und erst im Sozialismus vollkommen verwirklicht werden kann.“

Nach Forderungen zur inhaltlichen Gestaltung zur Aus- und Fortbildung im Interesse der Lohnabhängigen und einer klaren Abgrenzung von der Ideologie der sozialen Partnerschaft sind 22 kurzfristige Forderungen zur Verbesserung der Ausbildungssituation entwickelt worden. U. a. wird verlangt: Ausweitung des Berufsschulunterrichts, Urlaubsdauer für Lehrlinge gleich der Feriendauer für Schüler, Abschaffung der Prüfungen und der Stufenausbildung. Diese noch zu ergänzenden Forderungen sollen in einem Sofortprogramm zur beruflichen Bildung zusammengefaßt werden.

Um der herrschenden Ideologie entgegenzuwirken, sind mehrere Forderungen erhoben worden, beispielsweise: Gegen Wehrkundeunterricht, für Informationen im Schulunterricht durch die Gewerkschaften und Aufhebung der Berufsverbote, die überwiegend Lehrer treffen.

Es ist auch anzumerken, daß insbesondere durch einen Initiativantrag der Delegierten aus Hessen auch Vorstellungen in die Entschließung aufgenommen wurden, die in ihrer gesellschaftspolitischen Aussage widersprüchlich sind. Gegen eine starke Minderheit wurde z. B. folgendes beschlossen: „Der Staat nimmt die Aufgaben wahr, die insgesamt zur Erhaltung des Systems notwendig sind und die wegen ihres allgemein-gesellschaftlichen Charakters von einzelnen Unternehmern und Verwaltungen nicht wahrgenommen werden können.“

Bei der Antragsdebatte zu dieser Frage und einigen andern mit illusionären Inhalten über die Rolle des Staates kam die Kritik zu kurz. Die Konferenz stimmte nach Blöcken ab. Dies führte dann dazu, daß wegen der teilweisen Verwässerung ihres Initiativantrages die Delegierten von NRW II bei der Schlußabstimmung über die Entschließung gegen ihren eigenen Antrag stimmten. Das Abstimmungsergebnis lautete 65 : 45. Alle anderen Anträge, auch die von der letzten BJK zurückgestellten, wurden als Material zu der Entschließung überwiesen.

Insgesamt gesehen werden von der ÖTV-BJK sicher Impulse für einen neuen Aufschwung der Lehrlingsbewegung ausgehen und auch die Diskussionen über Grundfragen der Aus- und Weiterbildung fortgesetzt werden. Daß bei der Konferenz die internationale Solidarität nicht vergessen wurde, zeigte eine Geldsammlung für das Volk in Vietnam, die mehr als 1600 Mark erbrachte.

W. Petschick

Wenn es nach Börner ginge: Berufsverbot auch in Gewerkschaften

Schon im vergangenen Jahr, unmittelbar vor den Bundestagswahlen, hatte der FDP-Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Willi Weyer, an den DGB das Ansinnen gestellt, den antidemokratischen Berufsverbotsbeschuß der Ministerpräsidenten der Länder auf die Gewerkschaften zu übertragen und Mitglieder der DKP aus den Gewerkschaften zu entfernen. Mittlerweile kommen auch von rechten SPD-Führern ähnliche Angriffe auf die Einheitsgewerkschaften.

Daß einer der reaktionärsten Repräsentanten der CDU, der hessische Landesvorsitzende Alfred Dregger, in das gleiche Horn bläst wie die FDP (Weyer) und im Hessischen Landtag eine diesbezügliche Anfrage an den DGB-Landesbezirksvorsitzenden und SPD-Landtagsabgeordneten Armin Claus stellte, ist nicht verwunderlich. Für Strauß, Barzel und Dregger sind die Einheitsgewerkschaften von jeher ein Dorn im Auge. Sie möchten die Gewerkschaften zu Ordnungsfaktoren zur Stabilisierung der kapitalistischen Profitwirtschaft umwandeln und alle konsequenten Interessenvertreter der Arbeiterklasse, nicht nur DKP-, sondern auch SPD-Mitglieder, aus den Gewerkschaften entfernen.

Wesentlich ernster wird das Problem, wenn auch führende Vertreter des Parteivorstandes der SPD sich — wie CDU-Dregger und FDP-Weyer — in die inneren Angelegenheiten der Gewerkschaften einmischen. Auf einer am 14. Januar 1973 in Kassel stattgefundenen gemeinsamen Sitzung des DGB-Landesbezirksvorstandes Hessen und des SPD-Bezirksvorstandes Hessen-Nord war der Bundesgeschäftsführer und Mitglied des Präsidiums der SPD, Holger Börner, anwesend. Der frühere Funktionär der IG Bau - Steine - Erden stellte Armin Claus die Frage, wie lange er noch dulden wolle, daß bei einigen DGB-Gewerkschaften in Hessen mehrere hauptamtliche Wahlfunktionen von Mitgliedern der DKP bekleidet werden. Es wäre an der Zeit, so Börner, sich von diesen Gewerkschaftern zu lösen. Ferner sei es „nicht mehr tragbar“, daß im DGB-Kreisvorstand und der Kreisdelegiertenkonferenz Frankfurt am Main eine Anzahl DKP-Mitglieder gewählt worden wären.

Mit dieser massiven parteipolitischen Einmischung in die innergewerkschaftlichen Belange bedroht Börner die größte Errungenschaft der Arbeiterbewegung der Bundesrepublik: die Einheitsgewerkschaft. Im Grunde besorgt er das gleiche Geschäft wie Dregger und Weyer und will die Gewerkschaften von aktiven Funktionären trennen, um sie zu schwächen. Von der Form her besteht zu Dregger und Weyer ein Unterschied darin, daß Börner und

seinesgleichen ihre Angriffe auf die Gewerkschaften nicht in der Öffentlichkeit führen, sondern entsprechend einer Empfehlung des stellvertretenden Parteivorsitzenden Herbert Wehner an den Gewerkschaftsrat der SPD „lautlos“ gegen aktive Gewerkschafter vorgehen wollen, die Mitglieder der DKP sind. Bei zahlreichen Gewerkschaftern hat die versuchte Übertragung des Berufsverbotsbeschlusses auf die Gewerkschaften durch den Parteivorstand der SPD Proteste ausgelöst. Alle diffamierten Gewerkschafter, so wurde betont, seien mit übergroßer Mehrheit von ihren Kollegen, hauptsächlich sozial-

Bestätigung der dju-Ausschlüsse führt zu weiteren Protesten

Der Vorstand der Westberliner dju ist aus Protest gegen den Ausschluß ihres ersten und zweiten Vorsitzenden aus der IG Druck und Papier zurückgetreten. Der Hauptausschuß dieser Gewerkschaft hatte am 20. Februar 1973 den Ausschluß der Funktionäre Mettke und Reisner bestätigt. Zu seinem Rücktritt erklärte der Vorstand der Westberliner dju: „Wir sehen in dem Ausschluß eine durch nichts gerechtfertigte Bestrafung solidarischen Verhaltens, die das Ansehen unserer Organisation belastet.“

Auch im Beschwerdeverfahren war der Hauptausschuß dem Antrag des Landesbezirksvorstandes Westberlin der IG Druck und Papier gefolgt, beide Betroffenen wegen gewerkschaftsschädigenden Verhaltens auszuschließen. Mettke und Reisner hatten im letzten Jahr zur Solidarität mit der Officina-Belegschaft aufgerufen, die über Nacht ihre Arbeitsplätze verloren hatten, und um Spenden gebeten. Der erste Landesbezirksvorsitzende, Gerd Ballentin, beharrt indessen weiter auf dem Standpunkt, „daß keine Notwendigkeit“ bestand, eine solche Solidaritätsaktion zu starten. Diese Darstellung wird auch

demokratischen Gewerkschaftern, wegen ihrer aktiven gewerkschaftlichen Arbeit gewählt worden. Andere Gewerkschaftsfunktionäre erinnern daran, daß im Jahre 1956 der heutige Bundesverteidigungsminister, Georg Leber, schon einmal in Nordrhein-Westfalen zehn hauptamtliche Gewerkschafter der IG Bau - Steine - Erden, die der KPD angehörten, aus ihren hauptamtlichen Wahlfunktionen entfernt und durch von oben eingesetzte Kommissare ersetzt hatte. Will Börner, so wird gefragt, erneut den kalten Krieg in die Gewerkschaften tragen?

Die Gewerkschaften sind ausschließlich den Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten verpflichtet und haben es nicht nötig, sich von außerhalb vorschreiben zu lassen, wer eine Funktion bekleiden darf oder nicht. Es muß nicht nur verhindert werden, daß die undemokratischen Berufsverbote auf die Gewerkschaften übertragen werden, sondern es geht darum, daß diese antidemokratischen Beschlüsse der Ministerpräsidenten ganz beseitigt werden. Dazu gibt es in den Gewerkschaften selbst zahlreiche Beschlüsse und auch viele Anträge an den bevorstehenden Parteitag der SPD, darunter vom Landesparteitag in Baden-Württemberg und dem Bezirksparteitag Hessen-Süd. Wer.

vom ehemaligen Betriebsratsvorsitzenden der Officina zurückgewiesen.

Auch eine Neuwahl des dju-Vorstandes wird die Probleme nicht lösen (vgl. NACHRICHTEN 1/73), denn die Meinungsverschiedenheiten zwischen der Mehrheit der organisierten Westberliner Journalisten und dem Landesbezirksvorstand der IG Druck und Papier über grundlegende Fragen der Gewerkschaftsarbeit lassen sich auf diese Weise nicht bereinigen.

In Frankfurt forderte der dju-Bezirksvorstand „die Mitgliederversammlungen, Delegiertenkonferenzen und Vorstände unserer Gewerkschaft bzw. der Berufsgruppe dju“ auf, zu beschließen, daß „der kommende Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier“ aufgefordert wird, „den Ausschluß der Kollegen Mettke und Reisner aufzuheben“.

„Eine solche Solidaritätsaktion, wie sie die beiden Kollegen unterstützt haben“, betont der Frankfurter dju-Vorstand, „kann nicht gewerkschaftsschädigend sein und ist kein Grund zum Ausschluß.“ H. W.

Neue Belastungen sind keine „sozial ausgewogene Steuerpolitik“

Mit ihren Steuerbeschlüssen vom 18. Februar 1973 versucht die Bundesregierung zwei Eindrücke zu erwecken, die beide mit den Tatsachen nicht übereinstimmen. So soll der Bevölkerung eingeredet werden, daß mit den Steuererhöhungen ein Beitrag zur Stabilität im Bereich der Konjunktur und der Preise geleistet und zum anderen mit der Belastung höherer Einkommen dem Prinzip besserer Steuergerechtigkeit entsprochen werde. So rosig sind die Dinge jedoch nicht.

Es besteht gar kein Zweifel darüber, daß zumindest die Erhöhung der Mineralölsteuer im Bundeshaushalt ausgabenwirksam ist und vor allem von den Transportunternehmen benutzt werden wird, die Tarife noch weiter in die Höhe zu treiben. Es gibt allerdings andere Gründe für die Steuererhöhungen, die das Kabinett vor dem Volk bewußt verschweigt. Der frühere Regierungssprecher Conrad Ahlers plauderte in der „Wirtschaftswoche“ (Nr. 9 vom 23. Februar 1973, S. 12) aus, daß Bonn aus Unterwürfigkeit gegenüber den amerikanischen Monopolen und der amerikanischen Politik bereit war, nicht nur 7 Milliarden DM Verluste zu opfern, die die Bundesrepublik im Gefolge der Dollarabwertung erlitt, sondern offensichtlich auch dazu neigt, der amerikanischen Regierung einen bedeutend höheren Devisenausgleich zu zahlen.

Mit den Steuerbeschlüssen wird die arbeitende Bevölkerung vor allem durch die daraus resultierenden Preissteigerungen belastet, und hier wiederum die Autobesitzer, die gezwungen sind mit ihrem Auto zur Arbeit zu fahren. Es gilt daran zu erinnern, daß erst vor einem Jahr, am 1. März 1972, eine Erhöhung der Mineralölsteuer das Benzin und den Dieseldieselkraftstoff um 4,5 Pfennig je Liter verteuerte. Ab 1. Juli 1973 kommt nun noch einmal eine Erhöhung von mindestens 5,5 Pfennig je Liter hinzu.

Die Erhöhung der Benzinpreise ist jedoch nicht die einzige Belastung, der die Autofahrer ausgesetzt sind. Steigende Reparaturkosten und hinaufschnellende Versicherungsprämien, die am 1. Juli wiederum um 15 Prozent erhöht werden sollen, machen das Autofahren zu einem Opfern ohne Ende. Das Verbot der Abzugsfähigkeit von Schuldzinsen als Sonderausgabe berührt, wie der Deutsche Industrie- und Handelstag feststellte, „die Wirtschaft“, d. h. die Unternehmer, kaum, da es nur auf private Kredite angewandt wird. Der Arbeiter, der gezwungen ist, sich sein Auto auf Kredit zu kaufen oder das junge Ehepaar, das sich eine Wohnung einrichten muß und mit hohen Zinsen belastet wird, kann diese Zinsen nicht mehr steuerlich absetzen.

Diejenigen, die als Ledige mehr als 100 000 DM und als Verheiratete mehr als 200 000 DM verdienen, haben meistens auch die Möglichkeit, sich über von ihnen verfügte Preiserhöhungen bzw. durch Steuerflucht einer höheren Belastung zu entziehen. Der eine oder andere Unternehmer und Manager wird zwar geringfügig mehr Steuern zahlen müssen, aber insgesamt sind die großen Monopole mit diesen Maßnahmen recht zufrieden, wie aus den Verlautbarungen der Unternehmerverbände zu entnehmen ist.

Die Ankündigung des sogenannten Stabilitätzuschlages ist, wenn man die gesamte steuerliche Belastung im Auge hat, mehr auf Reklame als auf die wirkliche steuerliche Belastung der Großverdiener gerichtet und soll vor allem von dem Skandal ablenken, der sich gesellschaftspolitisch durch das Explodieren der Lohnsteuer ergibt.

Die Kluft zwischen der Lohnsteuer auf der einen sowie der veranlagten Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer, der traditionellen Unternehmersteuer, auf der anderen Seite, wird immer größer. Dabei muß darauf verwiesen werden, daß dieses Bild dadurch verfälscht wird, daß ein zunehmender Teil der Arbeiter, Angestellten und Beamten zur Einkommensteuer veranlagt wird und in dieser Steuer daher faktisch noch Lohnsteuerbestandteile enthalten sind.

Waren 1967 diese direkten Unternehmersteuern noch um rund 3 Milliarden DM höher als die Lohnsteuer, so hat sich in der Zwischenzeit dieses Bild grundlegend geändert. 1972 war die Lohnsteuer bereits um 20 Milliarden DM größer als die Gesamtsumme aus den beiden Unternehmersteuern, und die Differenz gegenüber 1967 betrug 23 Milliarden DM. 1973 wird nach Schätzungen des Münchener Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung die Lohnsteuer schon um 26 Milliarden DM höher sein als die veranlagte Einkommen- und Körperschaftsteuer.

Die arbeitende Bevölkerung der Bundesrepublik wird also in einem bisher

nicht dagewesenem Maße zur Kasse gebeten. Wenn man dabei noch berücksichtigt, daß die übergroße Masse der Mehrwertsteuer wie auch der übrigen Verbrauchssteuern von der arbeitenden Bevölkerung aufgebracht werden muß, dann wird erst das ganze Ausmaß der steuerlichen Belastung der Arbeiter, Angestellten und Beamten deutlich. 1973 wird allein die Mehrwertsteuer um 5 Milliarden auf 52 Milliarden DM steigen.

Es bleibt das Geheimnis der „Welt der Arbeit“ (Nr. 8 vom 23. Februar 1973), wenn sie trotz solcher Tatsachen davon redet, daß das Steuerpaket der Bundesregierung insgesamt den Vorstellungen einer „sozial ausgewogenen Steuerpolitik“ entspreche. In der Überschrift heißt es sogar: „Wer viel verdient, muß viel zahlen — Die Arbeiter kommen noch gut dabei weg“. Im „Metall-Pressedienst“ (21. Februar 1973) verstieg sich Anke Fuchs, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall sogar zu der Behauptung, daß die Bundesregierung mit ihren Steuerbeschlüssen bewiesen habe, wie ernst sie es mit ihrer Absicht meine, vorrangig Arbeitnehmerpolitik zu betreiben.

Bei der Lohnsteuer will die CDU/CSU den Anfangssteuersatz zwar von bisher 19 auf 16 Prozent heruntersetzen, aber dann die bisherige proportionale Zone wegfallen lassen und den ganzen Tarif progressiv gestalten, was zweifellos zu einer noch stärkeren Belastung der übergroßen Mehrheit der Arbeiter und Angestellten führen würde.

Für die Gewerkschaften ist es jetzt wichtig, ihre Politik auf der Grundlage der vorliegenden Beschlüsse festzulegen. Im DGB-Aktionsprogramm 1972 wird gefordert, daß das Steuersystem vereinfacht und sozial gerechter werden sowie eine Umverteilung der Gesamtsteuerlast zugunsten der unteren Einkommen bringen muß. Diese Forderung wird auch in den „Prüfsteinen“ des DGB an die Parteien wiederholt. In den 10 Thesen der IG Metall zur Gesellschaftsreform wird ausdrücklich hervorgehoben, daß eine Finanzierung zusätzlicher Reformausgaben durch Lohnverzicht von den Gewerkschaften ebenso abgelehnt wird, wie eine Finanzierung durch allgemeine Steuererhöhungen. Die IG Metall fordert, die öffentlichen Ausgaben von den unproduktiven Aufwendungen zu entlasten und insbesondere die Rüstungsausgaben und die Unternehmenssubventionen zu kürzen.

Die Gewerkschaften, die jetzt in die nächste Lohnrunde gehen, wie die IG Druck und Papier, die IG Chemie-Papier-Keramik, die IG Bau-Steine-Erden sowie die Gewerkschaft Textil-Bekleidung, sollten bei der Aufstellung ihrer Forderungen wie auch bei den Abschlüssen die wachsende steuerliche Belastung der Arbeiter und Angestellten berücksichtigen. Heinz Schäfer

Vogels „Reform des Bodenrechts“ trifft die wirklichen Probleme nicht

Der neue Bonner Minister Vogel, schon als OB Münchens sehr auf Publizität und Popularität bedacht, hat ein Vier-Jahres-Arbeitsprogramm des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau vorgelegt. Schwerpunkt dieses Programms ist die „Reform des Bodenrechts“. Außerdem sieht es einen Ausbau der Stadt- und Bauforschung und die Erarbeitung eines neuen Konzepts für den sozialen Wohnungsbau vor. Die „Reform des Bodenrechts“ ist schon seit Jahren der SPD-Führung liebstes Kind und auch von dem Vorgänger Vogels, Minister Lauritzen, immer wieder angekündigt worden.

Daß das bestehende Bodenrecht unsocial ist und zu ständiger wachsender Bereicherung einer Minderheit großer Bodenbesitzer und Makler auf Kosten der Allgemeinheit führt, wird kaum noch bestritten. Die Kirchen haben auf dieses soziale Unrecht im Februar dieses Jahres sogar mit einem gemeinsamen Memorandum der Kammer für soziale Ordnung der Evangelischen Kirche und des Arbeitskreises Kirche und Raumordnung beim Kommissariat der katholischen deutschen Bischöfe hingewiesen, das bei allen Bundestagsparteien, auch der CDU/CSU (!), begrüßt worden ist. Nur geschehen ist bisher nichts, um dem Übel abzuwehren und den Bodenspekulanten das Handwerk zu legen.

Was Minister Vogel dazu angekündigt hat, bestätigt erneut, daß ein „sozial verpflichtetes Bodenrecht“, welches die Boden- und Baulandspekulation wirksam unterbindet, (wie es auch in den „Prüfsteinen“ des DGB zur Bundestagswahl gefordert wurde) von diesem Minister und seiner Regierung nicht zu erwarten ist, es sei denn, eine aktive Massenbewegung für diese Forderung zwingt Bundestag und Bundesregierung dazu.

Nach der Ankündigung des Ministers ist folgendes vorgesehen: In einer ersten Etappe sollen künftig „Planungsgewinne“ lediglich „zum überwiegenden Teil“ in die Kassen der Gemeinden fließen und später soll eine zusätzliche Besteuerung des Bodenwertzuwachses erfolgen. Eine der Hauptursachen nicht nur der Mieteninflation, sondern der inflationären Entwicklung überhaupt, das ständige Ansteigen der Bodenpreise nämlich, soll also keineswegs unterbunden werden, sondern der Staat will sich künftig an den daraus resultierenden hohen Profiten der großen Bodenbesitzer stärker beteiligen. Mit einem sozialen Bodenrecht hat das nichts zu tun.

Auch der immer stärkeren Konzentration des Baulandes, vor allem in den

städtischen Ballungszentren, in den Händen der Großbanken, Versicherungs- und Industriekonzerne sowie der Makler- und Baufirmen, die in der Lage sind, die Bodenpreise zu diktieren, wird mit den vom Vogel-Ministerium vorgesehenen Maßnahmen nicht Einhalt geboten.

Von den Überlegungen Minister Vogels für ein neues Konzept für den sozialen Wohnungsbau wird als bedeutsam herausgestellt, daß künftig „Fehlbelegungen“ von Sozialwohnungen vermieden werden sollen. Auch das ist eine sehr populäre Idee. In Wirklichkeit wird damit aber von den Hauptproblemen des sozialen Wohnungsbaus und eines sozialen Mietrechtes abgelenkt.

Wenn sich nach den Angaben des Bonner Städtebauinstituts die Mieten für Altbauwohnungen in den letzten zehn Jahren im Durchschnitt verdoppelt haben und die durchschnittlichen Kostenmieten für neuerrichtete Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus von 1969 bis 1971 um rund 40 Prozent gestiegen sind, und bei einem Quadratmeterpreis von 4 bis 5 DM und mehr für neuere „Sozialwohnungen“ liegen, so daß von „sozialem“ Wohnungsbau schon längst keine Rede mehr sein kann, dann sind nicht „Fehlbelegungen“ daran schuld. Die Ursache für die unsoziale Entwicklung und Situation im Wohnungswesen der BRD ist, daß sich auf Kosten von Millionen arbeitenden Menschen, ob diese nun Mieter oder kleine Hausbesitzer sind, eine Minderheit großer Boden- und Hausbesitzer, Makler und Spekulanten, die Baustoffindustrie, Baukonzerne, Banken und Hypothekeninstitute, und alles, was sich sonst noch auf dem Boden-, Bau- und Wohnungsmarkt „betätigt“, hemmungslos bereichert. Der Staat, auch mit einer SPD-geführten Bundesregierung, duldet das nicht nur, sondern greift den Mietern selbst kräftig in die Taschen, so mit den neuen, die Mieten verteuernenden Finanzierungsbedingungen für den sozialen Wohnungsbau.

Ebenso illusionär wäre es zu glauben, daß über die Bereinigung der „Fehlbelegungen“ von Sozialwohnungen die jungen Familien, die Familien mit Kindern und die vielen Alten, die bis jetzt unzureichend mit Wohnraum versorgt sind, eine ausreichende modern ausgestattete Wohnung zu tragbarer Miete erhalten. Dazu ist vielmehr notwendig, ausreichende öffentliche Mittel für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen. Über 10 Millionen Sozialwohnungen beträgt die rechnerische Lücke nach den Erhebungen des Bonner Instituts für Städtebau in der Bundesrepublik. „Bei einer jährlichen Nettowohnleistung von nur rund 250 000 Sozialwohnungen müßte demzufolge noch 40 Jahre weiter gebaut werden, um diese Lücke zu schließen“, hat die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ dazu festgestellt.

Auch hier offenbart sich der inhumane Charakter der großkapitalistischen „Sozialordnung“ der BRD: Während Millionen Arbeitende keine ausreichende, neuzeitlich ausgestattete Wohnung haben, verfügen die Angehörigen der reichen kapitalistischen Minderheit über zwei, drei und mehr Komfortwohnungen und Bungalows in den schönsten Wohn- und Erholungsgegenden des In- und Auslandes, überwiegend noch steuerbegünstigt „erworben“. Den vom Caritasverband in einer Sozialanalyse „erfaßten“ rund 500 000 Obdachlosen stehen 500 000 Zweitwohnungen in der BRD gegenüber.

Der Vorsitzende der gewerkschaftlichen Wohnungsbaugenossenschaft „Neue Heimat“, Vietor, hat erklärt, es könnten höchstens 4 bis 6 Prozent der Sozialwohnungen als „fehlbelegt“ gelten. Aber wann ist eine Sozialwohnung „fehlbelegt“? Etwa dann, wenn ein Stahlarbeiter dank seiner Akkordleistung und der von den Gewerkschaften durchgesetzten Tariflohnverbesserung, oder wenn das Familieneinkommen eines Bauhilfsarbeiters durch den Arbeitsverdienst seiner herangewachsenen Kinder oder das Familieneinkommen eines Angestellten-Ehepaares, dadurch, daß beide voll berufstätig sind, die Einkommensgrenze für Sozialwohnungen übersteigt? Sollen diese und andere Arbeitnehmerfamilien, deren Fall ähnlich gelagert ist, nun dafür aus den Sozialwohnungen vertrieben oder mit einem Mietzuschlag belastet werden?

Soziale Probleme gibt es im Bereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, dem der neue Minister Vogel vorsteht, genug. Nach seinen ersten Äußerungen und dem vorgelegten Vier-Jahres-Arbeitsprogramm muß man allerdings Zweifel daran haben, ob der neue Minister diese — außer in Worten — wirklich ernsthaft anpacken wird. Bö.

„Europäische Gemeinschaft“ ein Zweckverband der Monopole

Am 1. Januar 1973 wurde aus der „Sechsergemeinschaft“ der EWG durch den Beitritt Großbritanniens, Dänemarks und Irlands die Europäische Gemeinschaft (EG) der neun Länder. Die neue Bezeichnung „Europäische Gemeinschaft“ soll anzeigen, daß sich die Gemeinschaft der Neun nicht allein auf den wirtschaftlichen Zusammenschluß beschränkt sehen will, sondern eine komplexe Integration der Mitgliedsländer anstrebt. Diese Linie war schon durch den 1957 abgeschlossenen Vertrag von Rom über die Bildung des Gemeinsamen Marktes vorgezeichnet.

Der Vertrag sah in der ersten Stufe eine Zollunion vor, die eine schrittweise Aufhebung der Zölle zwischen den Mitgliedsländern und die Einführung eines gemeinsamen Außenzolles gegen „Drittländer“ bewirken sollte. Im weiteren Verlauf verpflichtete der Vertrag die Mitgliedsländer zur gemeinsamen Außenhandelspolitik und der Übertragung des Rechtes zum Abschluß von Handelsverträgen auf die Gemeinschaft, sowie zur Bildung einer „politischen Union“.

Diese von den kapitalistischen Staaten angestrebte Integration hat objektive Ursachen, die in der ökonomischen Entwicklung liegen. Die zunehmende Arbeitsteilung, der rasche wissenschaftlich-technische Fortschritt, die Entstehung neuer Industrien und die Mobilisierung von Arbeitskräfte reserven aus Ländern bzw. Gebieten mit geringer Industrialisierung für die industriell hochentwickelten Länder veranlassen die großen Konzerne und Monopole, ihren ökonomischen und politischen Machtbereich über die nationalen Grenzen hinaus auszudehnen. Dieser Prozeß hat in Westeuropa zur Bildung mächtiger Kapitalverbindungen und multinationaler Konzerne geführt.

Der Aufnahme Großbritanniens, Dänemarks und Irlands in die EG gingen heftige Auseinandersetzungen voraus. Einmal innerhalb der „bereitwilligen“ Länder, in denen die Regierungen zum Teil nur gegen heftigen Widerstand einer starken Minderheit den Beitritt vollziehen konnten. (In Norwegen entschied sich die Bevölkerung in einem Volksentscheid gegen den Eintritt in die EG.) Zum anderen gab es große Meinungsverschiedenheiten wegen der Beitrittsbedingungen und der zukünftigen Politik der auf neun Mitgliedsstaaten angewachsenen Europäische Gemeinschaft.

In der EG gibt es zwei Lager, die sich gegenüberstehen. Während das eine — und hier ist die Bundesrepublik tonangebend — den Gemeinsamen Markt in ein politisches Organ umwandeln

will, das unabhängig von den nationalen Regierungen eine gemeinsame „europäische“ Politik über die supranationalen Organe der Europäischen Gemeinschaft betreiben will, möchte das andere Lager unter Führung Frankreichs nur eine wirtschaftliche, nicht aber eine politische Integration und ist besonders auf größere Unabhängigkeit gegenüber den imperialistischen USA und auf Distanz zur NATO bedacht.

Die bisherige Entwicklung in der EG zeigt deutlich, daß die internationale Verflechtung der Konzerne und Monopole die Widersprüche der spätkapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht einmal mildern konnte. Der Konkurrenzkampf der Konzerne untereinander um den politischen Einfluß auf die Organe der EG und um den Marktanteil, hält auch in der Wirtschaftsgemeinschaft unvermindert an und wird auf dem Rücken der Arbeiterschaft ausgetragen.

Entgegen den Beteuerungen der EG-Manager, die Schaffung des Gemeinsamen Marktes läge im Interesse der Arbeiterschaft und diene der Erhöhung ihres Lebensstandards, der Sicherung der Arbeitsplätze und dem allgemeinen Fortschritt, zeigt sich, daß mit der Konzentration des Kapitals die Existenzunsicherheit der arbeitenden Menschen innerhalb der EG wächst und sich der Grad ihrer Ausbeutung verstärkt. Die staatsmonopolistisch gesteuerte Konzentrationsbewegung der Monopole und Konzerne ist mit massiven Rationalisierungsmaßnahmen verbunden,

In der Broschüre „EWG Monopole — gewerkschaftliche Gegenmacht“, herausgegeben vom NACHRICHTEN-Verlag, wird festgestellt, daß „von der Entstehung der ersten Institutionen klein-europäischer Wirtschaftsorganisationen an... die Gewerkschaften selbst um die geringsten Positionen in ihnen kämpfen“ mußten. „Die Gewerkschaften als Verbände der Arbeiter und Angestellten hatten keinen Einfluß auf Vorbereitung und Entstehung dieses Vertrages. Im gesamten Vertragswerk sind keinerlei Aussagen über die Wah-

lung demokratischer Rechte der Arbeiter und Angestellten und hinsichtlich der Mitbestimmungsrechte der Gewerkschaften in den Organen der EWG enthalten.“

Die Gewerkschaften in den EWG-Ländern haben zeitig versucht, sich in die Diskussion um die Verträge einzuschalten, allerdings ohne den politischen Zweck der mit der Gründung der Gemeinschaft verfolgt wurde, nämlich die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in Europa zu stabilisieren, deutlich zu kennzeichnen. Demgegenüber standen die großen Gewerkschaften — CGT in Frankreich und CGIL in Italien, die dem Weltgewerkschaftsbund angehören — von Anfang an in klarer politischer Distanz zur EWG. Eine ähnlich kritische Haltung nehmen auch die dem IBFG angehörenden britischen und z.T. auch dänischen Gewerkschaften ein.

In der Haltung der Gewerkschaften zur EWG gibt es Differenzen, die auch auf dem Gründungskongreß des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) im Februar in Brüssel sichtbar wurden. Es ist besonders der DGB, der sich bei einem bedauerlichen Mangel an kritischer Zurückhaltung zur EWG der Illusion hingibt, als bilde die EWG bereits die Grundlage einer fortschrittlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Dabei hat der DGB-Vorsitzende Vetter vor einiger Zeit selbst einmal befürchtet, daß sich die EWG lediglich „als geeigneter Rahmen für Unternehmenskonzentration erweist“.

Unter den insgesamt 101 Mitgliedern des WSA gibt es nur 33 Gewerkschaftsvertreter, die noch nicht einmal von den Gewerkschaften gewählt, sondern nur lediglich vorgeschlagen werden können, um vom Rat der EG endgültig bestimmt zu werden. Die Kompetenzen des Ausschusses beschränken sich darauf, dem Rat Resolutionen und Stellungnahmen zuzuleiten — irgendwelche demokratischen Kontrollen kann er nicht ausüben.

Es gibt keinen Zweifel, daß auch die auf neun Mitglieder vergrößerte Europäische Gemeinschaft nichts anderes ist als ein „unternehmerischer Zweckverband“, der nicht zuletzt als eine Konzentration der militärisch-industriellen Potenzen Westeuropas angesehen werden muß. Wer eine Europapolitik anstrebt, die dem Frieden und der Wohlfahrt der Menschen dienen soll, muß davon ausgehen, daß zu Europa auch jene 45 Prozent der europäischen Bevölkerung gehören, die sich im sozialistischen Bündnis des „Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW) zusammengeschlossen haben. Soziale Sicherheit und Wohlstand für alle Bürger Europas setzen die verständnisvolle Zusammenarbeit der europäischen Staaten in Ost und West und einen über die ganze Welt ausgedehnten unbehinderten Handel voraus. sr

Europäischer Gewerkschaftsbund mit antikommunistischem Ballast

Nach langwierigen Verhandlungen und inneren Meinungsverschiedenheiten gründeten am 8. und 9. Februar 1973 im Hause der belgischen Gewerkschaften in Brüssel 17 Gewerkschaftsbünde aus 15 kapitalistischen Staaten den Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB). Alle Gründungsmitglieder gehören dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) an und haben von dieser im Jahre 1949 vom einheitlichen Weltgewerkschaftsbund (WGB) abgespaltenen Internationale viel antikommunistischen Ballast in die neue Organisation eingebracht und damit die Spaltung fortgesetzt.

Um die Hintergründe der EGB-Gründung zu verstehen, ist es notwendig, kurz die Vorgeschichte zu beleuchten. Bis Ende der sechziger Jahre verfügte der IBFG über eine eigene europäische Regionalorganisation. Nach der Bildung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Freihandelszone (EFTA) bildeten die IBFG-Gewerkschaften der EWG-Staaten im Jahre 1969 den Europäischen Bund Freier Gewerkschaften (EBFG) und der EFTA einen internationalen Gewerkschaftsausschuß auf dieser Ebene. Beide Organisationen verfolgten wie der IBFG einen antikommunistischen Kurs und weigerten sich, mit WGB-Gewerkschaften zusammenzuarbeiten. Das galt und gilt insbesondere auch für die größten Gewerkschaften Frankreichs und Italiens, die dem WGB angehören.

Mit der Erweiterung der EWG durch Großbritannien, Dänemark und Irland gingen vor allem Bestrebungen vom DGB aus, den bestehenden EBFG durch die IBFG-Mitgliederverbände der neuen EWG-Staaten zu erweitern. Demgegenüber vertrat die britische Dachorganisation TUC, die die EWG nach wie vor ablehnt, den Standpunkt, auch die IBFG-Gewerkschaften jener Länder, die nicht der EWG angehören, in den zu gründenden Europäischen Gewerkschaftsbund aufzunehmen. Bei der Gründung des EGB in Brüssel haben sich der TUC und andere Gewerkschaften in dieser Frage gegenüber dem DGB durchsetzen können.

Dem EGB gehören nunmehr an: die IBFG-Gewerkschaften von Belgien, BRD, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Island, Italien (zwei Bünde), Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweiz, Schweden (zwei Bünde) sowie eine spanische Exilorganisation. Von Finnland ist nur die relativ unbedeutende Angestelltenorganisation dem EGB beigetreten, während sich die ebenfalls zum IBFG zählende größte finnische Gewerkschaftsorganisation SAK aus politischen Gründen nicht angeschlossen hat.

Konnten der DGB und andere Gewerkschaften Westeuropas schon nicht ver-

hindern, daß der neue internationale Bund nur auf die EWG-Länder beschränkt blieb, versuchten sie, zumindest eine stärkere Anlehnung an den IBFG zu erreichen, indem sie forderten, in den Namen des neuen Bundes die Beifügung „Freie“ — das ist ein Synonym für antikommunistisch — aufzunehmen. Auch hier blieben der DGB und andere in der Minderheit.

Neben dem TUC und den anderen Mitgliedern des früheren Gewerkschaftsausschusses der EFTA votierten interessanterweise auch die Gewerkschaften der Benelux-Länder dagegen. Hierbei handelte es sich nicht um eine formale Frage, denn die Ablehnung dieses Vorschlages läßt die Möglichkeit offen,

CGT: Der EGB ist kein Bund der Einheit

Der dem Weltgewerkschaftsbund angehörende größte französische Gewerkschaftsbund CGT hat in einer Erklärung am 22. Februar 1973 die kurz zuvor erfolgte Gründung des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) dahingehend eingeschätzt, daß er die „Probleme der Aktionseinheit auf der Ebene von Westeuropa und dem europäischen Kontinent“ nicht löse. Der EGB besitze nicht den „einheitlichen Charakter“, den ihm einige Gründer gerne hätten geben wollen.

In diesem Zusammenhang unterstreicht die CGT ihre Absicht, die Bemühungen zur Herstellung der Einheit der gewerkschaftlichen Kräfte in Europa auf bilateraler und multilateraler Ebene fortzusetzen. Die CGT werde auch alle Initiativen unterstützen, die darauf abzielen, so bald wie möglich die Europäische Gewerkschaftskonferenz über wirtschaftliche und soziale Probleme einzuberufen, „welche die Regionalkonferenz von Europa der IAO, die für Ende 1973 oder Anfang 1974 vorgesehen ist, in keinem Falle ersetzen kann“.

später auch Nicht-IBFG-Mitglieder in den EGB aufzunehmen.

Wenn auch der EGB keine Regionalorganisation des IBFG ist und sich als organisatorisch selbständige Vereinigung betrachtet, so geht doch aus der Präambel der angenommenen Satzung eindeutig die enge Bindung an die IBFG-Zentrale hervor. Diese Bindung wird noch deutlicher durch einen die Satzung ergänzenden Briefwechsel zwischen beiden Bündeln. Darin ist festgelegt, daß die Generalsekretäre beider Organisationen jeweils zu den Exekutiv-ausschußsitzungen der anderen einzuladen sind und „auf der Basis der Gegenseitigkeit“ teilnehmen.

In einer Ansprache auf dem EGB-Gründungskongreß versuchte der IBFG-Generalsekretär Otto Kersten die enge Verbindung zwischen beiden Organisationen hervorzuheben und sprach von einer „klar abgegrenzten Arbeitsteilung“. Allerdings vermied es Kersten in seiner Rede, die wiederholt vorgebrachte Doktrin, mit den WGB-Gewerkschaften dürfe es keine Zusammenarbeit geben, offen anzusprechen. Dies erfolgte dann wenige Tage nach der EGB-Gründung am 23. Februar in der Sitzung eines IBFG-Ausschusses in Brüssel.

Der Antikommunismus der IBFG-Zentrale steht im Widerspruch zu dem immer stärker werdenden Drängen der Arbeiterklasse in Europa für gemeinsames Handeln aller Gewerkschaften gegen die multinationalen Konzerne und die von den Monopolen beherrschten supranationalen Vereinigungen wie die EWG. Das widerspiegeln zahlreiche Beschlüsse von IBFG-Gewerkschaften in Europa, so des TUC und des DGB sowie der skandinavischen Gewerkschaften und die Tatsache, daß zwischen mehreren Gewerkschaften Westeuropas und den WGB-Gewerkschaften in den sozialistischen Ländern Beziehungen aufgenommen wurden.

Bei der Gründung des EGB wurde dieser Entwicklung nicht Rechnung getragen. Das wurde auch von prominenten DGB-Vertretern erkannt, die eine andere Linie als der DGB-Vorsitzende Heinz-Oskar Vetter verfolgen. Ein namentlich nicht genannter stellvertretender Vorsitzender einer DGB-Gewerkschaft erklärte in Brüssel gegenüber der Progreß-Presseagentur: „Diese Organisation wird sicher nicht zur europäischen Gewerkschaftseinheit führen. Der Ausschluß der größten WGB-Gewerkschaften aus Italien und Frankreich macht diese Organisation (EGB) praktisch handlungsunfähig. Es wird zuviel Ballast des kalten Krieges mitgeschleppt.“

Der Unmut dieses Gewerkschaftsfunktionärs ist auch daraus zu erklären, daß in Brüssel die entscheidenden politischen Fragen unserer Zeit überhaupt nicht erwähnt wurden. Weder die auch vom DGB unterstützte Europäische Kon-

ferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit, noch die notwendige Solidarität mit den Völkern Indochinas, noch die für Oktober 1973 im Rahmen des internationalen Arbeitsamtes vorgesehene Konferenz aller Vorsitzenden der Gewerkschaften Europas, unabhängig von ihrer internationalen Organisationszugehörigkeit, wurden angesprochen.

Heute ist es an der Zeit, wie der Vorsitzende des Zentralrates der Sowjetgewerkschaften, Schelepin, schon im Vorjahr auf dem FDGB-Kongreß in Berlin vorgeschlagen hatte, eine einheitliche europäische Organisation aus den Gewerkschaften des IBFG, des WGB und des Weltverbandes der Arbeit (WVA) — ehemals Christliche Gewerkschafts-Internationale — zu schaffen. Ob sich künftig im EGB jene Kräfte durchsetzen können, die für eine einheitliche Gewerkschaftsorganisation eintreten, wird die Entwicklung zeigen.

Zunächst stehen die inneren Meinungsverschiedenheiten im Vordergrund. Hauptsächlich geht es dabei, wie bereits erwähnt, um die Stellung zur EWG. Der britische TUC lehnt nach wie vor den vollzogenen Beitritt seines Landes zur EWG ab und ist auch nicht bereit, im Wirtschafts- und Sozialausschuß dieser Organisation mitzuarbeiten. Trotz der beschwörenden Worte des DGB-Vorsitzenden Vetter an die „britischen Freunde, sich nicht länger der Mitarbeit in den europäischen Organen zu entziehen“, ging der TUC-Generalsekretär Feather mit keinem Wort darauf ein, und der Vorsitzende der britischen Transportarbeitergewerkschaft, Jones, bezeichnete die EWG als einen gegen die Arbeiterklasse gerichteten bürokratischen Apparat des Kapitals.

Die Meinungsverschiedenheiten über die Stellung zur EWG und über die Frage einer eventuellen Erweiterung des EGB durch Nicht-IBFG-Mitglieder schlugen sich auch in den Wahlen auf dem Kongreß nieder. Der DGB-Vorsitzende, Heinz-Oskar Vetter, kandidierte für den Präsidenten des EGB gegen den TUC-Generalsekretär Feather und unterlag nach mehreren Wahlgängen. Vetter wurde dann zusammen mit dem Vorsitzenden der dänischen Landesorganisation, Nielsen, und dem belgischen Gewerkschaftsvorsitzenden, Debunne, einer der Vizepräsidenten.

Da nach der Satzung die Organisationen mit mehr als 5 Millionen Mitgliedern zwei Vertreter in den Exekutivsausschuß des EGB entsenden können, gehört neben Vetter noch der IG-Metall-Vorsitzende, Eugen Loderer, diesem Gremium an. Generalsekretär wurde Théo Raschaert und sein Stellvertreter Kaare Sandegren, die diese Funktionen bisher beim EBFG bekleideten. Nach der angenommenen Satzung soll sich der neue Bund ein Grundsatz- und mehrere Aktionsprogramme geben.

Werner Petschick

Weltgewerkschaftsbund bereitet seinen VIII. Kongreß vor

In der gegenwärtigen Entwicklung der zunehmenden Konzentration der Produktion und des Kapitals, des Entstehens und der weiteren Ausdehnung mächtiger multinationaler Konzerne, gewinnt die Festigung der antiimperialistischen Aktionseinheit in der internationalen Gewerkschaftsbewegung immer mehr an Bedeutung. Bei der Überwindung der noch vorhandenen Schranken auf dem Wege zu einer wirkungsvollen Zusammenarbeit der Gewerkschaften unterschiedlicher Orientierungen im Kampf gegen die Angriffe der Monopole auf die Interessen der Werktätigen ist es wichtig zu wissen, welche Haltung vom Weltgewerkschaftsbund (WGB), der mit ca. 150 Millionen Mitgliedern größten internationalen Gewerkschaftsvereinigung, dazu eingenommen wird.

In seinen Statuten, die auf dem 1. Weltgewerkschaftskongreß am 3. Oktober 1945 in Paris angenommen wurden, heißt es: „Er unterstützt die Werktätigen und Gewerkschaften, die gegen Imperialismus und Monopole, gegen Kolonialismus, Neokolonialismus und für die nationale Befreiung kämpfen.“

Diese klare Aussage wird durch den Hinweis ergänzt, daß der WGB eine internationale Organisation ist, der Gewerkschaften verschiedener Richtungen aus allen Ländern der Welt auf freiwilliger Grundlage, ohne jegliche Diskriminierung und in Anerkennung ihrer Rechte und Souveränität beitreten können. Zu ihnen gehören die Gewerkschaften der sozialistischen Länder, darunter die Gewerkschaften der Sowjetunion. Diese Gewerkschaften leisten durch ihre großen Kampferfahrungen und ihre Autorität einen wichtigen Beitrag bei der Wahrnehmung der Arbeiterinteressen in der internationalen Gewerkschaftsbewegung.

Ferner gehören dazu die französische CGT und die italienische CGIL, die stärksten Gewerkschaftszentralen ihrer Länder. Darüber hinaus ist es bereits eine langjährige Praxis, daß wichtige nationale Zentralen, die dem WGB nicht angeschlossen sind, wie z. B. der finnische SAK (IBFG) und der japanische SOHYO (autonom) mit dem WGB eine enge Zusammenarbeit im Interesse der Werktätigen ihrer Länder pflegen.

Der VIII. Weltgewerkschaftskongreß, der am 15. Oktober 1973 in Warna/Bulgarien beginnt, wird zweifellos der internationalen Aktionseinheit der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften eine große Aufmerksamkeit schenken. Die 22. Tagung des Generalrates des WGB stellt fest, daß der Kampf um die Aktionseinheit gegenwärtig in eine neue Phase getreten ist, was besonders darauf zurückzuführen ist, daß sich in der

weltweiten Klassenaueinandersetzung das Kräfteverhältnis weiter zugunsten des Sozialismus und des Fortschritts verändert hat.

Nie zuvor waren die Werktätigen Massen so von der Notwendigkeit der Einheit überzeugt wie gegenwärtig. Die Gefahren, die von der raschen Zunahme der Konzentration der Produktion und des Kapitals, besonders von den multinationalen Konzernen, ausgehen, helfen diese Erkenntnis verstärken.

Daß diese Meinung auch von führenden Vertretern der IBFG-Gewerkschaften immer mehr geteilt wird, ist an den Äußerungen des Generalsekretärs des TUC Großbritannien, Feather, erkennbar, der anlässlich seines Aufenthaltes in Moskau im November 1972 auf die Frage, ob die Notwendigkeit einer gemeinsamen Sprache zwischen Ost- und Westeuropa auf die in zwei Teile gesplante Gewerkschaftsbewegung Europas zutrifft, antwortete: „Unbedingt. In den Beziehungen zwischen ihnen waren in den vergangenen Jahren viele Barrieren aufgerichtet worden. Ich denke, die Zeit ist gekommen, daß wir zusammen daran gehen, diese Barrieren beiseite zu räumen.“

In diesem Sinne wird der WGB in Vorbereitung seines VIII. Weltgewerkschaftskongresses alle Anstrengungen unternehmen. Das wird sichtbar an der Vorbereitung solcher Dokumente, die eine verstärkte Beachtung sozialer und ökonomischer Probleme zum Inhalt haben. So werden bereits vor dem Kongreß, wie uns bekannt wurde, eine Analyse der gegenwärtigen Situation und der weiteren Orientierung des WGB sowie eine Charta der gewerkschaftlichen Rechte und der ökonomischen und sozialen Forderungen der Werktätigen in der gegenwärtigen Etappe öffentlich zur Diskussion gestellt und auf dem Kongreß zur Beschlüßfassung vorgelegt.

W. N./H. S.

Streiks in Italien und England

Italien und Großbritannien sind zur Zeit Schauplatz heftiger Auseinandersetzungen zwischen den Gewerkschaften und den Konzernen und Monopolen. In beiden Ländern versuchen die Regierungen und das Monopolkapital mit besonderem Nachdruck, die Auswirkungen schwerer Wirtschaftskrisen auf die Arbeiterschaft abzuwälzen.

Von Beginn des vergangenen Jahres an setzte sich in Italien die Arbeiterschaft mit zahlreichen Streikaktionen gegen diese Absicht zur Wehr. Sie nahmen in diesem Jahr an Heftigkeit zu, so z. B. mit einer Massendemonstration der Metallarbeiter, die mit über 250 000 Teilnehmern in Rom aus Protest gegen die Weigerung der Unternehmer, über einen neuen Tarifvertrag zu verhandeln, auf die Straße gingen. Eine weitere Welle organisierter Streiks und Straßendemonstrationen soll die Forderungen der Gewerkschaften, die Preise zu stabilisieren und die Löhne zu erhöhen sowie die soziale Sicherheit der arbeitenden Menschen zu verstärken, bekräftigen. Bei Drucklegung dieser Zeitung waren etwa 14 Millionen Arbeiter und Angestellte in Italien zu einem Generalstreik aufgerufen.

Auch in Großbritannien brachte das Jahr 1973 neue Höhepunkte im Kampf der Gewerkschaften gegen die Unternehmer und die konservative Regierung. Die Streikwelle, die im Monat Februar mit dem Streik der Gasarbeiter

begann, kulminierte nun in dem Beschluß der dem britischen Gewerkschaftsbund TUC angeschlossenen Gewerkschaften, zur Unterstützung des gewerkschaftlichen Kampfes gegen die Lohnstopppolitik der Regierung Heath einen begrenzten Generalstreik auszurufen. Bei dem Beschluß wurde der Generalsekretär des TUC, Feather, — gleichzeitig neugewählter Präsident des Europäischen Gewerkschaftsbundes — der sich gegen diese Vorlage ausgesprochen hatte, überstimmt.

Die Streikbewegungen in den kapitalistischen Ländern Europas, die sich nicht auf Italien und Großbritannien beschränken, wenn sie auch hier ihre größte Ausbreitung finden, machen die Labilität und Krisenanfälligkeit des staatsmonopolistischen Kapitalismus deutlich. Bemerkenswert ist, daß die Gewerkschaften zur Durchsetzung ihrer Forderungen zum Teil neue Taktiken entwickeln und sich besonders der Massenkundgebungen und Demonstrationen bedienen sowie Streiks in Schwerpunktbetrieben und kurzer Solidaritäts- und Warnstreiks.

Deutlicher ist auch die Erkenntnis der Gewerkschaften geworden, daß der Kampf gegen die multinationalen Konzerne auf übernationaler Ebene geführt werden muß. Die internationale Solidarität in den kapitalistischen Ländern bekommt damit eine neue Qualität.

26 Mill. Urlauber 1973 in UdSSR-Ferienheimen

Mehr als 26 Millionen sowjetische Werktätige werden sich 1973 in den Heimen und Sanatorien des Landes erholen — die meisten kostenlos oder mit einer geringen finanziellen Beteiligung. Allein in den Heimen der Gewerkschaften werden neun Millionen Werktätige bei rund vier Wochen dauerndem Aufenthalt neue Kräfte für die kommenden Aufgaben sammeln. Das sind allein hier eine Million mehr als im Vorjahr. 1973 sind von den Gewerkschaften 155 Millionen Rubel für den Bau und Ausbau der Heime eingeplant, das bedeutet 16 000 Plätze mehr für Gesundheit und Erholung der Werktätigen. Im Vergleich zum Jahr 1971 hatte sich bereits Anfang dieses Jahres die Zahl der Sanatoriumsplätze der Gewerkschaften um 30 000 erhöht.

Wohnkomplexe mit Komfort in Bulgarien

Ein neuer Stadtteil für 75 000 Einwohner entsteht in den nächsten zehn Jahren in Plowdiw, der zweitgrößten Stadt Bulgariens. Die Architekten haben in dem neuen Stadtteil auch Möglichkeiten für die berufliche Arbeit vorgesehen. So werden hier wissenschaftliche und Kulturinstitutionen ihren Sitz haben. Der Container-Bahnhof Plowdiw-West soll sich ebenfalls im neuen Stadtteil befinden. Gaststätten, Kinos, ein Krankenhaus mit 1600 Betten, Polikliniken, Hotels, ein Kinderzentrum, ein Park und Sportanlagen kommen hinzu. Zugleich wird der neue Stadtteil organisch mit dem alten Plowdiw verbunden sein. Das Projekt sieht vor, die meisten Gebäude achtgeschossig und einen Teil vier- bzw. zwanziggeschossig zu errichten.

Polen: Reallöhne stiegen um 12,4 Prozent

Die ökonomische Kommission des Zentralrates der polnischen Gewerkschaften hat die Vervollkommnung des Lohnsystems erörtert. Sie stellte fest, daß in den vergangenen zwei Jahren die Reallöhne um 12,4 Prozent gestiegen sind. Das ist mehr als im ganzen letzten Planjahr. Bis Ende 1973 sollen die Lohnerhöhungen das für den ganzen laufenden Fünfjahrplan vorgesehene Niveau erreichen. Der allmähliche Umbau der Lohnstruktur werde weiterhin andauern, wurde auf der Sitzung betont. Die Haupttrichtung sei die Bevorzugung des Grundlohnes als Basis der Entlohnung, wobei der prozentuale Anteil von Prämien und Zuschlägen darin bedeutend begrenzt werden soll. Das Tempo des Lohnanstiegs sei in den Branchen und Betrieben immer mehr mit den von ihnen erzielten Ergebnissen verbunden.

Hohe Leistungskraft des Bauwesens in der CSSR

Nahezu 1,7 Millionen übergebene Neubauwohnungen zeugen neben zahlreichen anderen Bauwerken von der Leistungskraft des tschechoslowakischen Bauwesens in den 25 Jahren der Volksmacht. Während in der Zeit des ersten Fünfjahrplans jährlich 40 000 Wohnungen fertiggestellt wurden, erreichte diese Durchschnittsziffer in der folgenden Fünfjahresperiode bereits 70 000, und seit 1970 wird jährlich die Hunderttausend-Grenze überschritten. In den 25 Jahren seit der Nationalisierung des Bauwesens erhöhte sich die Arbeitsproduktivität in diesem Bereich um das 3,7fache.

Lebensstandard im RGW erhöht sich weiter

Die Realeinkünfte der Bevölkerung in den RGW-Ländern haben in den letzten Jahren bedeutend zugenommen. In dieser Zeit wurden u. a. Mindestlöhne sowie Renten erhöht und die Preise für verschiedene Massenbedarfsartikel herabgesetzt. Der Einzelhandelsumsatz wird sich auf Grund des hohen Entwicklungstempos in der Sowjetunion, Bulgarien, Ungarn und Rumänien bis 1975 im Vergleich zu 1965 verdoppeln. In Polen und in der Tschechoslowakei wird der Warenumsatz auf mehr als 80 Prozent anwachsen. Besonders rasch soll die Produktion von langlebigen Waren, wie Kühlschränke, Fernseh- und Rundfunkempfänger, Fotokameras und Personenwagen, gesteigert werden.

Unternehmermillionen für die CDU

„Das schwarze Kassenbuch“ — die heimlichen Wahlhelfer der CDU/CSU, Verlag Kiepenheuer & Witsch.

Der Presseausschuß der Demokratischen Aktion (PDA) hat unter dem Titel „Das schwarze Kassenbuch“ eine Untersuchung veröffentlicht, die sich mit der massiven Finanzhilfe von Industrie- und Bankkonzernen für die CDU/CSU im vergangenen Bundestagswahlkampf befaßt. Nach sorgfältigen Recherchen haben die Herausgeber festgestellt, daß der CDU/CSU für den Wahlkampf insgesamt 165 Millionen DM — möglicherweise sogar mehr als 210 Millionen DM — aus anonymen Fonds zur Verfügung standen.

Als Zentrale der Anzeigenpropaganda wird im „Schwarzen Kassenbuch“ der Wirtschaftsrat der CDU e. V. genannt, in dem die Spitze der bundesdeutschen Geld-Elite vereinigt ist, und zwar von Hermann J. Abs und Franz Burda über Günter Henle und August Oetker bis Peter von Siemens. Die Liste von rund fünf Dutzend CDU-Förderern „zeigt die ungeheure Wirtschafts- und Finanzmacht, die im Wirtschaftsrat der CDU versammelt ist“.

All diese Wahlhelfer traten nicht öffentlich in Erscheinung. „Man hätte sonst den Wählern“, so heißt es in dem „Schwarzen Kassenbuch“, „schwerlich erklären können, daß die CDU/CSU die Interessenvertretung der breiten Masse oder auch nur des Mittelstandes sei; die Union wäre für jedermann erkennbar zur Partei der Konzerne geworden.“ So wurden anonyme Vereine und Wählerinitiativen vorgeschickt, um mit Anzeigenkampagnen Panik zu erzeugen, fährt das Buch fort.

Der Münchner DGB-Vorsitzende Ludwig Koch kommentierte das „Schwarze Kassenbuch“ mit einer Erinnerung an die Unterstützung der Industrie für Hitler, die mit 55 Millionen Toden des Zweiten Weltkrieges bezahlt wurde. Und der Betriebsratsvorsitzende Heinrich Berg erklärte, die Arbeitnehmer sollten aus dem „Schwarzen Kassenbuch“ für künftige Tarifbewegungen ablesen, zu welchen finanziellen Aufwendungen die Unternehmer bereit und fähig seien, wenn es um ihre Interessen ginge.

H. S.

Arbeiterkämpfe in der BRD 1970/72

„Kampfbedingungen und -bewegungen der westdeutschen Arbeiterklasse im betrieblichen und gewerkschaftlichen Bereich 1970–1972“ — so lautet der Nenner der neuesten Ausgabe (Nr. 2/1973, DM 3,—) der „Marxistischen Blätter“ (Frankfurt am Main, Hedderheimer Landstraße 78 a). Die Autoren der einzelnen Beiträge, in der Mehrzahl wissenschaftliche Mitarbeiter des IMSF, analysieren auf der Grundlage eines umfangreichen statistischen Materials und anderer Quellen die wichtigsten Aktionen der Arbeiterklasse in den Betrieben und Gewerkschaften, zeigen die Trends der Entwicklung der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit auf, ziehen wichtige Lehren für die politische und betriebliche Praxis.

Beiträge sind u. a. von: W. Petschick: Die aktuelle Mitbestimmungsdiskussion; H. Jung: Zur Struktur der Arbeiterklasse Anfang der siebziger Jahre; K. Steinhaus: Zur Streikbewegung in der BRD; B. Güther: Neuere Ausbeutungsformen und -methoden in den Konzernbetrieben; H. Schäfer: Merkmale und Lehren der Lohn-

kämpfe 1970/72; E. Dähne: Tendenzen und Entwicklungsperspektiven des gewerkschaftlichen Kampfes im privaten Verteilungs- und Dienstleistungsbereich; F. Deppe: Leitende Angestellte, Mitbestimmung und Gewerkschaften; B. Degen: Tendenzen der Arbeitsrechtsprechung; E. Bessau: Mietpreise, Wohnraum und Einkommen der Arbeiterklasse; Bartels/Prudlo: Gewerkschaftsjugend im Kampf für eine klassenbezogene Gewerkschaftspolitik.

Ergänzt wird das Heft durch eine Beilage zu dem hochaktuellen Thema: Was ist staatsmonopolistischer Kapitalismus? F. K.

„Qualität des Lebens“

Unter dem Titel „Aufgabe Zukunft: Qualität des Lebens“ veröffentlicht die IG Metall bei der Europäischen Verlagsanstalt Frankfurt eine zehnbändige Paperbackreihe. Die Bücher enthalten Referate und Diskussionsbeiträge, die im April 1972 auf der 4. internationalen Arbeitstagung der IG Metall in Oberhausen gehalten wurden. An dieser Tagung hatten 1200 Wissenschaftler, Politiker und Gewerkschafter aus 22

kapitalistischen und sozialistischen Ländern teilgenommen.

Band 1 „Qualität des Lebens“ und Band 7 „Qualitatives Wachstum“ sind bereits zum Preis von DM 9,— erschienen. Jeweils zwei weitere Bände werden im Abstand von drei Monaten herausgegeben. gim

Verlagsinternes

Vor einigen Tagen erhielten wir den Brief eines Betriebsrates und langjährigen Lesers von NACHRICHTEN aus Norddeutschland. Er schrieb uns, er habe bei der Betriebsleitung durchgesetzt, daß das BVG '72 von Gerd Siebert für die tägliche Arbeit des Betriebsrates angeschafft wird. In vielen Unternehmen ist es ähnlich. Das beweisen uns die Bestellungen der Betriebsräte von fünf und mehr Exemplaren, die auch heute noch fast täglich bei uns eingehen.

Mitte März, Sie haben es auf den Innenseiten gelesen, findet in Duisburg ein Arbeiterseminar der Zeitschrift NACHRICHTEN statt. Das Hauptreferat zu dem Thema: „Löhne, Preise, Profite in der BRD“ hält Dr. Heinz Schäfer, den NACHRICHTEN-Lesern bereits durch seine Beiträge zu wirtschaftspolitischen Problemen bekannt. Zahlreiche langjährige Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre haben ihre Teilnahme zugesagt. Sie kennen die Probleme aus ihrer täglichen Arbeit, eine Tatsache, die interessante Diskussionsbeiträge verspricht.

Der NACHRICHTEN-Verlag wird das Referat, die Thesen zum Referat und auch die Diskussionsbeiträge, die auf diesem Seminar gehalten werden, in einem Buch veröffentlichen. Es wird einen Umfang von rund 200 Seiten haben, der Preis wird ungefähr 7,50 DM betragen. Wir hoffen, daß wir die Schrift, die unter dem Titel „Arbeiterseminar '73 — Löhne, Profite, Preise in der BRD“ erscheinen wird, Mitte Mai ausliefern können. Bestellungen dafür werden selbstverständlich vorgemerkt.

Ein Wort noch zu unserem Sonderdruck mit den wichtigsten gewerkschaftlichen Beschlüssen von 1972, den wir infolge der großen Nachfrage in einigen tausend Exemplaren nachdrucken ließen. Er kann selbstverständlich zum Preis von 2,— DM beim NACHRICHTEN-Verlag bestellt werden.

Inzwischen werben zahlreiche Leser für NACHRICHTEN. So gingen uns von den Teilnehmern einer Arbeiterberatung in Mainz 13 Bestellungen zu und von einer ähnlichen Veranstaltung in Duisburg 14. Falls Sie für einen ähnlichen Zweck Werbeexemplare benötigen sollten? Wir schicken sie Ihnen gern. jaco

Terminkalender

- **10. bis 14. April**
Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Hannover.
- **12. und 13. Mai**
Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft Leder in Northeim.
- **24. und 25. Mai**
Bundeshandwerkskonferenz der IG Metall in Heidelberg.
- **20. bis 23. Juni**
9. ordentliche Delegiertentagung der Rundfunk-Fernseh-Film-Union in der IG Druck und Papier in Hamburg.
- **28. und 29. Juni**
8. Frauenkonferenz der IG Metall in Westberlin.
- **12. bis 14. Juli**
16. Arbeiterkonferenz der Ostseeländer, Norwegens und Islands in Rostock.
- **28. Juli bis 5. August**
X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Berlin/DDR.
- **September**
Wissenschaftliche Arbeitstagung der IG Metall über Streik und Aussperung in München.
- **3. bis 7. September**
9. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Holz und Kunststoff in Freiburg.
- **12. und 13. Oktober**
8. zentraler Jugendtag der Gewerkschaft Textil-Bekleidung in Fulda.
- **15. Oktober**
Beginn des 8. Weltgewerkschaftskongresses in Warna, Bulgarien.
- **27. und 28. Oktober**
Bundes-Frauenarbeitstagung der Gewerkschaft Leder in Gießen.
- **Oktober**
8. Konferenz der IG Metall für Vertrauensleute und Betriebsräte.
- **22. und 23. November**
7. Bundes-Personalrätekonferenz der Deutschen Postgewerkschaft, voraussichtlich in Bad Harzburg.

Zu guter Letzt

Der Gesamtverband der bundesdeutschen Metallindustriellen und das Industrieinstitut der Unternehmer haben ein Preisausschreiben mit der Frage veranstaltet, welchem Metallfacharbeiter eines mittelgroßen Betriebes es wohl am besten gehe: dem in der Bundesrepublik, in Frankreich, England, Italien, Schweden oder in der Schweiz? Für die „richtige“ Antwort („dem deutschen“) wurden Anfang März in Köln die Preise (Autos) verlost.

Die Informationsbroschüre dafür wurde von den Veranstaltern selbst herausgegeben.

Ist der AFL/CIO „Weltgendarm“?

Nach einem Bericht der Springer-Zeitung „Die Welt“ vom 9. Februar 1973, in dem das Blatt genüßlich von einem „ernsten Konflikt zwischen DGB und US-Gewerkschaften“ schreibt, ist es in der Führungsspitze des US-amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL/CIO zu empörenden Reaktionen auf Äußerungen des DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter in Japan und seinen anschließenden Kurzaufenthalt in Moskau gekommen.

Der DGB-Vorsitzende hatte im Januar eine Asienreise unternommen, um einige Gewerkschaften, die hauptsächlich dem IBFG angehören, zu besuchen. In Tokio hatte Vetter an dem Kongreß des japanischen Gewerkschaftsbundes DOMEI, der keiner Weltgewerkschaftszentrale angehört, teilgenommen. Auf der Rückreise nach Düsseldorf machte Vetter in Moskau und Berlin/DDR Zwischenstation (siehe NACHRICHTEN Februar/73).

Wie das Springer-Blatt berichtete, wurde dem DGB-Vorsitzenden „in der Umgebung des amerikanischen Gewerkschaftspräsidenten George Meany“ eine Äußerung vorgeworfen, die er in seiner Begrüßungsansprache auf dem japanischen Gewerkschaftskongreß gemacht haben soll: „Nicht Atomwaffen, nicht Völkermord, sondern Abrüstung und Völkerfrieden“, habe Vetter gefordert. „Ich meine, Vietnam... Hört endlich mit dem Morden auf, macht ernst mit Eurem Versprechen, auf Gewalt zu verzichten, gebt dem Volk von Vietnam den Frieden!“

Für die Führung der AFL/CIO, deren militant-antikommunistische Haltung sie sogar aus dem IBFG austreten ließ, ist das jedoch Grund genug, empört zu sein. Solche Vokabeln des DGB-Vorsitzenden wie „Völkermord“, „Morden“ und „Atomwaffen“, so folgerte nach dem „Welt“-Bericht die amerikanische Gewerkschaftsspitze, seien eine „kaum noch verhüllte Anspielung auf Amerika“. Das Springer-Organ weiß jedoch von noch größerer Verstimmung George Meany und seiner Mannen zu berichten: „Noch größere Verstimmung löste jedoch beim AFL/CIO die Entscheidung des DGB-Vorsitzenden aus, Alexander Scheljepin, den Chef der sowjetischen Gewerkschaften, zu einem Besuch nach Düsseldorf einzuladen... Vettters Flirt mit Scheljepin war wohl nur der Tropfen, der das Faß der amerikanischen Geduld zum Überlaufen brachte.“

Man muß schon einigermaßen erstaunt sein, mit welcher Unverfrorenheit sich einige amerikanische Gewerkschaftsführer zum Zensor gewerkschaftlicher Aktivitäten und gewerkschaftlichen Handelns in der Welt aufschwingen. Bei der weltbekannten antikommunistischen Borniertheit des AFL/CIO-Präsidenten Meany ist durchaus anzunehmen, daß die von der Springer-Zeitung zum Aufmacher auf der ersten Seite hochgeju-

belte „Verstimmung“ US-amerikanischer Gewerkschaftsführer Tatsache ist.

Etwas befremdlich ist allerdings eine Stellungnahme der Bundespressestelle des DGB vom 12. Februar zu dem „Falschbericht der ‚Welt‘“. Darin erklärt der DGB: „Tatsache ist, daß der DGB-Vorsitzende die in der ‚Welt‘ veröffentlichten Redewendungen, die als ‚anti-amerikanische Ausfälle‘ ausgelegt wurden, niemals gebraucht hat. Der DGB stellt fest, daß das Springer-Organ sich nicht scheut, mit einer falschen Berichterstattung die deutschen Gewerkschaften zu diffamieren und Zwietracht in den internationalen Beziehungen zu säen.“

Es ist unbedingt richtig, daß dies die Absicht der Springer-Presse ist, wenn sie sich mit Fragen der Gewerkschaftspolitik beschäftigt. Dennoch wäre es der Sache angemessen gewesen, wenn der DGB die von Vetter wirklich gebrauchten Sätze veröffentlicht hätte, soll nicht der Eindruck entstehen, als wolle sich der DGB nachträglich von seiner eigenen Erklärung gegen den Vietnam-Krieg distanzieren. Sb.

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

Die NACHRICHTEN zur Wirtschafts- und Sozialpolitik erscheinen monatlich in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH mit vierteljährlicher Beilage „Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse“ (März, Juni, September, Dezember – nur für Abonnenten).

Herausgeber: Josef Ledwohn, Essen; Heinz Lukrawka, Dinslaken; Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Redaktionskollegium:
Dr. Werner Petschick, 6 Frankfurt/M. 1, Glauburgstraße 66;

Heinz Seeger, 799 Friedrichshafen, Erlenweg 3/9;
Gerd Siebert, 205 Hamburg 80, Harnackring 31.
Verlags- und Redaktionsanschrift: 6 Frankfurt/M. 1, Postfach 18 0372, Glauburgstraße 66;
Telefon 59 97 91; Konto-Nr. 10-58029-0 Bank für Gemeinwirtschaft Frankfurt/Main; Postscheckkonto: Frankfurt 305040-606.

Einzelpr. 1,75 DM; Jahresabonnement 20,— DM, einschließlich Zustellgebühr; Halbjahresabonnement 10,— DM.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe.

Druck: Plambeck & Co., Neumünster



**NACHRICHTEN-Verlags-
Gesellschaft mbH.**
Frankfurt am Main

1.1 Sozialprodukt

Mit einer Zuwachsrate von + 2,8 Prozent erhöhte sich das reale BSP 1972 im gleichen Umfang wie das Jahr zuvor.

Während im 1. Hj. 1972 das reale Wachstum im Vergleich zum 1. Hj. 1971 nur um + 2 Prozent anstieg, übertraf es im 2. Hj. das entsprechende Vorjahresergebnis um fast + 3,5 Prozent. (BMWF Tagesnachrichten, 24. 1. 73)

Ausschlaggebend für die Beschleunigung der Gesamtproduktivität vor allem in der Endphase des vergangenen Jahres war einmal mehr der kräftige Exportsog; ganz besonders im 4. Vj. wurde das Resultat von 1971, 4. Vj., weit übertroffen. (s. Kzf. 1.3) Die stimulierende Wirkung des Exports verhinderte somit eine rückläufige Zuwachsrate der volkswirtschaftlichen Produktivität gegenüber 1971.

Die Belegung durch den Außenhandel kann an den seit September 1972 sprunghaft gestiegenen Auslandsaufträgen in der verarbeitenden Industrie abgelesen werden: waren 1971 im Durchschnitt der Monate September bis November Minuswerte zu verzeichnen gewesen, so 1972 im selben Zeitraum ein Eingangsplus von 25,1 Prozent; die Inlandsorders beliefen sich stattdessen nur auf + 9,2 Prozent. (BMWF Tagesnachrichten, 9. 1. 73)

Die zunehmende Abhängigkeit der BRD-Wirtschaft vom Ausland verdeckt jedoch sich verschärfende widersprüchliche Entwicklungen im Innern:

1. Sieht man von der Exportlastigkeit der BRD-Wirtschaft einmal ab, dann stünde in kaum zu überwindender Schwierigkeit das Problem rentabler privater Kapitalanlage und -verwertung auf dem Binnenmarkt auf der Tagesordnung.
2. Die durch das Exportgeschäft effektiv gesicherte Rentabilität an sich überschüssigen Kapitals in privaten Händen bedeutet eine permanente Inflationsquelle mit drastischen Folgen für die große Bevölkerungsmehrheit.

Einmal beruht also die Sicherheit der Arbeitsplätze auf nicht von der BRD beeinflussbaren Dispositionen, zum anderen wird aber die Arbeitskraft der abhängig Beschäftigten durch sinkende Realeinkommen immer weniger ihrem Marktwert entsprechend entlohnt. (s. Kzf. 3.5)

Dies ergibt sich z.B. schon aus der Tatsache, daß zwar das Preisniveau des BSP 1972 gegenüber 1971 statistisch „lediglich“ um + 6,3 Prozent hinaufging, während der Anstieg 1971/1970 noch 7,9 Prozent betrug, die Kategorie Waren und Dienstleistungen des privaten Verbrauchs jedoch von 5,4 Prozent (1971/1970) auf + 5,9 Prozent (1972/1971) anzog. Geht man vom NSP zu Marktpreisen aus, wird die Spanne noch größer.

Sozialprodukt — Prozentzunahme in jeweiligen Preisen

	1970	1971	1972
BSP insgesamt	13,3	10,7	9,1
NSP zu Marktpreisen	12,9	10,3	9,1
Privater Verbrauch	10,8	10,9	9,5
Staatsverbrauch	14,6	19,8	12,9
Bruttoanlageinvestitionen	23,9	12,1	5,4

Sozialprodukt — Prozentzunahme in Preisen von 1962

	1970	1971	1972
BSP insgesamt	5,8	2,8	2,8
NSP zu Marktpreisen	5,6	2,2	2,3
Privater Verbrauch	7,0	5,5	3,6
Staatsverbrauch	4,9	7,3	4,2
Bruttoanlageinvestitionen	11,5	4,5	1,6

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 1/1973, S. 17, 19)

Daß die Inflation zum wirtschaftlichen Krisenherd erster Ordnung geworden ist, kann nicht mehr übersehen werden. Eine dem Monopolkapital verpflichtete Wirtschaftspolitik kann zu keiner wirklichen Lösung dieser Krise, d.h. zur langfristigen Stabilität bei Preissteigerungsraten von höchstens 1–2 Prozent gelangen.

So durchkreuzt der Kredithunger des Unternehmenssektors alle Bemühungen zur Eindämmung des Geldüberhangs. Gewährte Kredite stellen aber Geldschöpfung dar, so daß das Geldvolumen permanent steigt.

	Bankkredite Zunahme in Mrd. DM	Geldbestand in Mrd. DM	Geldvolumen in Mrd. DM
1970, Dezember	+ 11,1	+ 5,2	173,4
1971, Dezember	+ 14,5	+ 6,8	198,6
1972, Dezember	+ 16,9	+ 10,2	232,4

(Quelle: Monatsberichte d. Dt. Bundesbank, 1/1973, S. 3* f.; Handelsblatt, 29. 1. 1973)

Die 17prozentige Zunahme des Geldvolumens von Dezember 1971 bis Dezember 1972 überstieg die volkswirtschaftliche Güterproduktion immens; wird nun der Warenausfuhrüberschuß in Höhe von 20,3 Mrd. DM (s. Kzf. 1.3) abgerechnet, dann erreichte der die Preisschraube in schnellere Bewegung setzende Geldüberhang eine noch größere Dimension.

Ein weiteres Moment: der Bargeldumlauf — also das Geldvolumen ohne Kassenbestände der Banken — umfaßte vor der Währungsreform Ende Januar d.J. etwa zwischen 45 und 50 Mrd. DM. Durch den Dollareinstrom dürfte er sich bis zum 10. 2. 1973 schlagartig um 20 Mrd. DM, mithin um fast 50 Prozent erhöht haben.

Was angesichts des Zusammenbruchs der Stabilität vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vorgeschlagen wird, um die Inflation zu stoppen, ist erneut ausschließlich gegen die abhängig Beschäftigten gerichtet:

1. Drosselung des privaten Verbrauchs (Jahresgutachten — JG — 1972, Ziffer 373) entweder durch
2. Steuererhöhungen sowie einen nicht rückzahlbaren 10prozentigen Konjunkturzuschlag oder
3. Verringerung der Nettolöhne und -gehälter um — 2,5 Prozent. (JG, Tabelle 35, S. 135)

Die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sollen nach diesen Strategien um + 2,5 bis + 3,5 Prozent über den Abhängigeneinkommen liegen, wobei die unverteilten Gewinne erst gar nicht zur Debatte stehen.

Die tarifpolitische Entwicklung seit Jahresbeginn und die Pläne der Bundesregierung auf steuerlichem Gebiet deuten darauf hin, daß im Laufe des Jahres beide Varianten zwecks Beschneidung des Massenverbrauchs zum Zuge kommen werden. Würde jedoch versucht werden, die durch die Wirtschaftspolitik und durch Gewinnmaximierung inszenierte Inflation vermittels einer Reduzierung der Masseneinkommen und damit des privaten Verbrauchs zu bekämpfen, könnten strukturelle Krisen selbst bei einer Ausweitung des Exports die Folge sein. Besonders ein Teil der verarbeitenden Industrie wäre unmittelbar betroffen; der Anteil des warenproduzierenden Gewerbes an der Entstehung des BIP würde noch stärker sinken als im vergangenen Jahr:

Beiträge zusammengefaßter Wirtschaftsbereiche zum BIP in jeweiligen Preisen

	BIP	Land- u. Forst- wirtschaft	Waren- prod.- Gewerbe	Handel, Dienst- Verkehrleisg.	Priv. Haush. Staat u. ä.
	Mrd. DM	Anteile in Prozent			
1970	687,0	3,1	54,1	18,0	14,1
1971	759,6	2,8	53,5	17,7	14,5
1972	829,8	2,7	52,8	17,6	15,1

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 1/1973, S. 18)

Zunahme des realen BSP 1972 gegenüber 1971 um + 2,8 Prozent, 1. Hj. 1972 + 2 Prozent, Beschleunigung im 2. Hj. auf + 3,5 Prozent. Rasche Zunahme im 2. Hj. Folge des Exportsogs besonders im 4. Quartal. Anstieg des BSP-Preisniveaus 1972 gegenüber 1971 + 6,3 Prozent, des privaten Verbrauchs um + 5,9 Prozent. Ein Ende der Inflation ist nicht absehbar, der Geldüberhang nimmt ständig zu: 17prozentige Steigerung des Geldvolumens im Dezember 1972 gegenüber Dezember 1971;

Stimulierung des Bargeldumlaufs bis 10. 2. 1973 um + 20 Mrd. DM (fast um 50 Prozent) als Resultat des Dollareinstroms. Durch Druck auf die Abhängigeneinkommen soll die Preiswelle gestoppt werden. Die Einschränkung des privaten Verbrauchs (— 1,9 Prozent geringere Zuwachsrate gegenüber 1971) führte zum weiteren Rückgang des Anteils des warenproduzierenden Gewerbes am BIP.

1.2 Industrieproduktion

Erst im 4. Quartal 1972 hatte der Zuwachs der industriellen Nettoproduktion mit gut + 9 Prozent den Anschluß an das 1. Vj. 1971 gefunden. Die Zunahme um + 7 Prozent im Vergleich zum Vorquartal ist indes zu verhalten gewesen, um von einem weittragenden konjunkturellen Durchbruch sprechen zu können.

Veränderung der industriellen Nettoproduktion gegenüber dem Vorjahr in Prozent

1971				1972			
1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
+3,0	+2,1	+0,8	— 0,0	+1,1	+2,3	+2,1	+9,1

(Quelle: INFO 4/1972, S. 2; BMWF Tagesnachrichten, 6. 2. 73; Ifo-Wirtschaftskonjunktur 1/73, Zahlen zur Wirtschaftsentwicklung, S. 6)

Das Tempo des Zuwachses im letzten Jahresviertel 1972 verlief allerdings nicht kontinuierlich, wie die Indexveränderung von Oktober bis Dezember zeigt:

Veränderung des Nettoproduktionsindex von Oktober bis Dezember 1972 (gesamte Industrie)

	Nettoproduktionsindex (1962 = 100)	Veränd. geg. d. Vorj. i. %
	1971	1972
Oktober	169,9	174,8
November	172,4	185,0
Dezember	152,0	179,0

(Quelle: Monatsberichte d. Dt. Bundesbank, 1/1973, S. 65; BMWF Tagesnachrichten, 6. 2. 1973)

Der Abfall der Zuwachsraten von November auf Dezember betraf die drei wichtigsten Industriesparten, jedoch mit unterschiedlicher Intensität.

Am stabilsten erwies sich — praktisch seit Ende 1970 — der Verbrauchsgütersektor, wenn auch das Steigerungsmaß — etwa im Vergleich zum Vorvierteljahr — merklich zurückging. Dafür meldete die Investitionsgüterindustrie im November und Dezember einen heftigen Auftrieb. Hier schien sich der überaus hohe Bestelleingang aus dem Ausland bereits bemerkbar zu machen; denn eine sichere Basis für Investitionen auf dem einheimischen Verbrauchsgütermarkt dürfte durch die Reduzierung des Realzuwachses der Masseneinkommen vorerst in Frage gestellt sein.

Im Gefolge der überraschend günstigen Produktionslage der Investitionsgüterindustrie erfuhr die für Grundstoffe und Produktionsgüter ebenfalls einen ansehnlichen Aufschwung.

Nettoproduktionsindex (1962 = 100)

	Investitionsgüterind.		Verbrauchsgüterind.		Grundstoff- u. Prod.-güterind.	
	1971	1972	1971	1972	1971	1972
Oktober	167,5	167,2	169,5	173,2	187,2	200,2
November	168,2	182,7	174,6	181,2	187,9	206,7
Dezember	145,1	181,0	150,7	178,0	167,9	194,0

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	Oktober	November	Dezember
Investitionsgüterind.	+ 0,9	— 0,2	+ 7,3
Verbrauchsgüterind.	+ 2,2	+ 2,8	+ 6,9
Grundstoff- u. Prod.-güterind.	+ 5,7	+ 8,6	+ 5,6
	+ 2,7	+ 10,0	+ 2,6
	+ 0,4	+ 8,6	

(Quelle: Monatsberichte d. Dt. Bundesbank, 1/1973, S. 65; BMWF Tagesnachrichten, 6. 2. 1973)

Inwiefern der verhaltene Aufschwung im letzten Jahresquartal 1972 zunächst einmal eine teilweise Kompensation des allgemeinen Produktionsrückgangs vom 2. zum 3. Vj. war, verdeutlicht folgende Übersicht:

Nettoproduktionsindex (1962 = 100) wichtiger Industriezweige

	1972, 2. Vj.	1972, 3. Vj.	Veränd. i. % 2. Vj. 1972	geg. dem 3. Vj. 1971
Industrie, insg.	169,7	152,6	— 10,1	+ 2,1
Kohlenbergbau	78,0	70,8	— 9,2	— 11,8
Eisenschaff. Ind.	145,4	140,7	— 3,2	+ 7,3
Chemische Ind.	268,2	254,1	— 5,3	+ 5,7
Maschinenbau	134,8	119,0	— 11,7	— 4,2
Straßenfahrzeugb.	198,6	151,7	— 23,6	— 5,9
Elektrotechn. Ind.	212,3	178,3	— 16,0	+ 7,0
Textilindustrie	149,4	119,7	— 19,9	+ 0,7
Ernährungsind.	145,3	140,9	— 3,0	+ 2,9

(Quelle: Ifo Wirtschaftskonjunktur, 1/73, Zahlen zur Wirtschaftsentwicklung, S. 6–10, 13)

Die Industrieproduktion insgesamt fiel danach im 3. gegenüber dem 2. Vj. 1972 um ca. — 10 Prozent. Überdurchschnittliche Produktionseinschränkungen nahmen der Straßenfahrzeugbau (— 23,6 Prozent), die Textilindustrie (— 19,9 Prozent) sowie die Elektrotechnik (— 16,0 Prozent) vor und auch die Ausbringung des Maschinenbaus lag noch unter der der durchschnittlichen Minusrate der Industrie insgesamt.

Die Schwäche des Maschinen- und des Straßenfahrzeugbaus wurde noch nicht im 3. Vj. — jetzt im Vorjahresvergleich — überwunden: die negativen Raten fielen beim Maschinenbau mit — 4,2 und beim Straßenfahrzeugbau mit — 5,9 Prozent gegenüber dem Plus von 2,1 Prozent des gesamten Industrieausstoßes noch recht hoch aus.

Die nach wie vor bestehende Produktionsschwäche des Kohlenbergbaus (— 11,8 Prozent im 3. Vj. 1972 gegenüber dem Vorjahresquartal) beginnt im Ruhrgebiet ernsthafte Folgen zu zeitigen; die Strukturkrise droht dort auszufernen. (s. Kzf. 1.5)

Was vor allem die Hoffnung auf eine aufwärts gerichtete Konjunkturdynamik hervorruft, ist die Entwicklung der Auftrags-eingänge. Trotz der sich verstärkenden Preissteigerungskomponente nahmen von Oktober bis Dezember vergangenen Jahres die Realwerte der Bestellungen aufgrund der hohen Nominalzugänge erheblich zu. Die Industrie buchte einen nominalen Ordereingang von + 17,7 Prozent im Mittel der Monate Oktober bis Dezember.

Index der industriellen Auftragseingänge (ohne Bergbau, Nahrungs- und Genußmittelindustrie, öffentliche Energiewirtschaft) 1970 = 100

	Auftragseingangsindex		Veränd. i. Prozent gegenüber dem Vormonat	Vorjahr	
	1971	1972	1972	1971	1972
Oktober	108	125	+10,6	+1,4	+16,3
November	105	122	— 2,4	+1,2	+16,6
Dezember	99	119	— 2,5	— 3,4	+20,3

(Quelle: INFO 4/1972, S. 3; BMWF Tagesnachrichten, 6. 2. 1973)

Herausragend war der Bestelleingang bei der Investitionsgüterindustrie: + 21,4, + 20,2, + 28,0 Prozent von Oktober bis Dezember. An zweiter Stelle rangierte die Grundstoffindustrie: + 13,9, + 16,6, + 17,8 Prozent.

Erst danach folgte die Verbrauchsgüterbranche, wobei die abfallende Linie ohne Zweifel auf den inzwischen eingetretenen faktischen Lohnstopp zurückzuführen ist: + 11,1, + 9,9, + 6,8 Prozent.

Dieser ernsthafte binnenwirtschaftliche Dämpfungseffekt hat jedoch einen von daher keineswegs überraschenden Auftrieb der Auslandsaufträge zur Folge: durch stagnierenden Lohnaufwand relativ günstige Exportpreise mit steigenden Gewinnaussichten.

Von Oktober bis Dezember veränderten sich die Ausland- im Vergleich zu den Inlandsaufträgen in der verarbeitenden Industrie wie folgt:

	Inland-Aufträge Index 1970 = 100 % Zunahme	geg. d. Vorj.	Ausland-Aufträge Index 1970 = 100 % Zunahme	geg. d. Vorj.
Oktober	124	12,9	130	29,0
November	117	10,9	138	36,6
Dezember	112	13,8	145	41,6

(Quelle: BMWF Tagesnachrichten, 6. 2. 1973)

Da das Exportgeschäft im Hinblick auf die instabile währungs-politische Lage keine langfristige sichere Perspektive hat, nahm die Reichweite der Auftragsbestände im Dezember gegenüber September 1972 nach produktionsgesicherten Monaten nicht zu: sie betrug weiterhin nur 3,1 Monate. (ifo Schnelldienst, 4/1973, S. 3, INFO 4/1972, S. 3)

Auch an den Umsatzziffern ist schließlich der vorerst über-wiegend exportbedingte Konjunkturauftrieb abzulesen:

	Umsatzveränderg. i. Prozent geg. dem Vormonat		Umsatzveränderg. i. Prozent geg. dem Vorjahr	
	Gesamt-umsatz	Ausland-umsatz	Gesamt-umsatz	Ausland-umsatz
September	+ 12,7	+ 18,2	+ 2,1	+ 4,5
Oktober	+ 8,4	+ 9,0	+ 9,9	+ 18,5
November	— 2,3	— 0,3	+ 10,0	+ 17,0

(Quelle: BMWI Monatsbericht 12/72, III b; 1/73, III b)

Anstieg der Industrieproduktion im 4. Vj. 1972 zum 4. Vj. 1971 + 9 Prozent bei uneinheitlicher Entwicklung: geringere Zuwachsraten im Dezember als im Vormonat. Die Investitionsgüter-industrie konnte in den letzten beiden Monaten 1972 zum erstenmal seit 1970 die Verbrauchsgüterbranche überflügeln: +8,6 und +7,9 gegenüber +3,8 und +2,6 Prozent jeweils im Vorjahresvergleich. Der Produktionsaufschwung ist damit noch auf keinen binnenwirtschaftlichen Effekt zurückzuführen. Im 4. Vj. konnten erst teilweise Einschränkungen der Ausbringung im Vorquartal (— 10,1 Prozent gegenüber dem 2. Vj. 1972) kompensiert werden. Den Anstoß zur Belebung gab der Außenhandel. In den nächsten Monaten wird erheblich mehr für den Export als für das Inland produziert werden, wie die Bestell-eingänge zeigen: Auslandsaufträge im Durchschnitt von Okto-ber bis Dezember + 35,8, Inlandsaufträge + 12,5 Prozent (zum Vorjahr). Gesicherte Produktionsdauer aufgrund von Auf-trägen 3,1 Monate. Von September bis November 1972 stieg der Auslands- gegenüber dem Gesamtumsatz noch schneller an als in den Sommermonaten.

1.3 Außenwirtschaft

Das heftige Aufbrechen einer sich seit langem aufstauenden Währungskrise des kapitalistischen Weltsystems (s. Sonder-INFO, Januar 1972) wurde kurzfristig auf Kosten vor allem der BRD und Japans gelöst.

Langfristig ist auf der Basis einer den großkapitalistischen Interessen verhafteten Politik ihre Bereinigung von Grund auf nicht möglich.

Die durch gezielte Manöver der US-amerikanischen Regierung verursachte Dollarflut soll die D-Mark erneut zur Aufwertung zwingen. Die Spekulation endete zwar in der ersten Etappe mit einer Dollarabwertung von ca. 10 Prozent (DM/Dollar-Kurs statt 3,20 jetzt 2,90) und einer Aufwertung der japanischen Währung; Ziel bleibt trotzdem nach wie vor eine kräftige Her-absetzung des DM-Kurses gegenüber dem Dollar.

Daß die Spekulation zunächst mit einem Milliarden-geschäft abschloß, entspricht ihrem Prinzip: nach dem Stand vom 14. 2. 1973 kassierte sie in der Zeit vom 23. Januar bis 9. Februar 1973 von der in die BRD hereingeströmten Dollarschwemme in Höhe von rund 20 Mrd. DM durch die amerikanische Ab-wertung allein 2 Mrd. Generell wird der Wertverlust des in US-Devisen bestehenden Währungsbestandes (Ende 1972 schon über 50 Mrd. bei einer Gesamtreserve von fast 75 Mrd. D-Mark) auf ca. 7 Mrd. DM veranschlagt, die vom Steuerauf-kommen getragen werden müssen.

Was den bis auf 268 Mrd. Dollar (das wären derzeit 777 Mrd. D-Mark) geschätzten, schnell mobilisierbaren Spekulations-fundus an amerikanischer Währung außerhalb den USA (Quelle: FAZ, 15. 2. 73) periodisch immer massiver in Bewe-gung bringt und teilweise in die BRD und jetzt nach Japan fließen läßt (siehe die Reihenfolge der D-Mark-Aufwertungen: 1961, 1969, 1971), ist das Mißverhältnis zwischen den Handels-bilanzen der BRD, Japans und den USA:

Saldo der Handelsbilanz in Mrd. DM

	1971	1972	i. % geg. d. Vorj.
BRD	+15,9	+20,3	+ 27,7
Japan	+13,8	+26,2	+ 97,0
USA	— 6,6	—20,8	—215,2

(Quelle: BMWF Tagesnachrichten, 7. 2. 73; Handelsblatt, 26./27./1. 73, BDI-Mitteilungen, 1/1973, S. 26; Börsen- und Wirtschaftshandbuch 1972, S. 356)

Währungen auf der Basis hoher Außenhandelsüberschüsse sind stets aufwertungsbedroht: Devisen ziehen noch mehr De-visen an. Defizite hingegen führen zu Geldabflüssen. Zusätz-lich speisen die USA den internationalen Dollarmarkt durch den finanziellen Aufwand ihrer imperialistischen Außenpolitik. Alles in allem umfaßte ihr Zahlungsbilanzdefizit 1972 rund 14 Mrd. Dollar (über 40 Mrd. DM), nachdem es 1971 22 Mrd. Dollar ausmachte.

Das Handelsbilanzdefizit der USA bei Rekordüberschüssen der BRD und Japans war für die USA der Anlaß, die Überschuß-länder zur Aufwertung zu zwingen. Der Ausgang des Mach-drucks steht noch aus. Nach den aktuellen Plänen der USA für eine Neuordnung des kapitalistischen Währungssystems soll eine automatische Anpassung der Wechselkurse an die Entwicklung der Handelsbilanz eingeführt werden, müssen die EWG und Japan den USA weitgehende Handelszugeständnisse machen, bevor die kommenden scharfen amerikanischen Ein-fuhrbeschränkungen gelockert werden.

Andererseits lassen die USA von ihrer defizitären Politik nicht ab:

der Wehretat soll im laufenden Jahr über den Stand von 1972 (152,9 Mrd. DM, Handelsblatt, 5. 2. 73) angehoben werden, ver-stärkte Direktinvestitionen amerikanischer Konzerne im Aus-land sind zu erwarten,

anlagesuchende private Dollarbesitzer werden in noch größe-rem Umfange ins internationale Wertpapiergeschäft einsteigen.

So beruhte der hohe Zufluß langfristigen Kapitals in die BRD 1972 besonders auf dem Kauf festverzinslicher Wertpapiere durch Ausländer, d. h. vorwiegend auf Dollarbasis.

Handels- und Kapitalbilanzsaldo der BRD (in Mrd. DM)

	Januar bis Dezember 1971	Januar bis Dezember 1972
Handelsbilanz	+ 15,9	+ 20,3
Kapitalbilanz (+ Kapitalimport)	+ 7,2	+ 7,4
darunter:		
Langfristiger Kapitalverkehr	+ 6,3	+ 12,5
Kurzfristiger Kapitalverkehr	+ 0,8	— 5,2

(Quelle: BMWF Tagesnachrichten, 7. 2. 73)

Zur Abwehr der Spekulation Anfang Februar 1973 setzte die Bundesregierung einen administrativen Apparat nach § 23 des Außenhandels-gesetzes ein, um den Dollarzustrom zu stop-pen:

Genehmigungspflicht für den Erwerb von Wertpapieren aller Art durch Ausländer, bei Vermögenskäufen über 500 000 DM durch Ausländer, bei Kreditaufnahme über 50 000 DM durch Ausländer oder Gebietsansässiger im Ausland. Schließlich wurde die 100prozentige zinslose Stilllegung im Ausland auf-genommener Kredite bei der Bundesbank verfügt.

Diese Maßnahmen hätten schon vor Jahren ergriffen werden müssen. Als solche schirmen sie jedoch — wie die Endphase der Spekulation bewies — den Kapital- und Geldmarkt der BRD vor dem Dollar nicht ab, da ausländische Währung wei-terhin zinslos als Depositen gehalten werden können. Vor ei-

nem solchen Verbot schreckte die Bundesregierung zurück. Schon allein hieraus ergibt sich, wie dringend die Forderung nach einer Verstaatlichung des Großbankensystems eigentlich ist.

Wenn darüber hinaus nicht zu einer demokratischen Gesamt-planung der Investitionen gefunden wird, bleibt der Außen-handel entweder Inflationsmotor erster Ordnung oder eine er-zwungene Exporteindämmung führt im Inland zu Beschäfti-gungsrisiken.

Derzeit sieht es nach der ersten Krisenalternative aus; denn die Auftragslage der Industrie (s. Kzf. 1.2) kündigt für 1973 wiederum einen Rekordüberschuß der Handelsbilanz, also Geldüberhang und Profitexplosion an.

Die seit langem bestehende internationale Währungskrise brach Anfang Februar über der BRD in Form einer Dollarflut in Höhe von 20 Mrd. DM herein. Kurzfristig wurde die Expan-sion durch eine 10prozentige Dollarabwertung gestoppt. Ge-winn der Spekulation: 2 Mrd., Abwertungsverlust der US-De-visen im Währungsbestand von über 50 Mrd. DM: 5 Mrd., so daß die Kosten für den Steuerzahler ca. 7 Mrd. DM betragen dürf-ten. Die Spekulation wurde aufgrund des Handelsbilanzüber-schusses der BRD und Japans (BRD 1973: 20,3 Mrd. DM) und des gleichzeitigen Handelsdefizits der USA (1973 20,8 Mrd.) bei einem Zahlungsbilanzdefizit von rund 14 Mrd. Dollar aus-gelöst. Ziel: Aufwertung der DM und der japanischen Währung. Die DM-Aufwertung steht noch auf der Tagesordnung, zumal 1973 wieder ein hoher Exportüberschuß der BRD anfallen dürfte.

1.4 Investitionen

Ob 1973 ein Jahr konjunktureller Expansion sein wird oder ob — ähnlich wie 1972 — die Entwicklung eher zögernd erfolgt, hängt letztlich von der privatwirtschaftlichen Investitionstätig-keit ab. Es steht bereits fest, daß ein höherer Investitions-beitrag vom Staat nicht zu erwarten ist. Die durch die bishe-rige Wirtschaftspolitik mitverantwortete Inflation erzwingt — gemessen an den wachsenden Infrastrukturücken — praktisch eine Stagnation der Realinvestitionen seitens der öffentlichen Hand.

Private und öffentliche Bruttoanlageinvestitionen

	BSP zu jeweiligen Mrd. DM	Preisen 1971	Bruttoanlageinvestitionen in Mrd. DM	% des BSP
1969	605,2	146,2	24,0	
1970	685,6	181,1	26,4	
1971	758,8	202,9	26,7	
1972	828,2	213,9	25,8	

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 1/1973, S. 19)

Was im laufenden Jahr vom privaten Unternehmenssektor zu erwarten ist, ergibt sich — als Grundtendenz — aus dem letz-ten Investitionstest des ifo-Instituts vom Oktober 1972. Generell dürfte sich danach das Niveau der nominalen Bruttoanlage-investitionen in der verarbeitenden Industrie wie folgt ver-ändern:

	In Mrd. DM 1971	1971	Wachstumsraten 1972	1973
Verarbeitende Industrie	35,7	+ 2	— 5	+ 6
davon:				
Grundstoff- und Produktionsgüter	14,3	+ 7	— 7	+ 1
Investitionsgüter	12,9	— 2	— 8	+ 9
Verbrauchsgüter	5,1	— 4	+ 3	+ 3
Nahrungs- und Genußmittel	3,4	+ 5	+ 7	+ 5
Bauhauptgewerbe	4,0	+ 16	+ 0	+ 10

(Quelle: ifo Schnelldienst, 1/2/10. 1. 73, S. 3)

Nachdem 1972 die Bruttoanlageinvestitionen nominal um ca. 5 Prozent gesunken waren, real um etwa 8 Prozent, wird 1973 eine nominale Anhebung um 6 Prozent erwartet; nach den

Schätzungen des ifo-Instituts ergäbe dies eine 3prozentige reale Ausweitung des Volumens.

Die stärksten Impulse wurden — gegen Jahresende prognosti-ziert — wieder bei der Verbrauchsgüterindustrie vermutet, gefolgt vom Investitionsgüterbereich. Ob aber die Verbrauchs-güterbranche erneut als konjunktureller Motor dienen wird, hängt 1973 allein von den Effektivlöhnen ab, da die bislang getätigten Tarifabschlüsse keine investitionsanregende zu-sätzliche Kaufkraft freisetzen werden. Die Lohndrift war indes im 3. Vj. 1972 negativ (s. Kzf. 3.1); würde dieser Trend keine eindeutige Umkehr erfahren, dann müßte sogar mit einer Dämpfung statt mit einer Zunahme der Verbrauchernachfrage mit den unvermeidlichen Auswirkungen auf die Investitions-entscheidungen gerechnet werden. Insofern müßte sich die Anlageplanung der Investitionsgüterindustrie überwiegend von der verstärkten Auslandsnachfrage (s. Kzf. 1.2) leiten lassen, in der Hoffnung, daß sie auch anhält.

Wie vorsichtig bis skeptisch die privaten Unternehmen der verarbeitenden Industrie das Wirtschaftsjahr 1973 beurteilen, geht aus den quantifizierten Planungsabsichten hervor: 39 Pro-zent der Firmen wollen nominale Erweiterungen ihrer Investi-tionen vornehmen, 32 Prozent wollen in gleicher Größenord-nung und immerhin 29 Prozent weniger als 1972 investieren.

Bezeichnend ist ferner die sich gegenüber 1971 und 1972 ver-stärkende Neigung, Rationalisierungs- statt Erweiterungs-investitionen vorzunehmen, was im Grunde genommen keiner Boomstimmung entspricht, sondern unter Umständen einen Arbeitskräfteabbau einschließen könnte, zumindest auf keine Neueinstellung schließen läßt.

Zielsetzung der Investitionstätigkeit

Als Hauptziel nannten Prozent der Unternehmen:

	Kapazitätserweiterung 1972		Rationalisierung 1972	
Verarbeitende Industrie	40	31	43	48
davon:				
Grundstoff- und Produktionsgüter	43	28	42	53
Investitionsgüter	40	32	42	46
Verbrauchsgüter	35	29	46	48
Nahrungs- und Genußmittel	28	36	48	40

(Quelle: ifo Schnelldienst, 1/2/10. 1. 73, S. 6)

Für 1973 wurde eine 3prozentige Investitionsausweitung in der verarbeitenden Industrie prognostiziert. Die Investitionsgüter-branche wurde mit einem Nominalwachstum von + 9 Prozent, die der Verbrauchsgüter mit + 3 Prozent veranschlagt. Ob jedoch nicht ein Rückgang im letzteren Bereich einsetzen wird, hängt von der Entwicklung der Effektivlöhne (positive Lohn-drift) ab. Der Schwerpunkt der Zielsetzung in der Investitions-planung liegt auf Rationalisierung (48 Prozent der Firmen) statt Erweiterung (31 Prozent). 1972 sank der Investitionsanteil am BSP auf 25,8 gegenüber 26,7 Prozent 1971.

1.5 Beschäftigung

Im Vorjahresvergleich ermäßigte sich die Januararbeitslosigkeit zwar um 20 000 (— 5,3 Prozent), stieg allerdings gegenüber Dezember 1972 um 77 000 (+ 27,7 Prozent) an, was einer Erhö-hung der Arbeitslosenquote von 1,3 auf 1,6 Prozent entspricht.

Arbeitslose und offene Stellen (in 1000)

	Arbeitslose (I)		Offene Stellen (II)		Differenz (II—I)	
	1971/72	1972/73	1971/72	1972/73	1971/72	1972/73
November	208	236	493	512	285	276
Dezember	270	279	438	478	168	199
Januar	376	356	461	522	85	166

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 1/1973, S. 6; Handelsblatt, 8. 2. 73)

Sowohl im Vorjahrs- als auch im Vormonatvergleich erhöhte sich im Januar die Zahl der offenen Stellen um 61 000 (+ 13,3 Prozent) bzw. 44 000 (+ 9,2 Prozent).

Ein Ausbeutungsfaktum besonderer Art besteht in der Zunahme ausländischer Arbeitskräfte. Ende September 1972 wurden rund 2,4 Mio. (+ 15 Prozent gegenüber September 1971) gezählt, darunter rund 690 000 Frauen.

Die ausländischen Arbeitskräfte insgesamt konzentrieren sich im wesentlichen auf NRW (ca. 663 000, + 5,6 Prozent im Vorjahresvergleich), Baden-Württemberg (ca. 576 000, + 4,3 Prozent), Bayern (ca. 383 000, + 6,4 Prozent) und Hessen (ca. 277 000, + 4,1 Prozent). (Angaben nach Arbeits- und sozialstatistischen Mitteilungen, 12/1972, S. 373 ff.)

Bei der Diskussion um die gesellschaftliche Stellung der ausländischen Arbeitskräfte in der BRD sind zunehmend integrationsfeindliche Argumente zu vernehmen, obwohl vom Bundesarbeitsministerium und den Gewerkschaften der Integrationskurs verfochten wird.

Gegen eine Integration werden konjunkturelle, also reine Aufwand-Ertrags-Überlegungen ins Spiel gebracht: Ausländer stellen eine mobile Reserve dar, die je nach Wirtschaftslage herangezogen oder abgeschoben werden können. In der Aufwärtsphase bilden sie aufgrund ihrer Ausbildungsstruktur einen „lohnstabilisierenden Einfluß“, da sie meist in die untersten Einkommensgruppen eingestuft werden. Der nichtintegrierte ausländische Arbeiter verursacht relativ geringe Kosten von 30 000 DM, der integrierte durch Inanspruchnahme der Infrastruktur 150 000 bis 200 000 DM. (Angaben nach Handelsblatt, 23.1.73)

Die Industriebeschäftigung insgesamt hatte bis November 1972 einen abnehmenden Trend (– 1,8 Prozent im Vergleich zum November 1971) bei überproportionalem Rückgang der Arbeiter (– 3,2 Prozent). Es machte sich demnach der sinkende Beitrag des warenproduzierenden Gewerbes zum BIP bemerkbar.

Industriebeschäftigung*

	Industriebeschäftigung insg. in Mio. Abnahme geg. d. Vorj. i. %	darunter Arbeiter in Mio. Abnahme geg. Vorj. i. %
1971	8,5	1,2
1971, November	8,5	2,3
1972, September	8,4	2,3
Oktober	8,4	1,8
November	8,4	1,8

(Quelle: INFO 4/1972, S. 5; Wirtschaft u. Statistik 2/1972, S. 74; 1/1973, S. 15*)
*) ohne Bauland, Elektrizitäts-, Gas-, Wasserwerke; Betriebe mit 10 u. m. Beschäftigten

In regionaler Hinsicht ist die Industriebeschäftigung an der Ruhr besonderem Druck infolge der ausstrahlenden Dauerkrise des Bergbaus ausgesetzt. 740 000 Arbeitsplätze sind strukturell gefährdet, wie eine Untersuchung des Rhein-Westf. Instituts f. Wirtschaftsforschung ergab. Der Grund liegt in der absinkenden Wirtschaftskraft des Ruhrgebiets. Das BIP je Kopf der Bevölkerung liegt dort derzeit schon unter dem Bundesdurchschnitt, nachdem es Mitte der fünfziger Jahre noch um 24 und 1961 um 7 Prozent darüber lag. (Angaben nach Handelsblatt, 18.1.73)

Während sich die Industriebeschäftigung konjunkturbedingt verringerte, konnte das Handwerk eine seit 1967 stetige Aufwärtsbewegung der Beschäftigtenzahlen verzeichnen:

– 1967	3,7 Mio.
– 1968	3,8 Mio.
– 1972, 3. Vj.	4,0 Mio. (Wirtschaft u. Statistik, 12/1972, S. 719*)

Mit 356 000 Arbeitslosen (– 5,3 im Vorjahres-, + 27,6 Prozent im Vormonatsvergleich) stieg die Arbeitslosenquote im Januar 1973 auf 1,6 Prozent. Zunahme der Zahl der offenen Stellen auf 522 000 um + 13,3 Prozent gegenüber Januar 1972, um + 9,2 Prozent gegenüber Dezember 1972. Beschäftigte ausländische Arbeitskräfte in der BRD 2,4 Mio. im September 1972 (+ 15 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat), darunter 690 000 Frauen. Rückgang der Industriebeschäftigung November 1972 / November 1971 um – 1,8 Prozent, Arbeiter – 3,2 Prozent. Im Strukturkrisengebiet an der Ruhr sind immer noch ca. 740 000 Arbeitsplätze gefährdet. Das Handwerk konstatiert eine seit 1967 anhaltende Zunahme der Beschäftigtenzahlen:

1967: 3,7 Mio., 1972, 3. Vj., 4,0 Mio. (+ 81 Prozent gegenüber 1967).

1.6 Umsatz je Beschäftigtem

Die Diskrepanz zwischen Beschäftigten- und Umsatzentwicklung hielt im 1. Hj. 1972 an, so daß der Umsatz je Beschäftigtem um + 9,4 Prozent gegenüber dem 1. Hj. 1971 gesteigert werden konnte. Der Umsatz nahm zwar um + 5,0 Prozent zu, aber im Vergleich zum 1. Hj. 1971 (+ 8,6 Prozent zum 1. Hj. 1970) mit einer verminderten Zuwachsrate.

Beschäftigte und Umsatz in der Industrie (Monatsdurchschnitt)

	Beschäftigte in Mio.	Umsatz in Mrd. DM	Umsatz je Beschäftigtem in 1000 DM
1971, 1. Hj.	8,6	45,7	5,3
1972, 1. Hj.	8,3	48,0	5,8
		Verändg. geg. d. Vorj. i. %	
1971, 1. Hj.	+ 1,2	+ 8,6	+ 8,2
1972, 1. Hj.	– 3,5	+ 5,0	+ 9,4

(Quelle: INFO 4/1972, S. 5)

Von September bis November 1972 ergaben sich folgende Werte, wobei der Pro-Kopf- den Gesamtumsatz weiterhin überflügelt hat:

	Umsatz je Beschäftigtem in 1000 DM	Verändg. geg. d. Vorj. i. %	Umsatz je Beschäftigtem in 1000 DM	Umsatz je Beschäftigtem in 1000 DM
September	6,2	– 2,5	+ 2,3	+ 5,1
Oktober	6,6	– 2,1	+ 9,8	+ 11,9
November	6,5	– 1,7	+ 10,0	+ 12,1

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 1/1973, S. 15; BMWF Monatsberichte 12/72, II, III b; INFO 1/1973, S. 6)

2 Unternehmergewinne

2.1 Bruttogewinne

Die statistisch ausgewiesenen Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen deuten lediglich einen Trend an, der nichts über die wirkliche Höhe der Profite aussagt.

Die Bruttoeinkünfte dieser Sparte der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung stiegen im 1. Hj. 1972 um + 7 Prozent.

Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

	In Mrd. DM	Zunahme geg. d. Vorj. i. %
1970, 1. Hj.	82,2	9,4
2. Hj.	93,9	9,8
1971, 1. Hj.	85,3	3,8
2. Hj.	97,2	3,6
1972, 1. Hj.	91,3	7,0

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 9/1972, S. 487)

Die Manipulation der Unternehmergewinne zu Veröffentlichungszwecken ermöglicht das Steuerrecht, wonach Profite auf Aufwand- und Kostenkonten umgebucht werden dürfen, wie z. B. die überhöhten Abschreibungen nicht Kosten, sondern effektive Erträge sind.

2.2 Nettogewinne

Auch im 1. Hj. 1972 stiegen die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen stärker an als die Bruttowerte, nämlich um 9,6 Prozent im Vorjahresvergleich.

Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

	In Mrd. DM	Zunahme geg. d. Vorj. i. %
1970, 1. Hj.	65,5	13,3
2. Hj.	75,6	13,4
1971, 1. Hj.	67,2	2,7
2. Hj.	78,2	3,4
1972, 1. Hj.	73,7	9,6

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 9/1972, S. 487)

Neben den steuerrechtlichen Möglichkeiten zur Verringerung der auszuweisenden Profitsumme war es den Unternehmen erlaubt, die als Konjunkturzuschlag gezahlten Beträge mit der bestehenden Steuerschuld aufzurechnen, was neben der Erzielung eines Inflationsgewinns ein zinsloses Staatsdarlehen von 1,5 Mrd. DM bedeutete. Um diese Summe sind die Eigenmittel der Unternehmen (74 Mrd. DM = + 11 Prozent gegenüber dem 1. Hj. 1971) zusätzlich aufgestockt worden. Die Selbstfinanzierungsquote (Eigenmittel in Prozent der Bruttoinvestitionen) stieg von 71,2 Prozent (1. Hj. 1971) auf 77,7 Prozent (1. Hj. 1972) an. (Monatsberichte d. Dt. Bundesbank, 10/1972, S. 38)

3 Lage der Arbeiterklasse

3.1 Bruttolöhne und -gehälter

Streiks wie die Arbeitsniederlegung von 20 000 Arbeitern in den Hüttenwerken der Dortmunder Hoesch-AG vom 8. bis 10. Februar 1973 zielen in einem als Marktwirtschaft deklarierten System auf die nachträgliche Korrektur lediglich politisch begründbarer Tarifvereinbarungen ab.

Der am 1. Januar 1973 in Kraft getretene Abschluß der IG Metall über 8,5prozentige Tariflohn- und Gehaltssteigerungen sowie der OTV über 6 Prozent plus einem Sockelbetrag von DM 40,— sind in erster Linie Resultate politischer Taktik, sie entsprechen nicht den wirtschaftlichen Erfordernissen der Arbeiter und Angestellten.

Dies geht schon aus der globalen Bruttolohn- und Gehaltsentwicklung im Jahre 1972 hervor: trotz des vehementen Preisanstiegs des privaten Verbrauchs, im besonderen aller Güter und Dienstleistungen des lebensnotwendigen Bedarfs von teilweise überproportionalem Ausmaß (s. Kzf. 3.4) und trotz verbesserter Ertragslage der Unternehmen sank die Zuwachsrate der Abhängigeneinkommen von + 13,3 (1971) auf + 9,4 Prozent (1972), die monatliche Lohn- und Gehaltssumme je durchschnittlich Beschäftigtem von + 11,9 auf + 9,1 Prozent ab.

Bruttoeinkommen aus abhängiger Arbeit

	In Mrd. DM	Zunahme geg. d. Vorj. i. %
1970	353,2	17,7
1971	399,5	13,1
1972	437,8	9,4

(Quelle: INFO 1/72, S. 7; Stat. Wochendienst des Stat. Bundesamts, 3/1973)

Bruttolohn- und -gehaltssumme (monatlich) je durchschnittlich Beschäftigtem

	monatlich in Mrd. DM	Zunahme geg. d. Vorj. i. %
1970	1138	14,7
1971	1273	11,9
1972	1389	9,1

(Quelle: Stat. Wochendienst, 3/1973)

Weiterhin hätten IG Metall und OTV die im 3. Vj. 1972 abermals einsetzende negative Lohndrift (Spanne zwischen Tarif- und Effektivverdiensten) als Anzeichen der sich rapide verschlechternden Realeinkommenslage der Arbeiterklasse in der BRD (s. Kzf. 3.5) in ihre lohnpolitische Strategie einbeziehen

müssen. Denn: 6- oder 8,5prozentige Tariflohn- und -gehaltssteigerungen laufen allein schon infolge der konfiskatorischen Steuern und Abgaben auf einen effektiven Lohnstopp hinaus, was letztlich einen negativen Realzuwachs ergibt.

	Tarifverdienste auf Monatsbasis Verändg. gegenüber d. Vorj. i. Prozent	Effektivverdienste je Beschäftigtem Monatsbasis Verändg. gegenüber d. Vorj. i. Prozent	Lohndrift auf Monatsbasis Verändg. gegenüber d. Vorj. i. Prozent
1971, 1. Vj.	+ 14,8	+ 14,5	– 0,3
2. Vj.	+ 14,9	+ 12,0	– 2,9
3. Vj.	+ 14,5	+ 11,6	– 2,9
4. Vj.	+ 9,3	+ 9,9	+ 0,6
1972, 1. Vj.	+ 9,2	+ 9,7	– 0,5
2. Vj.	+ 9,0	+ 9,4	+ 0,4
3. Vj.	+ 8,5	+ 8,4	– 0,1

(Quelle: Monatsberichte d. Dt. Bundesbank, 1/1973, S. 69*)

Im laufenden Jahr wird es – nicht zuletzt aufgrund des sich ankündigenden Exportbooms – zu einer noch größeren Spanne zwischen Profitsteigerungen sowie der Lohn- und Gehaltsentwicklung kommen. Die weiter im Steigen begriffene Teuerungswelle verschärft die Verteilungsschiefe zwischen Arbeit und Kapital noch mehr. Die große Masse der Arbeiter und Angestellten dürfte dann gezwungen sein, ihre für Notfälle gebildeten Rücklagen anzugreifen, will sie nicht eine spürbare Einschränkung des erarbeiteten Lebensstandards in Kauf nehmen. Unter diesen Voraussetzungen hätte selbst die ursprünglich innerhalb der IG Metall diskutierte 12prozentige Tarifforderung, wäre sie erkämpft worden, allenfalls den Status quo, d. h. nicht einmal einen Reallohnzuwachs wie 1971 gesichert.

Das Signal aus den Hoesch-Werken scheint für das laufende Jahr lohnpolitische Akzente zu setzen. Wie im Herbst 1969 dürfte der Anstoß wieder aus den Betrieben kommen, um den Forderungen der Arbeiterschaft auf einen größeren Anteil am volkswirtschaftlichen Wertzuwachs Nachdruck zu geben.

3.2 Steuern und Abgaben

Bund und Länder nahmen im Rechnungsjahr 1972 rund 180,4 Mrd. DM an Steuern ein, womit das Vorjahresergebnis um 22,2 Mrd. DM = + 14 Prozent übertroffen wurde.

Fast die Hälfte des Gesamtaufkommens, nämlich 85 Mrd. DM, entfiel auf Lohn- und Umsatzsteuer. 1973 dürfte die 50-Prozent-Grenze überschritten werden.

Werden die Einnahmen auf die wichtigsten Massen- sowie Gewinn- und Vermögenssteuern aufgeteilt, dann ergibt sich: – 108,9 Mrd. DM = 60,3 Prozent erbrachten Lohnsteuer und die aufkommenstärksten indirekten Steuern (Umsatz-, Mineralöl-, Tabaksteuer, Brantweinmonopol), aber nur – 34,6 Mrd. DM = 19,2 Prozent resultierten aus veranlagter Einkommensteuer, Körperschaft- und Vermögenssteuer.

Zur veranlagten Einkommensteuer muß überdies bemerkt werden, daß sie in zunehmendem Maße aus der Besteuerung gestiegener Abhängigeneinkommen gespeist wird, die von den gleitenden Lohnsteuertarifen nicht mehr erfaßt werden. Dieser Anteil stellt also keinen Abzug von Unternehmergewinnen mehr dar.

Schließlich ist den Steuereinnahmen des Vorjahres folgende Diskrepanz zu entnehmen: zwischen Lohn- und Umsatzsteuer einerseits, den Gewinn- und Vermögenssteuern andererseits besteht eine Differenz von rd. 50 Mrd. DM; denn allein die Umsatzsteuer erreichte inzwischen das Aufkommen aus den wichtigsten Gewinn- und Vermögenssteuern!

Einnahmen 1972 auf Massensteuern

	In Mrd. DM	Zunahme geg. d. Vorj. i. %
Lohnsteuer	49,8	16,3
Steuern vom Umsatz	34,2	10,6
Mineralölsteuer	14,2	14,6
Tabaksteuer	7,8	14,0
Brantweinmonopol	2,9	19,4

Einnahmen 1972 aus Gewinn- und Vermögenssteuern

	In Mrd. DM	Verändg. geg. d. Vorj. I. %
Veranlagte Einkommensteuer	23,1	+ 26,2
Körperschaftsteuer	8,5	+ 18,5
Vermögenssteuer	3,0	— 4,1

(Quelle: BMF-Dokumentation, 9. 2. 73)

Was sich schon 1970/71 andeutete, ist ein Jahr später klare Tatsache geworden: das Steuersystem der BRD ist ein offener Widerspruch zum verfassungsmäßig verankerten Grundsatz der Steuergerechtigkeit. Die Steuerpolitik 1973/74 unterstreicht dessen verfassungswidrigen Charakter, da — nichts unternommen wird, die konfiskatorische Progressionswirkung der Lohnsteuer aufzuheben, — durch die ab Juli 1973 um 0,5 Pfennig je Liter höhere Mineralölsteuer werden Löhne und Gehälter indirekt mit mindestens 2,4 Mrd. DM belastet.

Der vorgesehene 10prozentige Zuschlag auf Spitzen- und Gewinneinkommen hat mit Steuergerechtigkeit nichts zu tun: Konzerne und Monopole werden ihn auf die Preise überwälzen.

Eine Profitbesteuerung ohne Zugriff auf die unverteilter Gewinne und ohne wirksame Preiskontrolle spiegelt nur zum Schein soziale Symmetrie in bezug auf die steuerlichen Belastungen vor.

3.3 Nettolöhne und -gehälter

Die Nettolohn- und -gehaltssumme ist seit dem 2. Hj. 1970 rückläufig. Die leichte Steigerung um + 0,5 Prozent im 1. Hj. 1972 zum Vorjahreszeitraum bewirkte die Rückzahlung des Konjunkturzuschlags.

Nettolohn- und -gehaltssumme

	In Mrd. DM	Zunahme geg. d. Vorj. I. %
1970, 1. Hj.	114,0	15,3
2. Hj.	123,2	14,3
1971, 1. Hj.	126,6	11,1
2. Hj.	135,4	9,9
1972, 1. Hj.	140,0	10,6

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 9/1972, S. 485)

Die monatlichen Nettolöhne und -gehälter je durchschnittlich Beschäftigtem folgten dem gleichen Trend unter Beachtung des rückerstatteten Konjunkturzuschlags.

Nettolohn- und -gehaltssumme je durchschnittlich beschäftigtem Arbeiter, Angestellten und Beamten

	monatlich in DM	Zunahme geg. d. Vorj. I. %
1970, 1. Hj.	854	12,4
2. Hj.	907	11,9
1971, 1. Hj.	938	9,8
2. Hj.	995	9,6
1972, 1. Hj.	1042	11,1

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 9/1972, S. 486)

So wie die Bruttoeinkommen der abhängig Beschäftigten sind auch die Nettolöhne und -gehälter kein Gradmesser mehr für Kaufkraft und Lebensstandard der Arbeiterklasse. Dies erhält die inflatorische Preisbewegung: die der Realeinkommen machen nunmehr einen Bruchteil der Nettozuwachsrate aus. (s. Kzf. 3.5)

3.4 Preise

Wie untläßig die Wirtschaftspolitik angesichts der immer höher schlagenden Preiswelle auch in diesem Jahre bleiben wird, zeigen nicht nur die Steigerungsraten im Januar, sondern auf der Produktions- und Handelsstufe bewegen sich die Preise weiterhin ungehemmt nach oben; die Steigerung der Lebenshaltungskosten ist demnach für die nächsten Monate vorprogrammiert.

Mit einem abermaligen Auftrieb von + 6,5 Prozent im Januar 1973 im Vergleich zum Vorjahresmonat blieb der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte nach wie vor auf Höchstkurs.

Preisentwicklung bis Januar 1973

	Lebenshaltungskosten Index	Wohnungs- miete	Elektrizität, Gas, Brennst.	Kraftfahrz., Fähr.	Fremde- leistung.
1971	130,4	173,1	135,5	113,6	133,8
1972	137,9	183,1	143,7	119,0	142,2
1971, Oktober	132,0	176,5	137,3	114,8	137,2
November	132,6	176,9	138,3	114,8	137,2
Dezember	133,1	177,4	139,3	114,8	137,5
1972, Januar	134,5	178,6	141,6	115,3	141,3
Oktober	140,4	186,2	147,0	119,8	142,8
November	141,1	186,8	148,2	119,8	142,9
Dezember	141,7	187,2	149,5	119,8	142,9
1973, Januar	143,3				

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 1/1973, S. 49*, 51*; Handelsblatt, 12. 2. 73)

Im einzelnen stieg der Preisindex
(Januar 1973/Januar 1972)

— der Lebenshaltung insgesamt	um + 8,8 Punkte
von Dezember 1971 bis Dezember 1972	
— der Wohnungsmieten	um + 9,8 Punkte
— von Elektrizität, Gas, Brennstoffen	um + 10,2 Punkte
— von Kraftfahrzeugen, Fahrrädern	um + 5,0 Punkte
— für fremde Verkehrsleistungen	um + 5,4 Punkte

Überproportionale Verteuerungen erfuhren im Januar 1973 gegenüber Januar 1972

— Kartoffeln	mit + 45 Prozent
— Frischobst	mit + 36 Prozent
— Frischfleisch	mit + 16 Prozent
— Nahrungsmittel insgesamt	mit + 8,2 Prozent

(Quelle: FAZ, 10. 2. 73)

Die unterschiedlichen Teuerungsraten in bezug auf die Lebenshaltung der verschiedenen Haushaltstypen im Januar 1973:

— Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen	+ 6,7 Prozent
— Zwei-Personen-Haushalt von Renten- und Sozialhilfeempfängern	+ 7,2 Prozent
— Vier-Personen-Haushalt von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen	+ 6,1 Prozent

(Quelle: Handelsblatt, 12. 2. 73)

Für ein steigendes Preisniveau in den kommenden Wochen werden besonders die Anhebung der Bundesbahntarife im Personenverkehr um 10 Prozent Ende Januar sowie die generelle Heraufsetzung der Automobilpreise zwischen 5 und 6 Prozent ins Gewicht fallen.

Der Ifo-Konjunkturtest vom Dezember v. J. signalisierte überdies für die nächsten Monate einen noch stärkeren Preisauftrieb als bisher auf allen Ebenen der Produktion und des Handels. (Ifo Schnelldienst, 24. 1. 73)

3.5 Realeinkommensentwicklung

Nichts veranschaulicht klarer den manipulierenden Charakter der Einkommensprognosen des regierungsamtlichen Jahreswirtschaftsberichts als die Diskrepanz zwischen dem dort für 1972 angegebenen Eckwert von 3,7 Prozent Realeinkommensplus von Löhnen und Gehältern und deren wirklicher Kaufkraft.

Wird einmal das statistisch ausgewiesene Bruttoeinkommen je abhängig Beschäftigtem zum Maßstab genommen, davon die entsprechenden Steuern und Sozialversicherungsabgaben abgezogen und von dem so ermittelten Zuwachs des Nettoeinkommens wiederum die durchschnittliche Preissteigerung

für die Lebenshaltung (alle privaten Haushalte) abgesetzt, dann stieg 1972 bei Ledigen das Realeinkommen um höchstens + 1,7 Prozent, bei Verheirateten mit einem Kind um + 1,8 Prozent.

Bei einem 1972 realen BIP-Zuwachs von + 2,9 Prozent bedeuteten 1,7 bzw. 1,8 Prozent reale Kaufkraftzunahme des Durchschnittseinkommens eine soziale Degradierung der großen Bevölkerungsmehrheit; denn 62,3 Prozent der Haushalte verfügen ohnehin höchstens über DM 1584 brutto pro Monat. (s. Kzf. 4.1)

Realeinkommen eines Ledigen bei einem durchschnittlichen Bruttoeinkommen pro Monat von DM

	1968	1969	1970	1971	1972	%-Anst. 68/72
Monatseink., brutto	909	993	1138	1273	1389	52,8
— Lohnsteuer*	119	137	171	206	238	100,0
— Kirchensteuer*	12	14	17	21	24	100,0
— Sozialversicherg.*	122	133	152	171	186	52,4
Monatseink., netto	656	709	798	875	941	43,4

In Punkten	1968	1969	1970	1971	1972	%-Anst. 68/72
Lebenshaltungskost. (1962 = 100)	116,4	119,5	124,0	130,4	137,9	18,5
Kaufkraft des Nettoeink. (1968 = 100)	656	691	772	805	819	24,8

In Prozent	1968	1969	1970	1971	1972	%-Anst. 68/72
Bruttoeink.-Zuwachs Nominal-	9,2	14,7	11,9	9,1		
Nettoeink.-Zuwachs	8,1	12,6	9,6	7,5		
Realeink.-Zuwachs	5,4	8,8	4,4	1,7		

Realeinkommen eines Verheirateten mit 1 Kind

Monatseink., brutto	909	993	1138	1273	1389	52,8
— Lohnsteuer*	80	96	125	156	184	130,0
— Kirchensteuer*	9	10	13	16	18	100,0
— Sozialversicherg.*	122	133	152	171	186	52,4
Monatseink., netto	698	754	848	930	1001	43,4

In Punkten	1968	1969	1970	1971	1972	%-Anst. 68/72
Lebenshaltungsk. Kaufkraft des Nettoeink.	116,4	119,5	124,0	130,4	137,9	18,5
	698	735	799	833	848	21,5

In Prozent	1968	1969	1970	1971	1972	%-Anst. 68/72
Bruttoeink.-Zuwachs Nominal-	9,2	14,7	11,9	9,1		
Nettoeink.-Zuwachs	8,0	12,5	9,7	7,6		
Realeink.-Zuwachs	5,3	8,7	4,5	1,8		

* Lohnsteuer nach den geltenden Sätzen, davon 10 Prozent Kirchensteuer; Sozialversicherungsbeiträge im Durchschnitt 13,4 Prozent ohne Berücksichtigung der Anhebung des Krankenkassenbeitrags um 0,5 Prozent vom Juli 1972; alle Abzüge aufgerundet.

Festzuhalten ist: Bruttoeinkommen und -gehälter sind kein Kriterium mehr für die Entwicklung des materiellen Lebensstandards der Arbeiterklasse. Das amtliche Zahlenmaterial ist hier unzuverlässig.

1. Den seit 1968, dem Beginn des letzten Konjunkturzyklus, gestiegenen Bruttoeinkommen von + 52,8 Prozent stand ein um fast 10 Prozent niedrigeres nominales Nettoeinkommen — + 43,4 Prozent — und ein bei Verheirateten mit 1 Kind um über 30 Prozent, bei Ledigen fast 30 Prozent geringeres Wachstum des Nettoeinkommens — + 21,5 bzw. + 24,8 Prozent — gegenüber.

2. Steuern, Sozialabgaben und Preisinflation gerade der lebensnotwendigen Güter reduzierten damit in einer regelrechten Zangenbewegung den effektiven Arbeitsertrag um bald ein Drittel.

3. Von 1968 bis 1972 ergab sich bei Ledigen eine progressiv wirkende steuerliche Belastung von + 100 Prozent, bei Verheirateten mit 1 Kind sogar von + 130 Prozent; die Sozialversicherungsbeiträge durchliefen eine Steigerung von + 52,4 Prozent, die Preise für die Lebenshaltung eine von + 18,4 Prozent.

Vor diesem Hintergrund dürfte die Prognose nicht falsch sein, daß 1973 eine Realeinkommensminderung bis in den negativen Bereich unausweichlich ist, wenn die Entwicklung von Löhnen und Gehältern an den zu Jahresbeginn abgeschlossenen Tarifverträgen mit einer durchschnittlichen Steigerungsrate von höchstens + 8,5 Prozent ausgerichtet wird.

Schon im Hinblick auf den verschärften konfiskatorischen Charakter von Steuern und Abgaben (s. Kzf. 3.2) waren die Kompromisse im Metalbereich und im öffentlichen Dienst fragwürdig. Dies um so mehr, als die DGB-Zielprojektion für 1973 eine Reallohnsteigerung von + 4,5 bis + 5,0 Prozent anvisierte. Noch in der Zielprojektion 1971–1973 wurde für das laufende Jahr bei den Beschäftigten die Hoffnung auf eine über 12prozentige Erhöhung ihrer Nettoeinkommen geweckt.

3.6 Arbeitszeit

Bezahlte Wochenarbeitszeiten (bezahlte Wochenstunden) der Industriebeschäftigten

	männlich	weiblich	insg.
1970	44,8	40,7	44,0
1971	43,9	40,5	43,2
1971, Juli	44,2	40,4	43,4
Oktober	44,2	40,6	43,5
1972, April	43,8	40,4	43,1
Juli	—	—	43,0

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 8/1972, S. 491*; 10/1972, S. 552)

Nachdem sich von Juli bis Oktober 1971 die durchschnittliche Arbeitszeit der Industriebeschäftigten insgesamt um 0,1 Stunden von 43,4 auf 43,5 bezahlte Wochenstunden erhöhte, ging sie bis April 1972 erheblich zurück: um — 0,4 auf 43,1; Arbeiter — 0,4, Arbeiterinnen — 0,2 Stunden.

Daß sie im Juli d. J. noch immer auf diesem Stand verharrte, war Niederschlag der wirtschaftlichen Stockung. Mit der Einschränkung der effektiven Arbeitszeit verband sich unmittelbar eine Einkommensverminderung, was die Reallohn im 1. Hj. 1972 negativ beeinflußt haben dürfte.

3.7 Frauenlöhne und -gehälter

Im Anschluß an die globale Darstellung der beruflichen Situation sowie Einkommenslage der Frauen in der BRD in INFO 1/72 sollen nachstehend die Lohn- und Gehaltsstruktur der weiblichen Arbeitskräfte in Industrie und Handel untersucht werden.

In diesen Bereichen waren 1970 fast 5 Mio. Frauen beschäftigt; Arbeiterinnen wurden ca. 3,5 Mio. gezählt. (Ergebnis des Mikrozensus; Bericht der Bundesregierung über die Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Frau, Deutscher Bundestag, Drucksache VI/3689, Tabellenanhang, S. 66)

Was die Entlohnung der weiblichen Arbeitskräfte in der Industrie anbelangt, war von 1966 bis 1971 folgendes Verhältnis zu konstatieren:

- 1966 betrug ihr durchschnittlicher Brutostundenverdienst in der Industrie insgesamt (alle Leistungsgruppen) 68,8 Prozent ihrer männlichen Kollegen,
- 1970 64,6 Prozent,
- 1971 69,7 Prozent.

Durchschnittliche Bruttostundenverdienste der Industriearbeiter (alle Leistungsgruppen)

	Männer in DM	Frauen in DM	I. % d. Männerlöhne
1966	4,84	3,33	68,8
1970	6,49	4,49	69,2
1971	7,25	5,05	69,7

(Quelle: Stat. Bundesamt, Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen, Fachserie M, Reihe 15/I, laufend)

Differenziert nach Leistungsgruppen war das Verhältnis der Männer- zu den Frauenlöhnen insofern recht unterschiedlich, als sich der Abstand mit abnehmender Qualifikation verringerte.

Frauen- in Prozent der Männerlöhne nach Leistungsgruppen

	LG I in DM	LG II in DM	LG III in DM	Frauen in DM	I. % d. Männerlöhne	II	III
1966	5,14	4,64	4,13	3,69	3,42	3,21	71,8 73,7 77,7
1970	6,90	6,23	5,59	4,90	4,56	4,37	71,0 73,2 78,2
1971	7,74	6,92	6,20	5,48	5,12	4,92	70,8 74,0 79,4

(Quelle: Stat. Bundesamt, Fachserie M, Reihe 15/I, laufend)

Als Erklärung für die Differenz von Frauen- und Männerlöhnen innerhalb der Leistungsgruppen wird vom Stat. Bundesamt angegeben, daß zum einen bei den männlichen Arbeitern eine höhere Zahl von geleisteten Nacht-, Sonntags- und Überstunden anfällt, zum anderen wird jedoch auf das unterschiedliche Qualifikationsgefüge bei Männern und Frauen verwiesen.

Das besagt indes eine stark voneinander abweichende Bewertung der formal gleich bestimmten Qualifikation für die Einstufung in die verschiedenen Leistungsgruppen.

So notwendig es ist, die diskriminierende Einstufung eines Großteils der Arbeiterinnen in sog. Leichtlohngruppen abzuschaffen, so notwendig wäre es darüber hinaus, das Bewertungssystem im Hinblick auf die Entlohnung der Frauen überhaupt grundlegend zu ändern.

Beispielsweise ist die Ausbildungsqualifikation für die Leistungsgruppe 1 bei Frauen und Männern gleich hoch. Das zum Zuge kommende Bewertungsverfahren unterbewertet aber die der Frauen. Ihre Arbeitskraft spart damit dem Unternehmen einen beachtlichen Aufwand. Indem so der Grundsatz „gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ unterlaufen wird, verbessert sich automatisch die Profitlage der Industrie.

Prinzipiell verhält es sich ebenso bei den weiblichen Angestellten in Industrie und Handel.

Das Verhältnis von Frauengehältern zu denen der männlichen Angestellten belief sich

- 1966 auf 60,9 Prozent,
- 1970 auf 61,2 Prozent,
- 1971 auf 61,8 Prozent.

Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Industrie und Handel

	Männer in DM	Frauen in DM	I. % d. Gehälter männlicher Angestellter
1966	1134	690	60,9
1970	1519	930	61,2
1971	1690	1044	61,8

(Stat. Bundesamt, Fachserie M, Reihe 15/II, laufend)

Wie bei den Arbeiterinnen, so zeigt sich auch bei den weiblichen Angestellten ein erhebliches Abweichen ihrer Arbeitsentgelte von denen der Männer in den einzelnen Leistungsgruppen, wenngleich in dieser Berufssparte der Abstand nicht ganz so kraß ist.

Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste in Industrie und Handel nach Leistungsgruppen in DM

	II	Männer III	IV	V
1966	1 483	1 118	821	701
1970	1 946	1 474	1 093	948
1971	2 148	1 629	1 220	1 046

Frauen

1966	1 163	857	623	532
1970	1 523	1 144	824	710
1971	1 682	1 275	925	793

Frauen- in Prozent der Gehälter männlicher Angestellter

1966	78,4	76,7	75,9	75,9
1970	78,3	77,6	75,4	74,9
1971	78,3	78,3	75,8	75,8

(Quelle: Stat. Bundesamt, Fachserie M, Reihe 15/II, laufend)

Es läßt sich zusammenfassend feststellen, daß die Frauenarbeit in Industrie und Handel für die Unternehmen im Durchschnitt 25 Prozent „billiger“ ist als die der Männer. Bei einer Brutto-lohn- und -gehaltssumme in der Industrie von rund 15 Mrd. DM im November 1972 (Wirtschaft u. Statistik, 1/1973, S. 15*) hat demnach die Unterbewertung der Frauenqualifikation und -arbeit im Maximalfalle ca. 4 Mrd. DM Aufwand „gespart“.

Der einzige Bereich, in dem Löhne und Gehälter bei Frauen und Männern absolut gleichgestellt sind, ist der öffentliche Dienst.

Hier wurden bei der Personalstrukturhebung im Jahre 1968 rund 1 Mio. weibliche Beschäftigte (Angestellte, Arbeiter, Beamte) gezählt, darunter etwa 191 000 Teilzeitbeschäftigte. (Bundestagsdrucksache VI/3689, S. 77)

1970 waren in Industrie und Handel ca. 5 Mio. Frauen beschäftigt, darunter 3,5 Mio. Arbeiterinnen. Weibliche Arbeitskräfte in der Industrie erhielten 1966 68,8 Prozent des durchschnittlichen Bruttostundenverdienstes der Männer (alle Leistungsgruppen), 1970 64,6, 1971 69,7 Prozent. Differenziert nach Leistungsgruppen verringerte sich der Abstand mit abnehmender Qualifikation. Prinzipiell gleich unterbewertet wurden die weiblichen Angestellten in Industrie und Handel. Das Verhältnis der Frauengehälter zu denen der männlichen Kollegen belief sich generell 1966 auf 60,9, 1970 auf 61,2, 1971 auf 61,8 Prozent. Im Durchschnitt ist die Frauenarbeit in Industrie und Handel für die Unternehmen 25 Prozent „billiger“ als die der Männer. Nach der Lohnsummenstatistik der Industrie ergab dies einen „ersparten“ Aufwand von etwa 4 Mrd. DM an Bruttolohn und -gehalt. Nur im öffentlichen Dienst besteht absolute Gleichheit bei Frauen- und Männerentgelten. Hier waren 1968 rund 1 Mio. weibliche Beschäftigte tätig.

4 Einkommens- und Vermögensverteilung

4.1 Einkommensverteilung

Wie aussagearm Einkommensdurchschnitte sind, kann dem Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969 entnommen werden. Danach wurden zwar im Durchschnitt aller Haushalte in der BRD DM 1614,- Bruttoeinkommen pro Monat ermittelt, aber 62,3 Prozent aller Haushalte (= 13,432 von 21,541 Mio.) verfügten über ein Haushaltsbruttoeinkommen von höchstens 1584 DM.

Auch wenn die absoluten Einkommen in der Zwischenzzeit gestiegen sind: die Relationen dürften sich im Grunde genommen nicht verändert haben. Somit erreichten fast zwei Drittel aller privaten Haushalte in der BRD noch nicht einmal das statistische Durchschnittseinkommen, ein sozialpolitisch bedenklicher Zustand!

Private Haushalte und ihre Einkommen

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis ... DM	Haushaltsbruttoeinkommen in DM im Durchschnitt	Haushalte in 1000
Haushalte insges.	1614	21 541
unter 300	254	457
300— 600	477	2 555
600— 800	773	2 065
800— 1 000	1 034	2 398
1 000— 1 200	1 285	2 572
1 200— 1 500	1 584	3 385
1 500— 2 500	2 189	6 367*
2 500—10 000	4 129	1 742

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 12/1972, S. 708)
* ungewogener Durchschnitt

Aufschlußreich ist die Zusammensetzung der monatlichen Haushaltsnettoeinkommen abhängig Beschäftigter nach dem Beitrag des Haushaltsvorstandes, der Ehefrau, der Kinder und übrigen Haushaltsmitglieder. Es zeigt sich dabei ganz deutlich, in welchem Maße die in dieser sozialen Gruppe anfallenden höheren Einkommen von der Mitarbeit der Ehefrau, Kinder und sonstigen Familienmitglieder abhängen.

Nettoeinkommen privater Haushalte abhängig Beschäftigter in DM

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis ... in 1000		Haushalts-Ehe- u. Kinder vorstand frau u. sonst				
Haushalte insges.		21 541	919	721	99	99
unter 300		457	—	—	—	—
300— 600		2 555	56	54	1	1
600— 800		2 065	279	264	7	8
800— 1 000		2 398	574	535	20	19
1 000— 1 200		2 572	851	764	51	36
1 200— 1 500		3 385	1 115	927	116	72
1 500— 2 500		6 367*	1 452	1 053	202	197
2 500—10 000		1 742	1 699	1 182	206	311

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 12/1972, S. 708)
* ungewogener Durchschnitt

Es ist bezeichnend, daß in Arbeiterhaushalten gegenüber denen von Beamten und Angestellten die Mitarbeit der Kinder am stärksten ausgeprägt ist, und erst zusammen mit der Ehefrau vermögen Arbeiterhaushalte das selbst noch unter dem statistischen Durchschnittseinkommen liegende Haushaltseinkommen von monatlich DM 1372 zu erreichen: DM 1094 (durchschnittlich) bringt der Haushaltsvorstand ein, DM 150 die Ehefrau, DM 128 die Kinder.

Angestellte liegen beim monatlichen Haushaltseinkommen mit DM 1821 schon deutlich über dem allgemeinen Durchschnitt: DM 1596 verdient der Haushaltsvorstand, DM 152 die Ehefrau, DM 73 steuern die Kinder bei.

Ähnlich verhält es sich bei den Beamtenhaushalten.

	Haushalte insges. in 1000	Nettoeink.	Haushaltsvorstand	Ehefrau	Kinder
Arbeiter	6 323	1 372	1 094	150	128
Angestellte	3 576	1 821	1 596	152	73
Beamte	1 229	1 837	1 635	143	58

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 12/1972, S. 708)

4.2 Vermögensverteilung

Solange in der BRD die starke Vermögenskonzentration in wenigen Händen bestehen bleibt, solange wird seitens des Sachwertbesitzes das Interesse an einer inflationären Wirtschaftspolitik vorherrschen.

Sie ist zum Instrument der Vermögenszusammenballung, insbesondere des Nettoanlagevermögens, in der BRD geworden. Das Statistische Bundesamt bezifferte letzteres auf 2 Billionen DM; einschließlich des Grundbesitzes umfaßt der Sachwert 2,5 Billionen DM.

Da über diese Globaldaten hinaus eine differenzierte öffentliche Vermögensstatistik politisch vereitelt wird, bleiben die Untersuchungen von Prof. Krelle und seinen Mitarbeitern die einzigen Übersichten über die Vermögensstatistik in der BRD.

Die 1966 gemachten Erhebungen wurden 1971 erneut bestätigt, wobei sich noch eine schärfere Konzentration des Gesamtvermögens herausstellte. Der Kern dabei ist, daß 1,7 Prozent der privaten Haushalte in der BRD über Eigentum in folgenden Bereichen verfügt:

	I. % d. d. ländw.	I. % d. d. Grund.	I. % d. d. Geld.	I. % d. d. Eigen- tums an ge- werbli. Unter- nehm.	I. % d. d. Gesamt- ver- mögens
1960	10,7	16,0	20,3	70,2	35,1
1966	9,4	14,4	20,2	73,9	31,1

4.3 Staatliche Umverteilung

Die Hauptlast des finanziellen Aufwands für den Ausbau der sozialen Infrastruktur in der BRD tragen die Länder, vor allem aber die Gemeinden. Zusammen müssen beide Gebietskörperschaften bald 80 Prozent aller öffentlichen Investitionen finanzieren.

Bei den Ländern stehen die Kulturetats an erster Stelle der Ausgabenskala, bei den Gemeinden die Posten für die strukturellen Verbesserungen und Veränderungen auf allen Gebieten des sozialen Lebens, auf die ganz besonders die Arbeiterklasse angewiesen ist: Volksschulen, Krankenanstalten, Verkehrs- und Sporteinrichtungen, Erholungszentren, Kindergärten usw.

Die Aufteilung des Steueraufkommens auf Bund, Länder und Gemeinden stellt somit zugleich einen Prozeß der Umverteilung dar mit mehr oder weniger großen gesellschaftspolitischen Effekten.

Von 1970 bis 1972 verteilten sich die Steuereinnahmen in folgender Größenordnung:

	Insg. Mrd. DM	%	Bund Mrd. DM	%	Länder Mrd. DM	%	Gemeinden Mrd. DM	%
1970	154	100	84	54,5	50	33,8	18	11,7
1971	172	100	93	54,1	57	33,1	21	12,2
1972	184	100	169,7	92,2	—	—	25	13,6

(Quelle: Monatsberichte d. Dt. Bundesbank, 1/1973, S. 56*)

Daß die Gemeinden mit einem 10- bis 14prozentigen Anteil am Gesamtsteueraufkommen unter dem Vorzeichen der Inflation und der dadurch bedingten Anhebung der Personaletats von Jahr zu Jahr weniger ohne Schuldenaufnahme ihre Infrastrukturhaushalte finanzieren können, liegt auf der Hand.

Verschuldung der öffentlichen Haushalte

	Insg. Mrd. DM	%	Bund Mrd. DM	%	Länder Mrd. DM	%	Gemeinden Mrd. DM	%	Sonstige Mrd. DM
1967	108	100	43	39,8	24	22,2	32	26,9	8,5
(Dez.) 1970	126	100	47	37,3	28	22,2	40	31,8	10,5
1972	150	100	50	33,3	36	24,0	54	36,0	11,2

(Quelle: Monatsberichte d. Dt. Bundesbank, 1/1973, S. 58*)

Die Schulden von Bund, Ländern und Gemeinden haben keineswegs die gleiche Funktion. Obwohl der Bund nach dem derzeit geltenden Verteilungsschlüssel über 50 Prozent des Gesamtsteueraufkommens an sich zieht, ist er nicht zuletzt durch die Rüstungsfinanzierung von fast 30 Mrd. DM sowie durch Subventionszahlungen in Höhe von 11 Mrd. DM zur Kreditaufnahme gezwungen, allein um seinen sozialpolitischen Verpflichtungen nachkommen zu können.

Die vorgesehene Zunahme der Länderhaushalte insgesamt um 12,6 Prozent für 1973 gegenüber 14,6 Prozent 1972 bedeutet angesichts der Inflation einen spürbaren Abbau von geplanten Infrastrukturprojekten. (Landtag intern, NRW, 19. 1. 73, S. 15)

5 Zusammenfassung

Die zusammenfassende Tabelle wiederholt Angaben, die bereits im vorangegangenen Text angeführt, kommentiert und belegt wurden. Sie enthält Zahlen, die für die Wirtschaftsentwicklung und die Lage der Arbeiterklasse in der BRD hervorstechend sind (jeweils nur die neuesten Werte). Es wird nicht die Originalquelle zitiert, sondern nur auf die Kennziffer des vorliegenden INFO verwiesen, dem die angeführten Angaben entnommen sind.

Zusammenfassende Tabelle

Nr.	Sachgegenstand	Zeitraum	Einheit	Größe	Vgl. Kennziffer
1	Bruttosozialprodukt in				
a)	jeweiligen Preisen	1972/1971	%	+ 9,1	1.1
b)	Preisen von 1962	1972/1971	%	+ 2,8	1.1
2	Industrieproduktion				
a)	Index (1962 = 100)	Dezember 1972		179	1.2
b)	gegenüber dem Vorjahr	Dezember 1972	%	+ 17,4	1.2
3	Industrieumsatz insgesamt				
a)	gegenüber dem Vorjahr	November 1972	%	+ 10,0	1.2
b)	gegenüber dem Vormonat	November 1972	%	+ 2,3	1.2
4	Auslandsatz der Industrie				
a)	gegenüber dem Vorjahr	November 1972	%	+ 17,0	1.2
b)	gegenüber dem Vormonat	November 1972	%	- 0,3	1.2
5	Auftragseingang der Industrie insgesamt				
a)	gegenüber dem Vorjahr	Dezember 1972	%	+ 20,3	1.2
b)	gegenüber dem Vormonat	Dezember 1972	%	- 2,5	1.2
6	Auslandaufträge der Industrie				
a)	gegenüber dem Vorjahr	Dezember 1972	%	+ 41,6	1.2
b)	Inlandaufträge	Dezember 1972	%	+ 13,8	1.2
7	Exportüberschuß				
a)	absolut	1972	Mrd. DM	20,3	1.3
b)	gegenüber dem Vorjahr	1972	Mrd. DM	4,4	1.3
9	Bruttoanlageinvestitionen in der verarbeitenden Industrie	1972/1971	%	- 5	1.4
10	Beschäftigte in der Industrie				
a)	absolut	November 1972	Mio.	8,4	1.5
b)	gegenüber dem Vorjahr	November 1972	%	- 1,8	1.5
11	Arbeitslose	Januar 1972	Tsd.	356	1.5
12	Industrieumsatz je Beschäftigtem				
a)	absolut	1. Hj. 1972	DM	5800	1.6
b)	gegenüber dem Vorjahr	1. Hj. 1972/1. Hj. 1971	%	+ 9,4	1.6
13	Veränderung der Bruttoeinkommen der abhängig Beschäftigten				
a)	insgesamt	1972/1971	%	+ 9,4	3.1
b)	je Beschäftigtem	1972/1971	%	+ 9,1	3.1
14	Differenz des Zuwachses von Effektiv- und Tariflöhnen, -gehältern (Lohnrdrift)	3. Vj. 1972	%	- 0,1	3.1
15	Lohnsteuer	1972/1971	%	+ 16,3	3.2
16	Körperschaftsteuer	1972/1971	%	+ 18,5	3.2
17	Veranlagte Einkommensteuer	1972/1971	%	+ 26,2	3.2
18	Steuern vom Umsatz	1972/1971	%	+ 10,6	3.2
19	Nettolohn- und -gehaltssumme				
a)	insgesamt	1. Hj. 1972/1. Hj. 1971	%	+ 10,6	3.3
b)	je Beschäftigtem	1. Hj. 1972/1. Hj. 1971	%	+ 11,1	3.3
20	Lebenshaltungskosten (alle Haushalte)				
a)	Index (1962 = 100)	Januar 1972/Januar 1971	Pkt.	+ 8,8	3.4
b)	gegenüber dem Vorjahr	Januar 1972/Januar 1971	%	+ 6,5	3.4
21	Kaufkraftsteigerung der durchschnittlichen Monatsnettolöhne und -gehälter aufgrund des Preisindex für die Lebenshaltung und der Abzüge				
a)	für Ledige	1972/1971	%	+ 1,7	3.5
b)	für Verheiratete mit 1 Kind	1972/1971	%	+ 1,8	3.5
22	Durchschnittliche Wochenarbeitszeit in der Industrie	Juli 1972	Std.	43,0	3.6
23	Selbstfinanzierungsquote (INFO 4/72)	1. Hj. 1972	%	77,7	4.1
24	Abschreibungen insgesamt	1. Hj. 1972	Mrd. DM	43,3	4.1
25	Nichtentnommene Gewinne	1. Hj. 1972	Mrd. DM	20,5	4.1

NACHRICHTEN

Freie Universität Berlin
BIBLIOTHEK II

ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

D 21395E

Frankfurt, April 1973

Einzelpreis 1,75 DM

XIII. Jahrgang

Die Arbeiter und Angestellten der Bundesrepublik demonstrieren am 1. Mai, dem internationalen Kampftag der Arbeiterklasse, für höhere Reallöhne und Gehälter, gegen Preistreiber, für Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung. Das Großkapital hat mit Unterstützung des von ihm beherrschten Staates den Angriff auf den Lebensstandard der arbeitenden Menschen verstärkt. Die Preissteigerungsrate für eine Arbeiterfamilie hat mittlerweile die 7-Prozent-Grenze überschritten. Weitere Belastungen ergeben sich durch bereits vollzogene oder angekündigte Steuererhöhungen. Das Kapital hingegen steht vor einer neuerlichen Profitexplosion.

Alle Lohnabhängigen, die am 1. Mai im Tarifkampf stehen, sollten bei den Demonstrationen und Kundgebungen der Gewerkschaften die Solidarität der ganzen Arbeiterschaft verspüren. Die von Unternehmern und Bundesregierung gemeinsam praktizierte Lohnleitlinie von 8,5 Prozent muß durchbrochen werden. Mit 8,5 Prozent sind die Reallohnverluste, die seit der vorhergegangenen Lohnerhöhung eingetreten sind, nicht auszugleichen.

Allerdings reicht es nicht aus, nur am 1. Mai gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Profitwirtschaft aufzutreten. Der Zustand, der im Maiaufbruch des DGB angeklagt wird — die arbeitenden Menschen seien in lebenswichtigen Fragen noch weitgehend den Entscheidungen einer Minderheit von Besitzenden ausgesetzt, Eigentum an den Produktionsmitteln sei gleichbedeutend mit Herrschaft über Menschen —, muß verändert werden. Dazu sind grundlegende Reformen erforderlich, wie die im Maiaufbruch des DGB verlangte „Kontrolle wirtschaftlicher Macht durch Mitbestimmung“.

Unverständlich ist, wenn der Maiaufbruch des DGB neben „Mitbestimmen“ gleichzeitig das Motto „Mitdenken“ und „Mitverantworten“ stellt. Sollen etwa die Gewerkschaften „mit“ daran denken, den Unternehmern noch höhere Profite zu garantieren, oder „mit“ verantworten, daß trotz der Verträge mit den sozialistischen Ländern und der sich zeigenden Entspannung die Rüstungsausgaben abermals auf die Rekordhöhe von 28 Milliarden Mark steigen?

Entsprechend ihrem Grundsatzprogramm sollten die Gewerkschaften gerade am 1. Mai ihre Unabhängigkeit von Unternehmern, Parteien und Regierungen deutlich machen. Nur durch einheitlichen und entschlossenen Kampf wird es möglich sein, die im DGB-Maiaufbruch angesprochenen Forderungen der „Prüfsteine“ an die politischen Parteien und die Bundesregierung zu verwirklichen.

Die im Maiaufbruch des DGB unterstützte Politik, die der Völkerverständigung und dem Frieden dient, erfordert baldige Ratifizierung des Grundlagenvertrages mit der DDR, Kampf für ein europäisches Sicherheitssystem und für Senkung der Rüstungsausgaben. Internationale Solidarität und Aufbau einer gewerkschaftlichen Gegenmacht ist auch der beste Weg, um die Macht der multinationalen Konzerne einzuschränken.

Aus dem Inhalt:

Initiatoren des Berufsverbots geraten unter zunehmenden Druck	2
FDGB und DGB	3
Die Löhne sind festgelegt — die Preise steigen weiter	4
IG Chemie-Papier-Keramik erklärt: Verhandlungen sind gescheitert	5
Kampfbereite Arbeiter im graphischen Gewerbe	6
Beispielhafter Aktionsleitfaden für Tarifbewegungen	7
Immer stärkere Kapitalkonzentration und gewerkschaftliche Gegenmacht	8
Ein aufschlußreiches Hearing zum Personalvertretungsgesetz	10
Im Bundesausschuß des DGB: Illusionen über Produktivvermögen	12
Rausschluß auf die kalte Tour für aktive Jugendvertreter	13
Blick hinter die Kulissen des Frankfurter City-Postamtes	14
Wir stellen vor: IG Bergbau und Energie	15
Das Interview: Aktivität ist Voraussetzung für gewerkschaftliche Erfolge	16
Proteste gegen Beschluß des HV der IG Druck und Papier	19
Regierung will Kindergeldreform bis 1976 verschieben	20
Streik in Dänemark: Interview mit Harry Osborn	22
Streiks in Großbritannien durchbrechen den Lohnstopp	23
Gewerkschaftsbund der DRV an Kontakten zum DGB interessiert	24
Griechischer „Gewerkschaftskongreß“ ohne jede Legitimation	25
Zusammenarbeit im RGW beschleunigt den Aufschwung	26
Buchbesprechung: Ein BetrVG-Kommentar im Interesse der Unternehmer	27